



RIAS
HESSEN

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Jahresbericht **2024**

www.rias-hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Grußwort von Marina Chernivsky	4
Grußwort von Uwe Becker	6
Einleitung von Susanne Urban	8
Das Jahr 2024	10
Die Grundlagen	
Arbeitsweise, Kategoriensystem, Datengrundlage	12
Antisemitismus in Hessen 2024	
Fokuskapitel I	
Antisemitismus im Alltag	34
Wie verletzendes Verhalten zum Schatten wird	
Kommentar von Oliver Dainow	39
Fokuskapitel II	
Antisemitismuserfahrungen in Bildungseinrichtungen	43
Wo hat unsere Bildungslandschaft versagt?	
Kommentar von Sabena Donath	53
Impressum	55

Grußwort

Marina Chernivsky

Die nun vorliegenden Zahlen von RIAS Hessen dokumentieren 926 antisemitische Vorfälle in Hessen für das Jahr 2024 – ein signifikanter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr mit 528 Fällen. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer zunehmend besorgniserregenden Dynamik, die sich nicht isoliert von bundesweiten gesellschaftlichen Verhältnissen betrachten lässt. Grundsätzlich sind die Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorkommnisse ein Seismograf für tieferliegende Strukturen, die insbesondere bei Krisen wirksam sind. Die derart angestiegenen antisemitischen Vorfälle im Land Hessen sollen ebenfalls im Kontext von gesellschaftlichen, politischen und medialen Verschiebungen nach dem 7. Oktober 2023 verstanden werden, die insbesondere seitdem eine neue Quantität und Qualität erreicht haben.

Die kontinuierliche Erfassung und differenzierte Analyse antisemitischer Vorfälle durch RIAS Hessen bildet eine wichtige Grundlage für die Sichtbarmachung antisemitischer Gewaltpotentiale und ihrer Wirkung auf die Betroffenen.

Als bundesweit agierende Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V. arbeitet der regionale Ableger OFEK Hessen eng mit RIAS Hessen zusammen, um das Melde- und Beratungsnetzwerk weiter auszubauen und Meldenden sowie Ratsuchenden die nötige Unterstützung anzubieten.

Der Anstieg antisemitischer Vorfälle hat weitreichende Auswirkungen auf das Wohlbefinden, die psychische Gesundheit, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen. Die Bearbeitung dieser Erfahrungen erfordert spezifisches Fachwissen, traumasensibles Vorgehen und ein differenziertes Verständnis für die historische wie gegenwärtige Dimension antisemitischer Gewalt. Die Beratungsstelle OFEK hat ebenfalls für das Jahr nach dem Massaker des 7. Oktober 2023 die Zahlen der Beratungsstellen vorgelegt. Neben der primären Wirkung von erlittenen Vorfällen zeigt sich in der Beratungspraxis von OFEK, dass viele der dokumentierten Beratungsfälle eine nachhaltige Wirkung entfalten. Neben individuellen Belastungen beobachten wir eine Zunahme von Fällen, in denen Menschen institutionelle Abwertungen oder sekundäre Viktimisierung erfahren – etwa durch unzureichende Reaktionen von Schulen, Arbeitgebern oder Behörden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit systematischer Erfassung, Analyse, aber auch Community-orientierter (professioneller) Betroffenenberatung wie auch der Sensibilisierung oder Schulung relevanter Berufsgruppen.

Die angestiegenen Zahlen sind in ihrer Summe keine bloße Zahl – es sind unter Umständen lebensgeschichtliche Erfahrungen, Bruchstellen und Re-Traumatisierungen. Antisemitische Vorfälle reichen von der Arbeitswelt bis in die Schulen, Hochschulen, die Nachbarschaft, die Freizeit. All das ist nicht neu und doch markierte der 7. Oktober 2023 einen Wendepunkt – die Gewaltbereitschaft, die Hetze, der Hass werden offensichtlicher, spürbarer und stellen eine wirkliche Bedrohung dar. Die Mehrheitsgesellschaft gewöhnt sich daran, hinterfragt nicht mehr, warum Jüdinnen und Juden markiert und angegriffen werden, warum Israel als Staat ohne nennenswerte Widerstände dämonisiert und delegitimiert wird.

Die zentrale Voraussetzung eines funktionierenden (zivilgesellschaftlichen) Meldesystems ist die Einbindung der Betroffenenperspektive. Dabei ist die Bereitschaft der Betroffenen, Vorfälle zu melden und dokumentieren zu lassen, zentral. Gemeinsam mit RIAS Hessen baut die Beratungsstelle OFEK Hessen tragfähige Kooperationen und Netzwerke auf. So wichtig die Erfassung des Vorfallgeschehens ist, dürfen die dahinterstehenden, antisemitischen Strukturen nicht aus dem Blick geraten. Die Disposition, Antisemitismus nicht mit institutionellen Strukturen zu verbinden und dem Problem eine eher symbolisch-abstrakte, als realexistierende Bedeutung zu verleihen, führt zu einer systematischen Ausblendung jüdischer Perspektiven und Normalisierung des Antisemitismus in und außerhalb von sozialen Institutionen – so auch an Hochschulen. Darin zeigt sich die Machtasymmetrie in der Auslegung und Definition des Antisemitismus, die bis heute überwiegend als abstrakt, ohne die angemessene Einbeziehung jüdischen Wissens, jüdischer Erfahrungen, transgenerationaler Traumatisierungen vollzogen wird.

In der Beratungsstelle OFEK in Hessen wie auch bundesweit stieg die Nachfrage stark und nach dem 7. Oktober 2023 rapide an. Im ersten Jahr nach dem Massaker hat OFEK mehr Fälle aufgenommen und beraten als in sechs Jahren des Bestehens.

Umso wichtiger sind solche Kooperationen wie unsere! Wir danken RIAS Hessen für die enge und gute Kooperation.



Marina Chernivsky

Geschäftsführung OFEK e.V.

Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt
und Diskriminierung

© Alex Hislop

Grußwort

Uwe Becker

In einer besorgniserregenden Zeit, in der das jüdische Leben in Deutschland und Europa so bedroht ist wie seit dem Ende der Shoah nicht mehr, müssen wir uns entschlossen den Herausforderungen des Antisemitismus stellen. Wenn wir nicht mehr Empathie für jüdisches Leben in unserem Land aufbringen und nicht noch konsequenter gegen Antisemitismus vorgehen, wird sich das Zeifenster für jüdisches Leben in Europa schließen. Gerade der israelbezogene Antisemitismus ist in den zurückliegenden Jahren zu einer bestimmenden Ausprägung des Judenhasses geworden. Neben den großen Gefahren des rechtsextremistisch motivierten Judenhasses wächst zunehmend die Bedrohung aus der toxischen Symbiose links-extremistischer Gruppen mit den Vorfeldorganisationen des palästinensischen Terrors und dessen Sympathisanten. Besonders nach den barbarischen Massakern der Terrororganisation Hamas im Süden Israels am 7. Oktober 2023 haben sich die Wellen der Judenfeindlichkeit zu einem wahren Tsunami des Antisemitismus entwickelt. Besonders alarmierend ist dabei auch der Anstieg auf 926 antisemitische Vorfälle in Hessen. Eine erschreckende Steigerung um 70 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Diese Zahl ist nicht nur ein Indikator für ein wachsendes gesellschaftliches Problem, sondern auch ein eindringlicher Weckruf an uns alle, aktiv zu werden und hinzusehen und zu handeln – überall und jederzeit.

Dieser Anstieg der antisemitischen Vorfälle zeigt sich nicht nur in den Bildungseinrichtungen, insbesondere an Hochschulen und Schulen, wo wir eine Zunahme von Diskriminierungen und feindlichen Äußerungen erleben, sondern auch in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf den Straßen. Bei Versammlungen, auf Plakaten, Stickern und Graffitis werden anti-jüdische Botschaften verbreitet, die eine bedrohliche Atmosphäre schaffen und das Sicherheitsgefühl für jüdische Bürgerinnen und Bürger stark beeinträchtigen. Jüdinnen und Juden haben Angst und verstehen in der Öffentlichkeit nur allzu oft die Zeugnisse ihres Glaubens. Für Jüdinnen und Juden besteht derzeit faktisch keine Religionsfreiheit in Europa, wenn man darin das freie, öffentliche Bekenntnis zur eigenen Religion sieht.

Die erschreckenden Zahlen für das vergangene Jahr 2024 verdeutlichen, wie massiv jüdische Studierende unter Druck geraten und wie deren Lernen sowie das allgemeine Wohlbefinden

entscheidend gefährdet werden. Diese Zunahme spiegelt nicht nur die Erfahrungen der Jüdinnen und Juden in Hessen wider, die sich aufgrund ihrer Identität immer wieder diskriminiert, beleidigt und bedroht fühlen. Sie ist vielmehr ein Zeichen für die Verwundbarkeit unserer gesamten Gemeinschaft. Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der jüdischen Bevölkerung; er stellt eine Bedrohung für die Werte dar, die unsere demokratische, pluralistische Gesellschaft prägen – Werte wie Respekt, Toleranz und Solidarität.

Das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender betont, dass die antiisraelischen Äußerungen an deutschen Hochschulen zunehmend ein Bedrohungsszenario für jüdische Studierende darstellen. Dies darf nicht hingenommen werden. Antisemitischen Haltungen müssen offen angesprochen werden und vor allem gilt es, ihnen entgegenzutreten. Dies betrifft insbesondere die akademische Freiheit, die nicht durch diskriminierende Äußerungen gegenüber jüdischen Studierenden gefährdet werden darf. So werden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage an Hochschulen gefordert, um dem ansteigenden Antisemitismus zu begegnen und die Hochschulen zu sicheren Orten für jüdische Studierende und Lehrende zu machen.

Wer Antisemitismus verbreitet, ob in Kunst, Kultur oder Wissenschaft, darf keine staatliche Unterstützung erfahren, denn Judenfeindlichkeit verletzt die Würde des Menschen und damit das Grundprinzip unserer Verfassung und unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Es ist mehr als erschreckend, dass sich bei jungen Menschen in Deutschland im Alter von 16 bis 21 Jahren wiederholt erhebliche Anstiege bei antisemitischen Einstellungen zwischen 2022 und 2024 zeigen, vgl. MOTRA-Spotlight 1/25¹

¹ P. Wetzel, J.M.K. Fischer, K. Brettfeld, K., D. Farren: Antisemitische Einstellungen bei jungen Menschen in Deutschland – Befunde repräsentativer Umfragen zu Entwicklungen zwischen 2022 und 2024. MOTRA-Spotlight 01/25. MOTRA. <https://doi.org/10.57671/motra-2025001>

Angesichts der aktuellen Zahlen müssen wir uns mehr denn je auf die Handlungsfelder konzentrieren, die wir als Gesellschaft aktiv gestalten können. Die Lebensrealität vieler jüdischer Menschen in Hessen wird durch die wachsende Bedrohung des Antisemitismus stark belastet. Wenn Schülerinnen, Schüler und Studierende Angst haben, offen über ihre Identität zu sprechen, müssen wir alle gemeinsam Schritte unternehmen, um diese Ängste gar nicht erst entstehen zu lassen. Bildung, Sensibilisierung und eine klare Haltung in der Gesellschaft sind hierfür unerlässlich. Die Erfahrungen der Betroffenen müssen im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Jeder Übergriff, jede Diskriminierung, jede Droggebärde muss ernst genommen werden. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir nicht nur über Antisemitismus reden, sondern auch die entsprechenden Schritte einleiten, um nachhaltig und wirkungsvoll gegen diese Form von Hass vorzugehen. Schulen und Hochschulen spielen hierbei eine Schlüsselrolle. Sie sind Orte der Sensibilisierung und der kritischen Auseinandersetzung. Lehrpläne müssen angepasst werden, um Themen rund um Antisemitismus und insbesondere israelbezogenen Antisemitismus umfassend zu integrieren. Die Antisemitismusprävention muss kultursensibel und umfassend gestaltet sein, um alle jungen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, anzusprechen. Lehrkräfte und Hochschuldozierende müssen geschult werden, um die komplexen gesellschaftlichen Dynamiken zu erkennen, die antisemitische Haltungen fördern, und diesen aktiv entgegenzutreten. Sie dürfen sich nicht hinter Begriffen wie Neutralität und Freiheit verstecken und diese instrumentalisieren.

Durch gezielte Maßnahmen im Bereich der Medienkompetenz müssen wir in Schulen und Hochschulen sicherstellen, dass junge Menschen lernen, Informationen kritisch zu bewerten, Manipulation und Fake-News zu erkennen, da die oft dazu dienen, antisemitische Vorurteile zu verbreiten. Die Bildungseinrichtungen müssen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch soziale Verantwortung fördern, um eine respektvolle und offene Debattenkultur zu schaffen. Aber die Kompetenz muss nicht nur von Kindern und Jugendlichen erworben und angewandt werden, sondern von jedem Einzelnen.

Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft die Justiz. Es ist unabdingbar, dass alle Akteure im Justizsystem – von der Polizei bis zu den Richterinnen und Richtern – über das nötige Wissen und die Sensibilität verfügen, um antisemitische Vorfälle korrekt einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Um dies zu erreichen, müssen umfassende Schulungsprogramme implementiert werden, die sich auf die Erkennung und den Umgang

mit antisemitischen Symbolen und Verschwörungstheorien konzentrieren. Wer hetzerische Aufrufe, wie die bekannte Formel „From the river to the sea, Palestine will be free“ nicht als eindeutig antisemitisch erkennt und ggf. noch falsch interpretiert, läuft der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher und befördert im schlimmsten Fall selbst noch den israelbezogenen Antisemitismus in unserem Land. Eine bundesweite Untersuchung der aktuellen Verfolgungspraxis, insbesondere hinsichtlich verbotener Kennzeichen und Parolen, kann deshalb wertvolle Angaben für die rechtliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus liefern und einen konsistenten rechtlichen Rahmen schaffen.

In einer Zeit, in der die antisemitische Gesinnung, gerade auch der israelbezogene Antisemitismus, an einigen Orten in Deutschland salonfähig geworden ist, gewinnt unser gemeinsames Handeln zum Schutz jüdischen Lebens und zur Bekämpfung des Antisemitismus größte Bedeutung. Wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der jüdisches Leben nicht nur geschützt, sondern aktiv gefördert wird.

Uwe Becker

Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus



© Katerina Gottesleben

2024

Alltag und Austausch

RIAS Hessen arbeitet seit dem 7. Oktober 2023 mit nur zwei Personen am Limit. Sobald eine Meldung eingegangen ist, geht es an die Kommunikation mit den Meldenden. Wir schreiben jedem und jeder meldenden Person oder Einrichtung zurück, kommunizieren, versuchen herauszufinden, ob weitere Bedarfe bestehen – nach rechtlicher Beratung oder psychosozialer Begleitung, der Vermittlung von Bildungsangeboten etc. Es waren bestimmt zwei Drittel der Vorfälle des Jahres 2024, in denen wir direkt mit den Meldenden kommunizierten, und das oft mehrfach. Anschließend geht es weiter, und wir kontaktieren sehr oft unsere Kolleginnen von OFEK Hessen e.V. Sie sind unsere engsten Partnerinnen, denn dort gibt es die psychosoziale Begleitung, die wir in dieser Form gar nicht geben können. Dort erhalten Personen, die Antisemitismus erfahren, professionelle Hilfe. Zudem können über OFEK e.V. und den Bundesverband RIAS e.V. juristische Hilfe vermittelt werden.

Der Alltag ist dicht, aber wir nehmen uns Zeit und pflegen Kontakte. Insbesondere das enge und von Vertrauen geprägte Verhältnis zum Landesverband der Jüdischen Gemeinden Hessen – Daniel Neumann – und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und den Jüdischen Gemeinden Hanau oder Kassel und Marburg sowie zu Einrichtungen wie dem Sara Nussbaum Zentrum in Kassel und dem Verband Jüdischer Studierender Hessen hat uns in der jüdischen Community weiter verankert.

Der intensive Austausch umfasst auch die Kolleginnen bei OFEK e.V. und der Meldestelle Antiziganismus Hessen (MIA Hessen). Wir haben die Kooperation institutionalisiert, stärken uns gegenseitig, nehmen gemeinsam Termine wahr, stellen im Schulterschluss unsere Arbeit vor.

Mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE), Swen Eigenbrodt und seinem Team, aber auch den Sicherheitsbehörden, Polizeipräsidien und den dort tätigen wissenschaftlichen Mitarbeitenden, die im Bereich Extremismus bzw. Prävention aktiv sind, haben sich vielfältige Bezüge und ein offener Austausch entwickelt, der für unsere Arbeit sehr wichtig geworden ist.

Mit Prof. Dr. Roman Poseck, Hessischer Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz, konnte RIAS Hessen 2024 ebenso ein Gespräch führen wie mit Ministerin Heike Hoffmann (Hessisches Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege) und Minister Armin Schwarz (Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen).

Ein guter, stetiger Kontakt besteht zu Uwe Becker, dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus und zu Christina Kreis, der Antisemitismusbeauftragten der hessischen Justiz, sowie ihrem Kollegen, Dr. Philipp Georgy.

Persönliche Kontakte sind ein Garant für kurze Wege und unbürokratische Absprachen und führen zu engen Vertrauensverhältnissen. Verbündete zu haben in diesen Zeiten ist unabdingbar.

Der Bundesverband RIAS e.V. / die Bundesarbeitsgemeinschaft

Auf den drei Sitzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft 2024 und in engem Austausch mit Benjamin Steinitz und den vielen Kolleginnen und Kollegen des Bundesverbandes RIAS wurden wichtige Fragen diskutiert, Konzepte weiterentwickelt und wir wissen, dass es bei Bedarf immer jemanden aus der „RIAS-Familie“ gibt, der oder die ansprechbar ist.

Eine Sitzung der BAG organisierte RIAS Hessen, und so trafen sich rund 35 Kolleginnen und Kollegen im Sara Nussbaum Zentrum in Kassel, wo auch die gute Atmosphäre, die Gastfreundschaft und die unglaublich leckere Verpflegung die konstruktive Atmosphäre flankierten.

Konferenzen und Veranstaltungen

RIAS Hessen koordiniert die „Konzeptwerkstatt Antisemitismus“, in der sich ein wachsender Kreis von Menschen und Einrichtungen in einem nicht-öffentlichen Format zwei Mal jährlich trifft, um Fragen aus Bildung, Forschung und akuter Gegenwart zu diskutieren. Das andere Format sind die öffentlichen „Werkstattgespräche Antisemitismus“, die gemeinsam mit Kooperationspartner:innen organisiert werden.

RIAS Hessen war 2024 auf zahlreichen Veranstaltungen präsent, sei es mit Vorträgen zu den Ursprüngen der antisemitischen Welle nach dem 7.10.23 oder zu antisemitischen Gelegenheitsstrukturen und Workshops zu Antisemitismus bspw. an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit.

Auch die Werkstattgespräche von RIAS Hessen fanden wieder statt. Einmal online, zu der Situation in der jüdischen Community nach dem 7.10.23 und den Bedarfen im Bildungsbereich, mit mehr als 100 Teilnehmenden. Einmal in Präsenz, im Haus am Dom in Frankfurt, gemeinsam mit MIA Hessen, OFEK Hessen e.V. und Swen Eigenbrodt (HKE).

Was uns besonders freut: unsere Ausstellung „Ja, DAS ist Antisemitismus! Jüdische Erfahrungen in Hessen“ ist erfolgreich gestartet. Die dort vorgestellten antisemitischen Erfahrungen und Reaktionen der Umwelt sowie der Betroffenen wurden von den Illustratorinnen Sophia Hirsch und Büke Schwarz in Bildgeschichten umgesetzt. Die Ausstellung ist ein Ausgangspunkt, um sich mit der Betroffenenperspektive zu befassen. Die Ausstellung ist seit Ende Mai 2024 auf Tour und bis Ende 2025 ausgebucht. Eine zweite Version, auf Roll-Ups, wurde hergestellt, um sie anlässlich der Eröffnung der Jüdischen Kulturtage in Hanau im Oktober 2024 zu zeigen. Sie wurde anschließend im Polizeipräsidium in Offenbach am Main gezeigt.

Dank

Zum Schluss möchte ich meiner Kollegin, Leonie Nützl, danken. Sie ist wichtig für unsere Arbeit und wichtig als Kollegin und Mensch.

Leonie Nützl und ich möchten hier gemeinsam jenen danken, die für uns ein engagiertes Monitoring übernehmen. Ohne euch können wir die operative Arbeit nicht bewältigen. Danke!

Mein Dank gilt auch dem Präsidenten der Philipps-Universität Marburg, der mich als Beauftragte gegen Antisemitismus der Universität berief und mir damit viel Vertrauen entgegenbrachte. Die Arbeit wurde mehr, aber die Zeiten sind nun einmal so.

Dr. Susanne Urban

Projektleitung RIAS Hessen



© Markus Farnung

Das Jahr 2024

RIAS Hessen dokumentiert 926 antisemitische Vorfälle

Im Kalenderjahr 2024 befand sich die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) im dritten Jahr ihrer Tätigkeit.

RIAS Hessen dokumentierte zwischen dem 1. Januar 2024 und dem 31. Dezember 2024 die hohe Anzahl von 926 antisemitischen Vorfällen.

Bereits im Jahr 2023 war von Januar bis Ende September im Meldeaufkommen ein leichter Anstieg zum Vorjahr (2022) verzeichnet worden. Nach dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Überfalls der Terroristen aus Gaza auf israelisches Gebiet und den damit einhergehenden Morden, Folterungen, Vergewaltigungen sowie den Verschleppungen von Israelis nach Gaza, begann eine antisemitische Welle, die zu einem steilen Anstieg der Vorfallszahlen nicht nur in Hessen, sondern bundesweit führte.¹

Im Jahr 2024 setzte sich diese antisemitische Welle fort, gebrochen wurde sie leider noch nicht. Rechnerisch gab es 2,5 antisemitische Vorfälle am Tag.

Im Vergleich zu 2023 verzeichnete RIAS Hessen somit einen Anstieg der dokumentierten Vorfälle um 75 Prozent.

Die Zahl der Angriffe verdoppelte sich von 16 Vorfällen 2023 auf 33 Vorfälle 2024; Bedrohungen nahmen um rund 45 Prozent zu, von 33 Vorfällen 2023 auf 48 Vorfälle 2024. Mehr als 750 Meldungen wurden nach RIAS-Kriterien als verletzendes Verhalten gewertet.²

Rund 40 Prozent der Vorfälle (377) wiesen einen Bezug zum 7. Oktober 2023 auf.

Antisemitische Vorfälle fanden an sämtlichen von RIAS unterschiedenen Tatorten statt. Signifikante Steigerungen gab es in Hessen 2024 im Internet mit Postings und Kommentaren, die sich direkt gegen Personen und Einrichtungen richteten, auf der Straße (u.a. durch das Versammlungsgeschehen), in öffentlichen Grünanlagen (Parks etc.) oder auch rund um Synagogen.

Detailliert nachzulesen sind all diese und weit darüberhinausgehende Details in der statistischen Auswertung des Jahres 2024: Das Jahr in Zahlen ab S. 17.

Exemplarische Vorfälle aus dem Jahr 2024 sind im gesamten Jahresbericht enthalten. Hierbei haben wir die Vorfälle überall dort anonymisiert, wo es um den Schutz der Betroffenen geht und dies von ihnen selbst gewünscht wurde.

In unseren „Fokuskapiteln“ gehen wir, basierend auf der von RIAS Hessen erfolgten Dokumentation antisemitischer Vorfälle und deren Analyse, in die Tiefe. Das erste dieser beiden Kapitel befasst sich mit der Kategorie „Verletzendes Verhalten“, um zu verdeutlichen, wie sehr Antisemitismus in alle Lebensbereiche eingedrungen ist. Das zweite Kapitel beschreibt die Situation,

wie sie sich in Bildungseinrichtungen im Jahr 2024 darstellte und wie sich dies u.a. an Universitäten zeigte.

Diese statistischen Analysen und die damit verbundenen qualitativen Einordnungen werden durch Vorfallsbeschreibungen begleitet.

Die Bedeutung von Antisemitismus für das alltägliche Leben von Jüdinnen und Juden und anderen Personen, die sich von Antisemitismus betroffen fühlen, wird dadurch offenkundig. Auch ist zu bedenken, dass von Antisemitismus Betroffene ihre Erfahrungen mit ihnen nahestehenden Menschen teilen – antisemitisches Erleben zieht weite Kreise.

Die Auswirkungen auf die jüdische Community und die Folgen für die Gesellschaft werden in zusätzlichen Texten kommentiert.

Für das verletzende Verhalten, wie es sich im Alltag permanent und überall zeigt, kommentiert Oliver Dainow, Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hanau die Situation. Er fragte sich: Wie stellt sich die Lage für Jüdische Gemeinden und Individuen dar und was ist in diesem Kontext von der Gesellschaft zu erwarten? Die Bedarfe und Anforderungen im Bildungsbereich angesichts des dort grassierenden Antisemitismus und der oft auch sichtbaren Hilflosigkeit, mit dem Thema umzugehen, kommentiert Sabina Donath, designierte Direktorin der in Frankfurt am Main entstehenden Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Die jüdische Community erfuhr auch 2024 nicht breite Solidarität, sondern vor allem Schweigen und Empathielosigkeit. Zugleich entwickelte sie – wieder einmal – Resilienz und rückte näher zusammen.

Ob das Jahr 2025 einen quantitativen Abwärtstrend antisemitischer Vorfälle in Hessen aufweisen wird, ist nicht vorauszusehen. Dass allerorten Handlungsbedarf besteht, ist offenkundig.

1 https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfälle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf

2 Dies ist eine Kategorie, die sämtliche antisemitischen Aussagen oder Vorfälle gegen jüdische wie nichtjüdische Personen oder Institutionen umfasst, darunter auch Demonstrationen und sonstige Versammlungen.

Die Grundlagen

Arbeitsweise, Kategoriensystem (Vorfallarten, Erscheinungsformen, Tathintergründe) und die Datengrundlage

Antisemitische Vorfälle werden von RIAS Hessen im engen Austausch mit den meldenden Personen bzw. Einrichtungen verifiziert und anschließend systematisch dokumentiert. Dieses Verfahren ermöglicht es, Aussagen über Erscheinungsformen, Vorkommen und Veränderungen von antisemitischen Vorfällen in Hessen zu treffen und Tendenzen daraus abzuleiten.

RIAS Hessen dokumentiert antisemitische Vorfälle unabhängig davon, ob sie strafrechtlich relevant sind oder keine justizablen Tatbestände erfüllen.

RIAS Hessen verweist in vielen Fällen die von Antisemitismus betroffenen Personen oder Institutionen zur weiteren Begleitung an die Fachberatungsstelle OFEK e.V.¹

Das Kategoriensystem, nach dem RIAS Hessen antisemitische Vorfälle erfasst, wurde in der Bundesarbeitsgemeinschaft der RIAS-Stellen (BAG) festgelegt und wird von allen in der BAG organisierten RIAS-Meldestellen gleichermaßen angewendet und gemeinsam weiterentwickelt.

Im Folgenden werden zentrale Kategorien und Grundsätze der Arbeitsweise von RIAS Hessen zur besseren Nachvollziehbarkeit vorgestellt. Die Einordnung antisemitischer Vorfälle orientiert sich an der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).² Diese wurde von RIAS Berlin gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen für den deutschsprachigen Kontext spezifiziert und operationalisiert und in dieser Form auch von RIAS Hessen übernommen. Zudem orientiert sich RIAS Hessen an der „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“, die 2013 von der IHRA veröffentlicht wurde.³

RIAS Hessen ordnet antisemitische Vorfälle verschiedenen Kategorien zu. Das Kategoriensystem und die verwendeten Begriffe unterscheiden sich von den Kategorien und Begriffsdefi-

nitionen der Strafverfolgungsbehörden. Die von RIAS Hessen genutzten Vorfallkategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) übernommen⁴ und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. So wurde bspw. die Kategorie der Sachbeschädigung um Vorfälle an Orten der Erinnerung an die Shoah erweitert, um das Phänomen der Erinnungsabwehr zu berücksichtigen. In der BAG stehen die Meldestellen im stetigen Austausch über die Auswertungsmethoden und arbeiten gemeinsam an der Weiterentwicklung der Kategorien und deren Anwendung. Durch diese Struktur verwenden alle der BAG angegliederten Stellen, so auch RIAS Hessen, dieselben Kategorien. Damit werden untereinander Transparenz und Vergleichbarkeit hergestellt. Die Erfahrungswerte des CST und der nunmehr seit 2015 nach und nach aufgebauten RIAS-Stellen ergeben, dass eine Meldestelle erst etwa nach fünf Jahren eine ausreichende Bekanntheit und das notwendige Vertrauensverhältnis zur jüdischen Community erlangt hat, um einen belastbaren Überblick zur Dimension des Antisemitismus erzielen zu können.

1 OFEK e.V. ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisiert ist. OFEK berät, begleitet und unterstützt Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug:innen antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. OFEK steht parteiisch an der Seite der Ratsuchenden und bringt jüdische Perspektiven in die gesellschaftliche und politische Debatte ein. (www.ofek-beratung.de)

2 <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (letzter Zugriff: 9.1.2025).

3 <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-leugnung-verfalschung-des-holocaust> (letzter Zugriff: 9.1.2025).

4 <https://cst.org.uk/public/data/file/f/2/Categories%20of%20antisemitic%20incidents.pdf> (letzter Zugriff: 9.1.2025)

Vorfallarten

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt gelten (versuchte) und ausgeführte physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Zu dieser Kategorie gehören beispielsweise Brandanschläge, Kidnapping, Messerangriffe und Schüsse.

Physischer Angriff

Als Angriffe werden Vorfälle gewertet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Hierzu gehört bspw. das Werfen von Gegenständen. Aufgenommen werden auch versuchte körperliche Angriffe, denen sich Menschen durch Gegenwehr oder Flucht entziehen können.

Gezielte Sachbeschädigung

Als gezielte Sachbeschädigung wird die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern verstanden. Auch werden Beschädigungen oder Beschmutzungen von Orten der Erinnerung an die Shoah, also Stolpersteine und Gedenktafeln, sowie mit ihnen verbundene Institutionen als gezielte Sachbeschädigungen dokumentiert.

Bedrohung

Als Bedrohung gilt jegliche schriftliche oder mündliche eindeutige Androhung von Gewalt, die an eine konkrete Person oder Institution oder gegen konkrete Sachen (wie ein Denkmal) adressiert wird. Bedrohungen, die sich nicht gegen eine konkrete Person oder Institution richten, werden nicht in dieser Kategorie verzeichnet.

Verletzendes Verhalten

Als verletzendes Verhalten werden sämtliche antisemitischen Vorfälle gegen jüdische wie nichtjüdische Personen oder Institutionen kategorisiert, wenn diese gezielt, böswillig und diskriminierend adressiert werden. Dies schließt auch antisemitische Äußerungen und Inhalte im digitalen Raum ein, sofern diese direkt an eine Person oder Institution adressiert sind.⁵ Unter diese Kategorie fallen auch antisemitisch motivierte Sticker oder Schmierereien an nichtjüdischem oder israelischem Eigentum sowie Schmierereien, Aufkleber etc. im öffentlichen Raum. Als verletzendes Verhalten gelten auch verbale oder über Schilder, Transparente und Flyer etc. verbreitete antisemitische Äußerungen während Versammlungen, Infoständen usw.⁶ Ankündigungen von Veranstaltungen, die bereits antisemitische Inhalte verbreiten, zählen ebenfalls als verletzendes Verhalten.

Massenzuschriften

Als Massenzuschriften werden antisemitische Zuschriften, die sich an einen Kreis ab mindestens zwei Personen oder Einrichtungen richten, dokumentiert.

⁵ Allgemeine antisemitische Kommentare in den sozialen Medien oder in Online-Medien werden nicht aufgenommen.

⁶ Versammlungen wie Demonstrationen oder Kundgebungen werden, auch wenn mehrere antisemitische Plakate gezeigt oder Parolen gerufen werden, als ein Vorfall aufgenommen.

Erscheinungsformen des Antisemitismus

RIAS Hessen unterscheidet, wie alle regionalen Ableger der RIAS, fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Im **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht dazugehörig zur Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude“ beschimpft oder die jüdische Identität negativ hervorgehoben wird.

Im **antijudaistischen Antisemitismus** werden religiös basierte Stereotype verwendet, so etwa, wenn Talmud und Thora diffamiert oder Jüdinnen und Juden für den Tod Jesu verantwortlich gemacht werden.

Moderner Antisemitismus schreibt Jüdinnen und Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungserzählungen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zu.

Post-Schoah-Antisemitismus bezieht sich auf die Ermordung der Jüdinnen und Juden Europas im Nationalsozialismus, beispielsweise wenn die Erinnerung daran abgelehnt oder die Shoah relativiert wird.

Der **israelbezogene Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, wenn bspw. antisemitische Stereotype mit Bezug auf den Staat Israel geäußert werden, dem Staat Israel die Legitimität (Existenzrecht) abgesprochen oder Israel dämonisiert wird. Oftmals wird auch der Begriff „Zionismus“, bzw. „Zionist:innen“ (bewusst oder unbewusst) als Synonym für Jüdinnen und Juden verwendet, um so dem Vorwurf des Antisemitismus zu entgehen.

Mit Blick auf israelbezogenen Antisemitismus verweist RIAS Hessen über die IHRA-Definition samt ihren Beispielen zusätzlich noch auf den 3-D-Test für Antisemitismus. Die drei D's stehen für Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards und beschreiben damit ebenfalls Aussagen über Israel, die auf antisemitischen Positionen gründen, u.a. der Anerkennung des Existenzrechts Israels oder das Anlegen anderer Maßstäbe an Israel als an andere Länder.⁷

⁷ https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/08/kritik_oder_antisemitismus-1.pdf (letzter Zugriff: 9.1.2025)

Politisch-Weltanschauliche Tathintergründe

RIAS Hessen klassifiziert, sofern möglich, den politisch-weltanschaulichen Hintergrund der Verantwortlichen für einen antisemitischen Vorfall, soweit ausreichend Informationen hierzu vorliegen. Die Zuordnung ergibt sich aus der Selbstbezeichnung der Personen oder Organisationen oder aus dem Kontext der antisemitischen Äußerung bzw. des antisemitischen Vorfalls, woraus sich die Verortung zu einem bestimmten politischen Spektrum eindeutig ableiten lässt. Häufig können antisemitische Vorfälle auf Grundlage der Informationslage jedoch keinem politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden. Dies liegt auch in der Brückenfunktion des Antisemitismus begründet.

Bei RIAS werden sieben politische Spektren unterschieden.

Als **rechtsextrem/rechtspopulistisch** werden antisemitische Vorfälle erfasst, die mit dem rechtsextremen oder dem rechtspopulistischen Spektrum verbunden sind. Dabei fungiert Rechtsextremismus als Sammelbegriff für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und menschenrechtswidrige Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Zu den gemeinsamen Merkmalen verschiedener rechtsextremer Ideologien gehören Ideen, die von einer grundlegenden, oft biologistisch basierten, Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen oder Gruppen ausgehen. Diese Ideologie ist verbunden mit dem Wunsch, in ethnisch homogenen Gemeinschaften zu leben, sowie der Unterordnung des Einzelnen unter diese Gemeinschaft. Rechtspopulismus umfasst gemäßigtere Formen des Rechtsextremismus. Diese politische Ideologie bedient sich zumeist kulturell-religiöser und wirtschaftlicher Rechtfertigungen und ist im Gegensatz zum Rechtsextremismus nicht für die vollständige Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Vielmehr wird versucht oder soll versucht werden, sie mithilfe demokratischer Gegebenheiten autoritär zu unterwandern und schließlich umzugestalten. Darüber hinaus ist Rechtspopulismus auch eine spezifische Form der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die eine scharfe Abgrenzung von den „politischen Eliten“ für sich betont. Bei antisemitischen Vorfällen in diesem Spektrum sind die Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf der Ebene der Akteurinnen und Akteure sowie bei den ihnen eingesetzten antisemitischen Stereotype schwer auszumachen. In Deutschland sind auch rechtsextreme Strömungen aus anderen Ländern festzustellen, wie z.B. die „Grauen Wölfe“.

Als **links oder antiimperialistisch** werden antisemitische Vorfälle dokumentiert, die mit dem Vertreten linker Ideologien oder der Selbstverortung der Personen oder Gruppen in einer linken Tradition einhergehen. Diese Ideologien sind verbunden mit einer binären Weltsicht und verschmelzen häufig mit einer befreiungsnationalistischen oder auch ideologisch postkolonial gefärbten, antiimperialistischen Kritik.

Antisemitische Vorfälle werden als **christlich oder christlich-fundamentalistisch** eingeordnet, wenn antisemitische Topoi mit einer positiven Bezugnahme auf christliche (oder christlich fundamentalistische) Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und sofern kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert.

Als **islamisch oder islamistisch** werden antisemitische Vorfälle registriert, die mit einer positiven Bezugnahme auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken verbunden sind und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Dies umfasst unterschiedliche Verständnisse vom Islam, darunter auch islamistische.

Antisemitische Vorfälle werden als **verschwörungsideoologisch** kategorisiert, wenn die Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Diese Personen und Gruppen können im herkömmlichen politischen Spektrum mitunter nicht eindeutig verortet werden und sind in verschiedenen Milieus zu finden.

Für den **antiisraelischen Aktivismus** gilt, dass sich die Akteurinnen und Akteure mitunter nicht eindeutig politisch zuordnen lassen und die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Zum antiisraelischen Aktivismus zählen unter anderen säkulare palästinensische Gruppen sowie jene, die antisemitische Boykottkampagnen gegen den jüdischen Staat Israel unterstützen bzw. propagieren.

Der **politischen Mitte** zugeordnet werden antisemitische Vorfälle, wenn keiner der zuvor genannten politisch-weltanschaulichen Hintergründe zutrifft und gleichzeitig die Verantwortlichen für sich in Anspruch nehmen, demokratische Positionen zu vertreten.

Datengrundlage

Die meisten der 2024 von RIAS Hessen dokumentierten 926 antisemitischen Vorfälle gingen über das Meldeformular unter www.report-antisemitism.de oder per E-Mail an info@rias-hessen.de ein. Vereinzelt riefen Personen, die Antisemitismus erfahren oder gesehen hatten, direkt an.

RIAS Hessen konnte das Monitoring von Veranstaltungen 2024 breiter aufstellen als bisher und somit auch dort antisemitische Vorfälle verstärkt erfassen. Das Monitoring auf Social Media mit Blick auf die nach RIAS-Kriterien zu dokumentierenden Vorfällen wurde ebenfalls intensiviert. Wichtig war für 2024 die institutionalisierte Form des Datenabgleichs mit Kooperationspartnern wie mit OFEK Hessen e.V., aber auch mit response. oder dem Jüdischen Museum Frankfurt. Der bereits 2023 begonnene Abgleich mit dem Hessischen Landeskriminalamt und dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen war überaus wertvoll und trägt ebenfalls zu einem breiteren Lagebild bei. Darüber hinaus gab es anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen, um Vorfälle zeitnah gemeldet zu bekommen.

RIAS Hessen ist für die Erhebung und Dokumentation der Daten auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit und den Austausch mit Jüdischen Gemeinden und Institutionen angewiesen. RIAS Hessen geht weiterhin von einer hohen Anzahl nicht gemeldeter antisemitischer Vorfälle aus. Diese Annahme beruht auf Gesprächen, Erkenntnissen über den Umgang mit solchen Erfahrungen und dem Wissen, dass vieles, was im Alltag geschieht, überhört und übersehen wird.

Antisemitismus in Hessen 2024

RIAS Hessen dokumentierte für das Jahr 2024 insgesamt 926 antisemitische Vorfälle. Das entspricht durchschnittlich fünf Vorfällen innerhalb von zwei Tagen. Auch ist eine Zunahme von Angriffen und eine sprachliche Radikalisierung antisemitischer Aussagen festzustellen. Durchschnittlich kam es alle eineinhalb Wochen zu einem körperlichen antisemitischen Angriff.

RIAS Hessen unterscheidet bei der Erfassung von antisemitischen Vorfällen nach Art und Schwere des Vorfalls sechs unterschiedliche Vorfalltypen¹. 2024 wurden für Hessen ein Vorfall von extremer Gewalt, 33 Angriffe, 32 gezielte Sachbeschädigungen, 48 Bedrohungen, 53 Massenzuschriften und 759 Vorfälle von verletzendem Verhalten gemeldet, wovon 209 Versammlungen waren. Die Gesamtzahl der dokumentierten

antisemitischen Vorfälle für Hessen im Jahr 2024 beträgt damit 926 Vorfälle. Das stellt im Vergleich zu den bereits hohen Zahlen vom Vorjahr – 2023 dokumentierte RIAS Hessen 528 Vorfälle – eine Steigerung von 75 Prozent dar. Die dokumentierten Vorfälle sind von durchschnittlich etwa drei (3) Vorfällen in zwei Tagen auf etwa fünf (5) Vorfälle in zwei Tagen angestiegen. Der sprunghafte Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem Massaker in Israel durch die Hamas am 7. Oktober 2023 setzte sich im Jahr 2024 weiterhin fort. Das Vorfallsaufkommen war über das gesamte Jahr 2024 in Hessen auf einem sehr hohen Niveau.

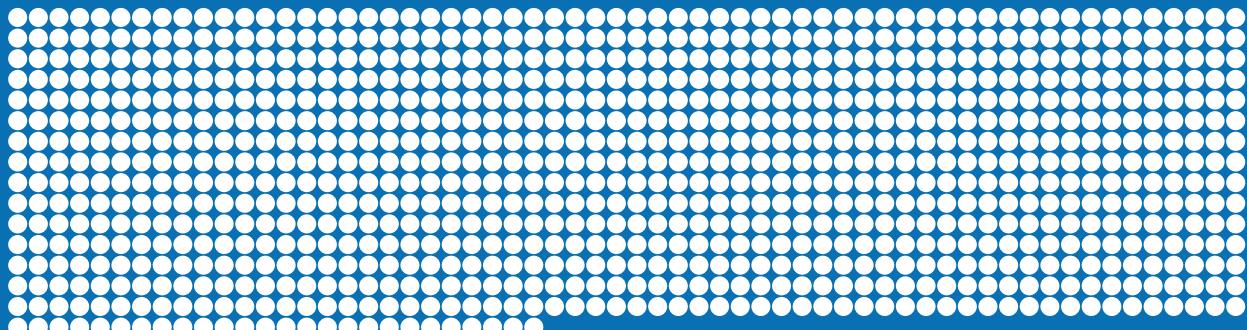
¹ Eine Beschreibung der unterschiedlichen Vorfallsarten ist auf Seite 13 zu finden.

Grafik 1: Entwicklung 2022 bis 2024. RIAS Hessen nahm im Jahr 2022 die operative Arbeit auf.

Seitdem steigerte RIAS Hessen seine Bekanntheit und damit auch der niedrigschwengigen Erreichbarkeit für Personen und Einrichtungen, die antisemitische Vorfälle melden möchten.

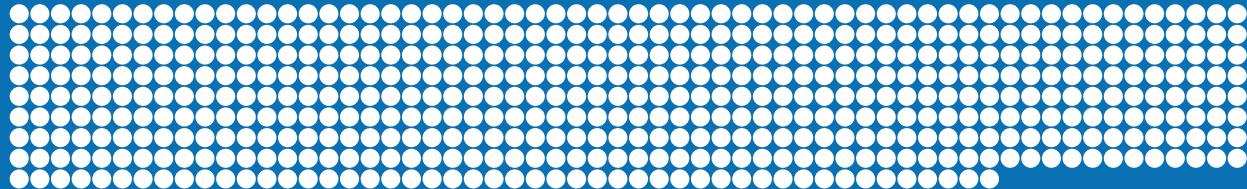
2024

926 Vorfälle



2023

528 Vorfälle



2022

179 Vorfälle



Die im Folgenden dargestellten Vorfälle wurden auf Wunsch der Betroffenen und zu deren Schutz weder datiert noch lokalisiert.

Wie 2023, dokumentierte RIAS Hessen auch 2024 einen Fall extremer Gewalt. In der Definition von RIAS handelt es sich dabei um derart massive Angriffe oder Anschläge, dass sie den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder zu schweren Körperverletzungen führen. Der dokumentierte Vorfall richtete sich gegen eine jüdische Person, die durch massive Gewalteinwirkung insbesondere auch gegen den Kopf für mehrere Tage in einem Krankenhaus medizinisch versorgt werden musste.

2024 wurden RIAS Hessen 33 Angriffe bekannt. Als Angriffe werden körperliche Attacken auf eine oder mehrere Personen aufgenommen. Angriffe waren bereits im Vorjahr 2023 mit 16 Vorfällen überproportional angestiegen – 2022 wurden drei (3) Angriffe dokumentiert. Auch für das Jahr 2024 lässt sich feststellen, dass Angriffe weiterhin stärker angestiegen sind als die Zahl der antisemitischen Vorfälle insgesamt. Die Anzahl der RIAS Hessen bekannten Angriffe hat sich mit 33 Vorfällen 2024 im Vergleich zum Vorjahr (16 Vorfälle) etwa mehr als verdoppelt. Die meisten der Angriffe ereigneten sich in Situationen des alltäglichen Lebens und geschahen unerwartet für die Betroffenen. So war eine betroffene Person mit einer Freundin auf der Straße unterwegs, als eine dritte, unbekannte Person die beiden bespuckte. Den zwei sich rasch entfernenden Betroffenen wurde von dem Angreifer „Scheiß Judenpack“ hinterhergerufen. Der Betroffene hatte zuvor an einer israelsolidarischen Kundgebung gegenüber einer israelfeindlichen Demonstration teilgenommen. In einem anderen Fall stieg die meldende Person aus einem öffentlichen Verkehrsmittel aus, als sie von einem Unbekannten im Vorbeigehen geschubst und als „Drecksjüdin“ beschimpft wurde. Die meldende Person trug einen Beutel des Verbandes jüdischer Studierender Hessen mit dessen Logo (Davidstern, in dessen Mitte der hessische Löwe zu sehen ist) mit sich. Die angreifende Person war mit der meldenden Person zuvor im gleichen öffentlichen Verkehrsmittel gewesen. Passanten schauten der Szene zu, gingen jedoch weiter.

Als Tatort, der bei Angriffen gehäuft auftrat, ließ sich einerseits das direkte Wohnumfeld von Betroffenen mit fünf (5) dokumentierten Vorfällen benennen. Antisemitische Vorfälle im direkten Wohnumfeld werden von vielen Betroffenen als besonders einschneidend wahrgenommen und können das Sicherheitsgefühl auf besonders starke Weise beeinträchtigen. Als

zweiter wiederkehrender Tatort der dokumentierten Angriffe zeigten sich Versammlungen mit sechs (6) Vorfällen. Dabei handelte es sich insbesondere um Angriffe auf Teilnehmer:innen von Protesten gegen antisemitische Kundgebungen, aber auch von Solidaritätsbekundungen mit dem Staat Israel oder den verschleppten israelischen Geiseln. Ein solcher Vorfall ereignete sich während einer Versammlung mit dem Motto „Demo gegen Rechts“. Die Begleitung der meldenden Person hatte eine Israel-Flagge dabei. Sie wurden von einer Person, die außerhalb der Demonstration stand, zuerst feindselig angestarrt und schließlich im aggressiven Ton angesprochen und aufgefordert, die Flagge wegzupacken, weil ihnen „sonst etwas passieren“ würde. Weil die so angesprochenen Personen die Flagge nicht verstauten, wurden sie angepöbelt und gesagt, dass sie „hier nichts verloren“ hätten. Auch wurde gesagt: „Wir werden euch besiegen“, außerdem dass sie „nach Israel zurückgehen“ sollten. Es schalteten sich andere Teilnehmende ein und unterstützten die meldende Person. Schließlich wurde versucht, der Betroffenen die Flagge zu entreißen, bei dem Versuch wurde sie geschlagen. Ein Mann ging dazwischen. Erst an diesem Punkt schritt die Ordnungspolizei ein und trennte die beiden Personen. Die Personalien der angegriffenen Person wurden aufgenommen, jedoch nicht als geschädigte Person, sondern als für die Rangelei bezeugende Person. Ein nahezu gleicher Vorfall ereignete sich 2024 auch auf einem Campus (Vgl. Fokuskapitel II ab S. 43, Bildungseinrichtungen). Die RIAS Hessen bekannt gewordenen Angriffe richteten sich nahezu alle gegen Personen, die als jüdisch erkennbar waren oder gegen Personen, die sich solidarisch mit Israel und den Ermordeten und Verschleppten des 7. Oktobers 2023 gezeigt haben.

RIAS Hessen erfasste im Jahr 2024 48 Bedrohungen. Hierunter fallen eindeutige und direkt adressierte schriftliche oder mündliche Androhungen von Gewalt. 73 Prozent der dokumentierten Bedrohungen richteten sich direkt gegen Einzelpersonen als Betroffene. Ein solcher Fall ereignete sich während einer israelsolidarischen Kundgebung, die durch die Rufe einer Person in Richtung der Teilnehmenden gestört wurde. Die Person schrie „Scheiß Juden. Scheiß Israel. Verbrennt die Juden. Judensau“. Abschließend zeigte diese schreiende Person in Richtung der Gruppe den Mittelfinger. Ein Viertel der Bedrohungen beinhaltete explizite sexistische Inhalte oder Gewaltandrohungen. Spiegelbildlich stellen nahezu ein Drittel der Vorfälle mit explizitem Sexismus Bedrohungen dar. Insbesondere nach der systematischen sexualisierten Gewalt des 7. Oktober 2023 nahmen Vorfälle zu, die eine Verschränkung mit Sexismus aufweisen. Die Zunahme der dokumentierten Vor-

fälle, in denen Antisemitismus und Sexismus nach dem 7. Oktober 2023 verschränkt vorkommt, wurde in einem Working Paper des Bundesverbandes RIAS analysiert.²

Die Anzahl der von RIAS Hessen dokumentierten gezielten Sachbeschädigungen blieb 2024 mit 32 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr gleich. Gezielte Sachbeschädigungen umfassen das absichtliche Beschmieren, Zerstören oder Beschädigen von jüdischem Eigentum sowie Institutionen und Gedenkorten. Die Zerstörung von Eigentum kann sich im direkten Wohnraumfeld ereignen, so wurde das Auto eines israelsolidarischen Betroffenen mit antiisraelischen Aufklebern beschädigt. Der überwiegende Anteil (60 Prozent) der gezielten Sachbeschädigungen richteten sich allerdings gegen Gedenkstätten und Gedenkorte. Am 4. Juli 2024 wurde ein Erinnerungsort an eine zerstörte Synagoge in Wiesbaden-Biebrich mit massiver Gewalt beschädigt. Es handelt sich um eine sechs Meter hohe Stele, die an die einstige Synagoge und die Mitglieder der jüdischen Gemeinde des Ortes erinnert. An dieser Stelle stand seit 1830 die Synagoge der jüdischen Gemeinde, die in den Novemberpogromen 1938 zerstört wurde. Die Stele besteht aus einer Metallumrahmung, in die beschriftete rote Platten einge-

Wiesbaden, Deportationsdenkmal © RIAS Hessen / Privat



Wiesbaden-Biebrich
© RIAS Hessen / Privat

setzt sind. Eine dieser beschrifteten roten Platten wurde aus der Stele herausgeschlagen und dabei in mehrere Teile zerbrochen. Die Stele ist Teil des Projekts „Die Stele - Symbol für Toleranz“.

Häufig wurden bei der Beschädigung auch NS-Symbole verwendet. Auf das Denkmal in Wiesbaden, das an die deportierten Juden und Jüdinnen der Stadt erinnert, wurden mehrfach Hakenkreuze und auch rassistische Beleidigungen geschmiert.

Die Beschädigung von jüdischem Eigentum oder Gedenkorten in Hessen finden jedoch auch durch das Beschmieren oder Bekleben der Orte mit Slogans und Aufklebern zum Thema Palästina und Israel statt. Jüdisches wird mit Israel gleichgesetzt und abgelehnt bzw. als störend für palästinensische Be lange markiert. Am 3. März 2024 wurde auf die Abbildung der am 9. November 1938 zerstörten Marburger Synagoge mittig ein Aufkleber geklebt: „Free Palestine“. Es fanden sich noch weitere derartige Aufkleber in der Nähe. Die Abbildung der ehemaligen Synagoge ist auf der Rückwand einer Haltestelle des ÖPNV am „Garten des Gedenkens“ und damit direkt neben dem Gedenkort der zerstörten Synagoge zu sehen.

² https://report-antisemitism.de/documents/2024-12-18_RIAS_Working-Paper-3.pdf

Marburg © RIAS Hessen



RIAS Hessen wurden 2024 insgesamt 53 antisemitische Massenzuschriften bekannt. Massenzuschriften werden aufgenommen, wenn zwischen den einzelnen Zuschriften mindestens zwölf Stunden liegen bzw. sich die Adressatinnen und Adressaten oder der Inhalt der Nachricht substanzial verändert haben. Die dokumentierten Fälle von Massenzuschriften haben sich damit im Vergleich zum Vorjahr 2023, in dem 20 Fälle gemeldet wurden, mehr als verdoppelt. Allerdings gingen 2024 mehr als die Hälfte der Massenzuschriften (30 E-Mails) auf einen einzelnen Absender zurück. Diese Person hatte über etwas mehr als zwei Monate hinweg teilweise mehrmals täglich antisemitische E-Mails versendet, wobei gleichlautende E-Mails, wie oben erläutert, nur einmal pro Tag aufgenommen wurden. In den E-Mail-Texten wurde Jüdinnen und Juden die Schuld am Antisemitismus zugewiesen und sie wurden zudem für den Krieg zwischen Gaza und Israel verantwortlich gemacht. Insgesamt war der Anteil von antisemitischem Othering und Post-Shoah-Antisemitismus bei den dokumentierten Massenzuschriften hoch. In jeweils einem Drittel der Massenzuschriften waren Aussagen, die dem antisemitischen Othering sowie dem Post-Shoah-Antisemitismus zugeordnet werden, enthalten.

Der größte Anteil der dokumentierten antisemitischen Vorfälle in Hessen wurden der Kategorie verletzendes Verhalten zugeschrieben. Für das Jahr 2024 wurden 759 dieser antisemitischen Vorfälle, die nicht gewalttätig waren und keine direkten Bedrohungen oder Massenzuschriften darstellen, dokumentiert. Dieser Kategorie ist in diesem Jahresbericht ein Sonderkapitel

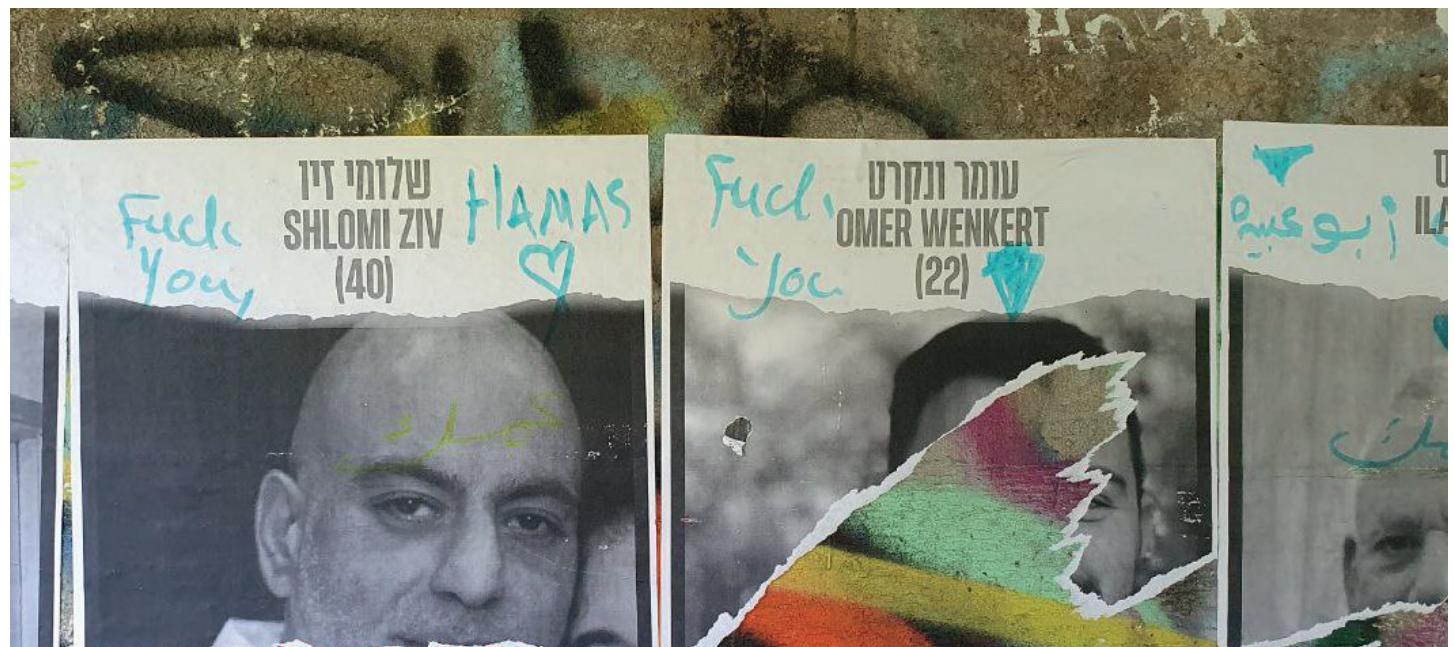


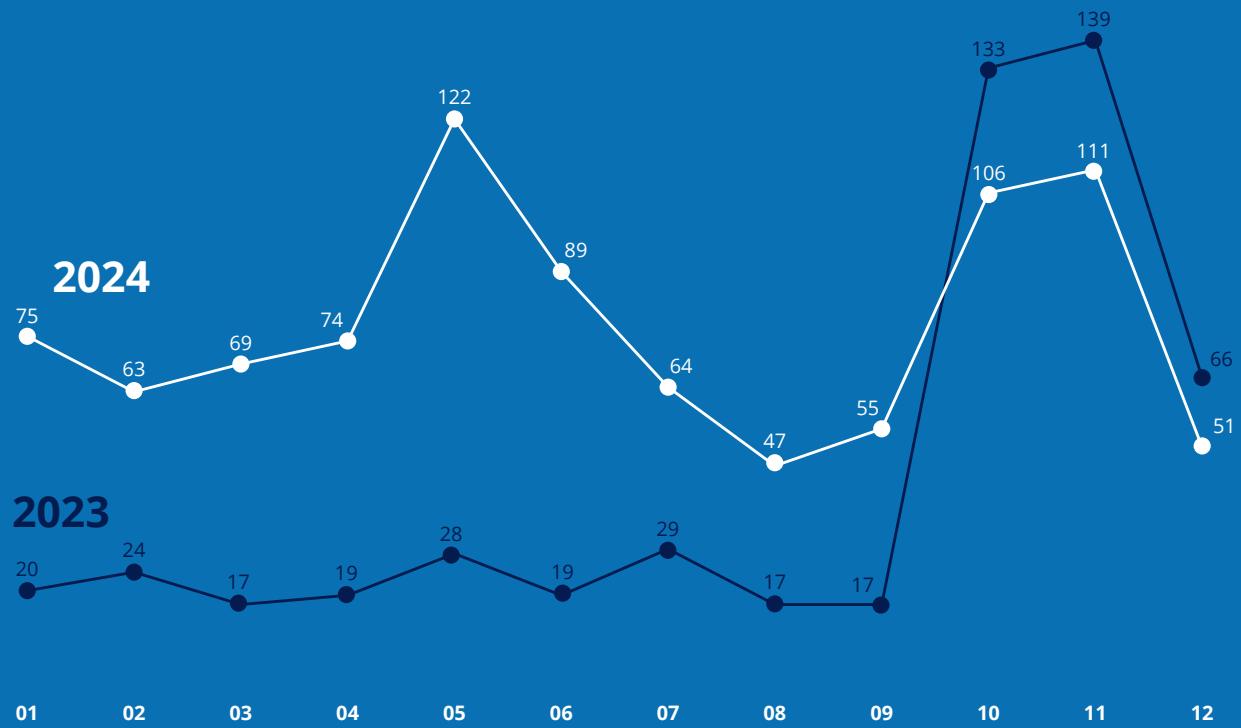
Frankfurt-Rödelheim © RIAS Hessen / Privat

gewidmet, worin auf den alltagsprägenden Charakter dieser Vorfälle eingegangen wird (Vgl. ab S. 43). Als verletzendes Verhalten wird unter anderem das Beschmieren von nicht jüdischem Eigentum aufgenommen. Eine solche Schmiererei wurde am 19. Juli 2024 auf einem Geländer einer Brücke in Rödelheim entdeckt. Der ca. 50 cm lange Schriftzug lautete „Israel Terrorist“. Dabei wurde Israel mit den SS-Runen geschrieben und damit eine Gleichsetzung zwischen Israels mit der nationalsozialistischen SS vorgenommen.

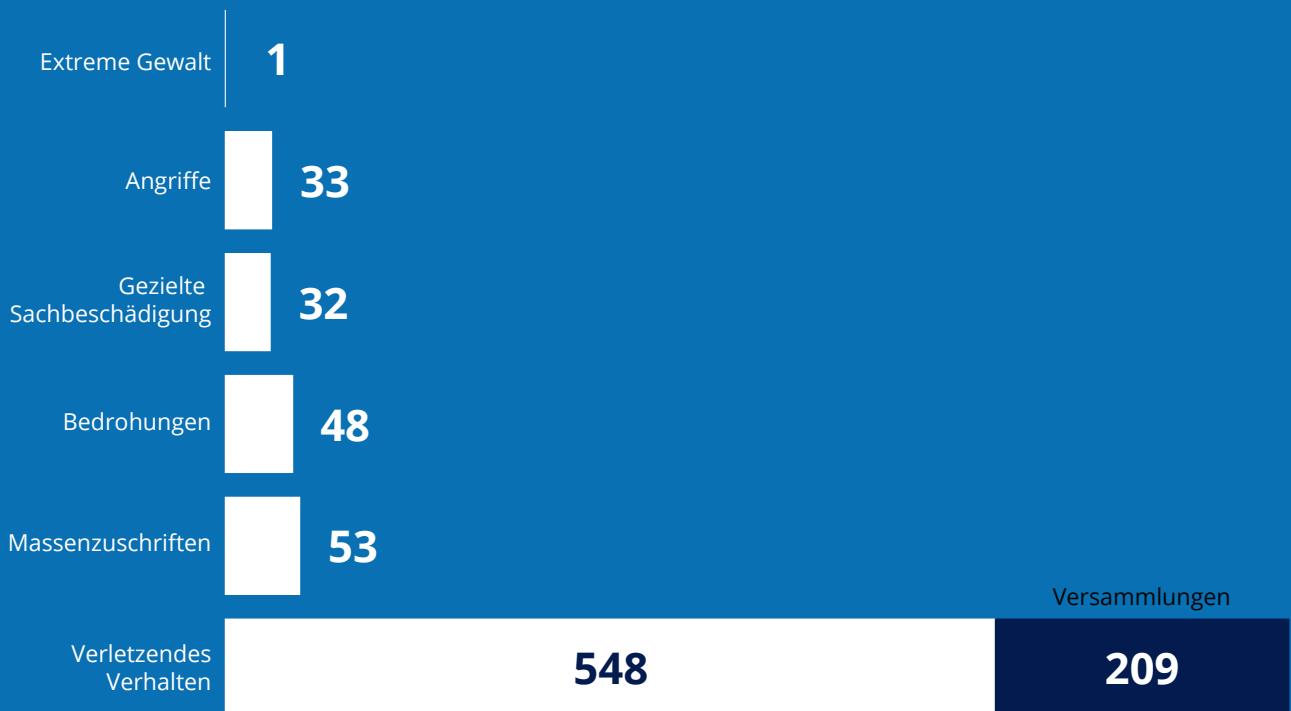
Ein anderer Vorfall ereignete sich mehrfach zwischen dem 12. und 21. August 2024 in Marburg. Mehrere Plakate, die an die von der terroristischen Hamas nach Gaza verschleppten, israelischen Geiseln erinnerten, wurden abgerissen. Hierbei waren vor allem Gesichter und Namen betroffen. Auch wurde in gelber Farbe „F*ck Israel“ über die Plakate geschmiert. An einem anderen Tag wurden an weiteren Plakaten die Gesichter teils

Marburg © RIAS Hessen / Privat

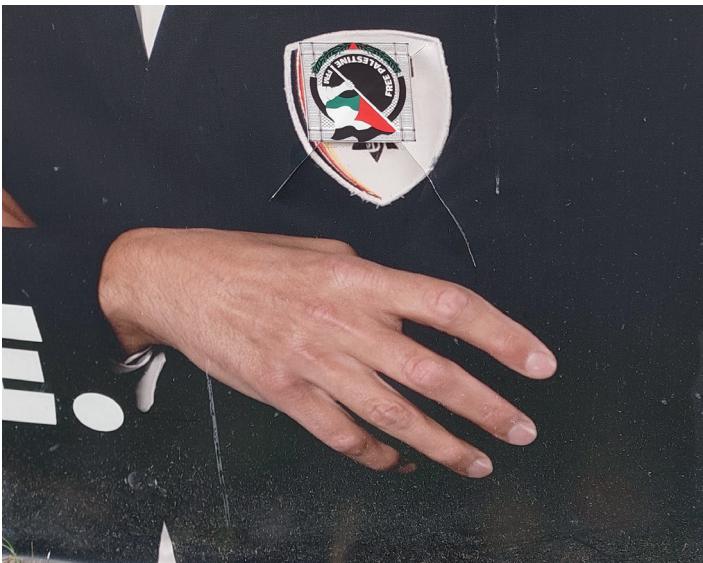




Grafik 2: Von RIAS Hessen dokumentierte antisemitische Vorfälle 2023 und 2024 nach Monaten (in absoluten Zahlen).



Grafik 3: Von RIAS Hessen dokumentierte antisemitische Vorfälle 2024 nach Vorfallsart (in absoluten Zahlen).



Frankfurt, Detail aus Porträt von Alon Meyer © RIAS Hessen / Privat

herausgerissen, teils überschrieben mit „H*mas (Herzchen)“. Dazu ein arabischer Schriftzug, zu übersetzen mit „Kick (them)“.

Die Kategorie verletzendes Verhalten schließt auch Versammlungen mit ein. Von RIAS Hessen wurden im Jahre 2024 insgesamt 209 Versammlungen (vor allem Demonstrationen und Kundgebungen, aber auch Encampments, Sit-Ins oder Vorträge) als antisemitische Vorfälle aufgenommen. Eine Versammlung wird als antisemitischer Vorfall erfasst, wenn im Aufruf zur Veranstaltung, in Redebeiträgen, auf Plakaten und Transparenten oder durch skandierte Parolen antisemitische Inhalte verbreitet wurden. Bei 149 der 209 Versammlungen wurde direkt auf das genozidale Massaker des 7. Oktobers 2023 in Israel Bezug genommen und zugleich antisemitische Inhalte verbreitet. Für nahezu alle Versammlungen (202) wurde dabei zumindest auch die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus festgestellt. Bei 64 Prozent, also nahezu zwei Dritteln der Versammlungen, konnte RIAS Hessen die Akteurinnen und Akteure dem politisch-weltanschaulichen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zuordnen. Für den anti-israelischen Aktivismus gilt, dass bei diesen Akteurinnen und Akteuren die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Eine solche Demonstration fand beispielsweise am 8. Juni 2024 in Marburg statt. Auf der Demonstration mit rund 600 Teilnehmenden, darunter auch Personen aus der Stadtpolitik, wurden verschiedene antisemitische Parolen, Redebeiträge und Plakate gesichtet, die das antisemitische Bild „Kindermörder Israel“ bedienten. Auf Transparenten und Plakaten hieß es u.a. Shoah-relativierend: „Free Palestine from German Guilt“, „Stoppt den neuen Holocaust“,

„Stop doing what Hitler did to you“, „Dont wash your holocaust trauma with palestine blood“. Es gab zudem ein Plakat, das einen blutverschmierten Benjamin Netanjahu mit Teufelshörnern zeigte, u.a. flankiert von der damaligen deutschen Außenministerin Annalena Baerbock. Am Ende der Kundgebung wurde „From the River to the Sea ...“ skandiert.

Alltagsprägend für Betroffene

45 Prozent der antisemitischen Vorfälle, die dokumentiert wurden, richteten sich direkt gegen Personen und Einrichtungen und damit unmittelbar Betroffene. Vorfälle ohne Betroffene sind beispielsweise antisemitische Schmierereien oder Aufkleber im öffentlichen Raum. Diese werden zwar von vielen Personen gesehen, adressieren aber in der Regel keine bestimmten Personen. Bei den 926 Vorfällen für das Jahr 2024 wurden in 274 Fällen Einzelpersonen direkt adressiert; 139 Vorfälle richteten sich gegen Institutionen. Der überwiegende Anteil von betroffenen Einzelpersonen war jüdisch oder israelisch. Dies war bei 170 Vorfällen der Fall; in manchen Fällen waren von einem Vorfall mehrere Personen betroffen, sodass insgesamt 189 jüdische oder israelische Betroffene dokumentiert wurden. In weiteren 54 Vorfällen mit 68 Betroffenen waren die Betroffenen nicht oder unbekannt jüdisch oder israelisch, aber wurden als Jüdinnen und Juden oder Israelis gelesen bzw. adressiert. Zusammengenommen waren Jüdinnen und Juden und Israelis oder Personen, die dergestalt adressiert wurden, in rund 82 Prozent der 274 Vorfälle die betroffenen Einzelpersonen. Ein solcher Vorfall ereignete sich am Flughafen Frankfurt. Ein Rabbiner wurde von einem anderen Fluggast antisemitisch beleidigt, der den „Hitlergruß“ zeigte und mit dem entsprechenden Ausruf ergänzte. In der daraufhin entstandenen Diskussion drohte der Täter mit den Worten „I kill you“ und machte den Betroffenen für die Politik und Kriegsführung des Staates Israel verantwortlich.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich auch 2024 häufig an Orten des alltäglichen Lebens oder an Orten, die von Betroffenen nicht ohne weiteres gemieden werden können, wie dem Arbeitsplatz, dem direkten Wohnumfeld oder auch Bildungseinrichtungen wie vor allem Schulen und Hochschulen. Mit 367 Vorfällen fanden 40 Prozent aller 926 dokumentierten Vorfälle 2024 im öffentlichen Raum statt. Als Teil des öffentlichen Raums werden die Straße, öffentliche Verkehrsmittel oder öffentliche Gebäude und Grünanlagen gewertet. Vorfälle auf der Straße wurden im Jahr 2024 mehr als doppelt so oft dokumentiert wie im Jahr 2023. Neben den mehr als 200 Versammlungen umfasste dies zahlreiche Aufkleber und Schmie-



Plakataktion Frankfurt © RIAS Hessen / Privat

rereien, aber auch, was noch gravierender ist, antisemitische Ansprachen und Angriffe auf der Straße.

Am 30. Oktober 2024 wurde während einer Stolpersteinverlegung für jüdische Opfer der Shoah von einer Person am Rande der Veranstaltung in Frankfurt am Main der „Hitlergruß“ gezeigt. Ein anderer Vorfall ereignete sich im Monat zuvor, am 24. September 2024, in Frankfurt im Zuge einer Banneraktion. Unter dem Motto „Steht auf für eine stabile Demokratie“ beteiligten sich verschiedenste gesellschaftliche Repräsentantinnen und Repräsentanten an dieser Aktion. Bei dem Porträt von Alon Meyer, Vorsitzender von MAKKABI Deutschland, wurde der Davidstern aus dem Logo auf dem Revers des Anzugs geschnitten. Das Plakat wurde an der Stelle regelrecht zerschlitzt. Jemand klebte den Schnitt mit einem israelsolidarischen Aufkleber. Wenige Tage später wurde der solchermaßen notdürftig reparierte Davidstern des MAKKABI-Deutschland-Logos mit einem „Free Palestine“-Sticker überklebt. Nicht eines der anderen Plakate, auf denen weitere Personen zu sehen waren, wurde beschädigt.

Frankfurt-Bornheim © RIAS Hessen

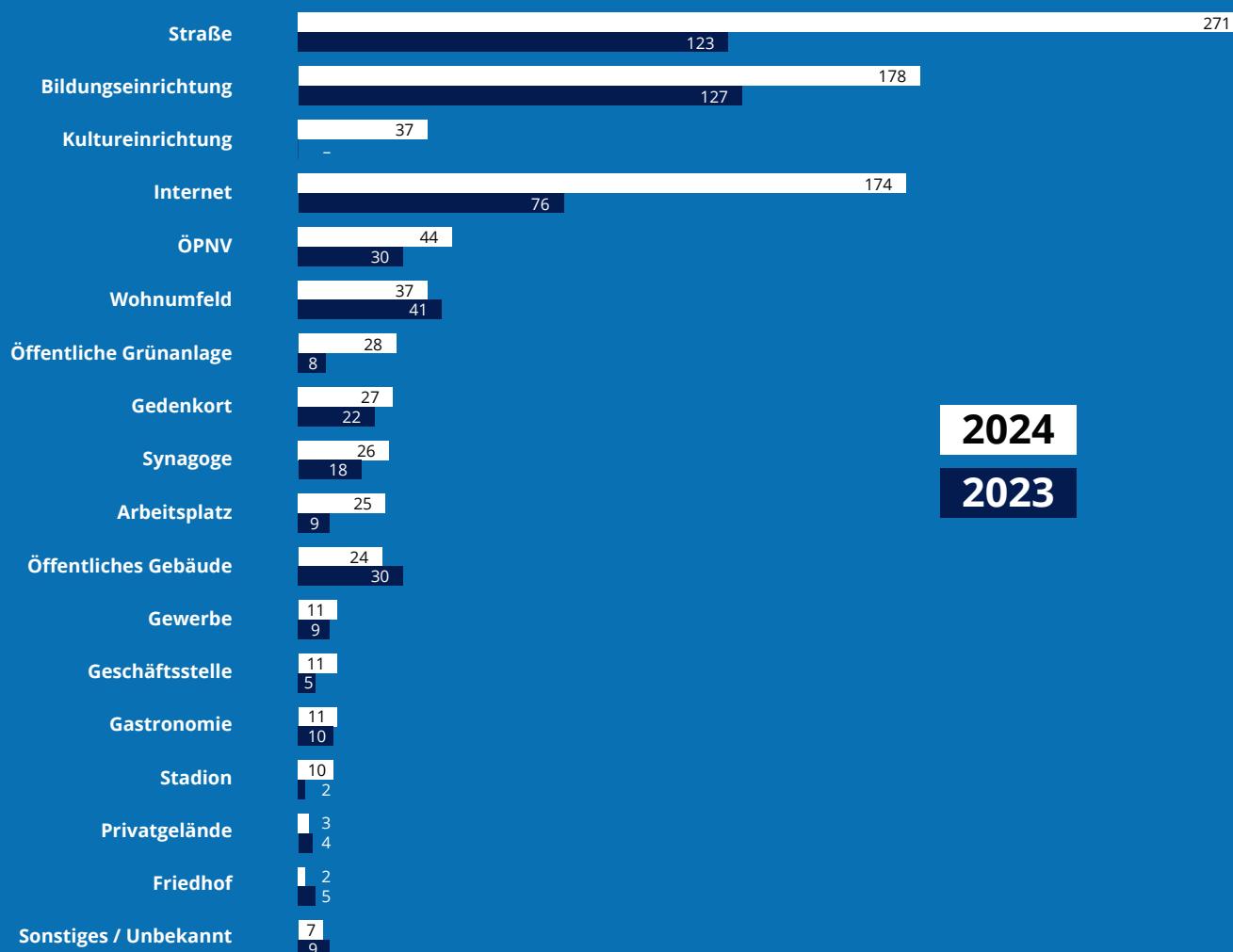


Im öffentlichen Raum wurden RIAS Hessen neben Vorfällen auf der Straße im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 auch mehr als dreimal so viele Vorfälle aus öffentlichen Grünanlagen bekannt. Es waren insbesondere Schmierereien, die unter anderem an Hinweisschildern in Grünanlagen oder Parkbänken angebracht wurden. Auch am 20. Januar 2024 wurde eine antisemitische Schmiererei entdeckt. Sie zog sich in Frankfurt-Bornheim über die Rückenlehne einer Parkbank:

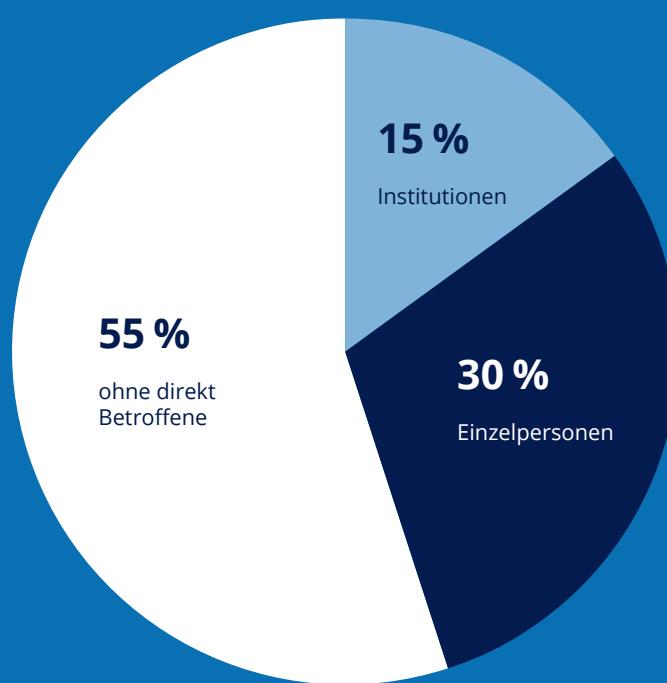
„ISRAEL = TERRORSTAAT ISRAEL = APARTEIDSTAAT“.

In der Dokumentation von RIAS Hessen sind Bildungseinrichtungen – wie bereits im Jahr 2023, vgl. ab S. 43 Fokus Kapitel II – die zweithäufigsten Tatorte. Anders als für das Jahr 2023 wurden für 2024 Kunst- und Kultureinrichtungen aus den Bildungseinrichtungen ausgeklammert und separat aufgeführt. Diese hohe Fallzahl der von RIAS Hessen dokumentierten Vorfälle an Bildungseinrichtungen ist auch im bundesweiten Vergleich der RIAS-Stellen auffällig. Unter Bildungseinrichtungen werden Kitas, Schulen und Hochschulen sowie Jugendeinrichtungen zusammengefasst. Es handelt sich damit dabei vor allem um Einrichtungen, die nicht oder kaum gemieden werden können. Insbesondere mit Blick auf die Schulen sind überwiegend Minderjährige betroffen.

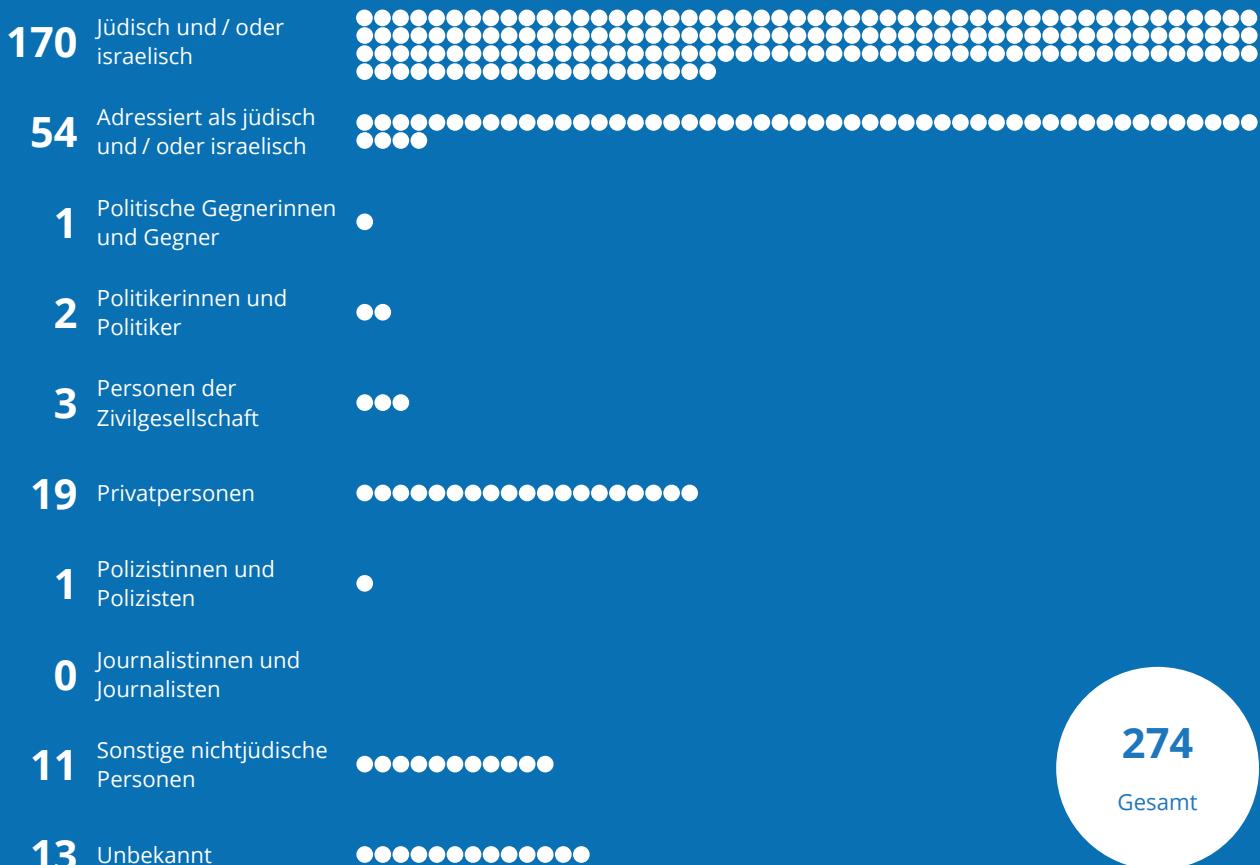
Besonders starke Auswirkungen auf Betroffene haben antisemitische Vorfälle, die sich im direkten Wohnumfeld ereignen. Solche Vorfälle können das Sicherheitsempfinden besonders stark beeinträchtigen, da der Rückzugsort der eigenen Wohnung, das Wohnhaus oder die direkte Nachbarschaft als unsichere Räume wahrgenommen werden. Die RIAS Hessen bekannte gewordenen Vorfälle im direkten Wohnumfeld fielen 2024 etwas geringer aus als 2023, wobei die Vorfallsanzahl mit



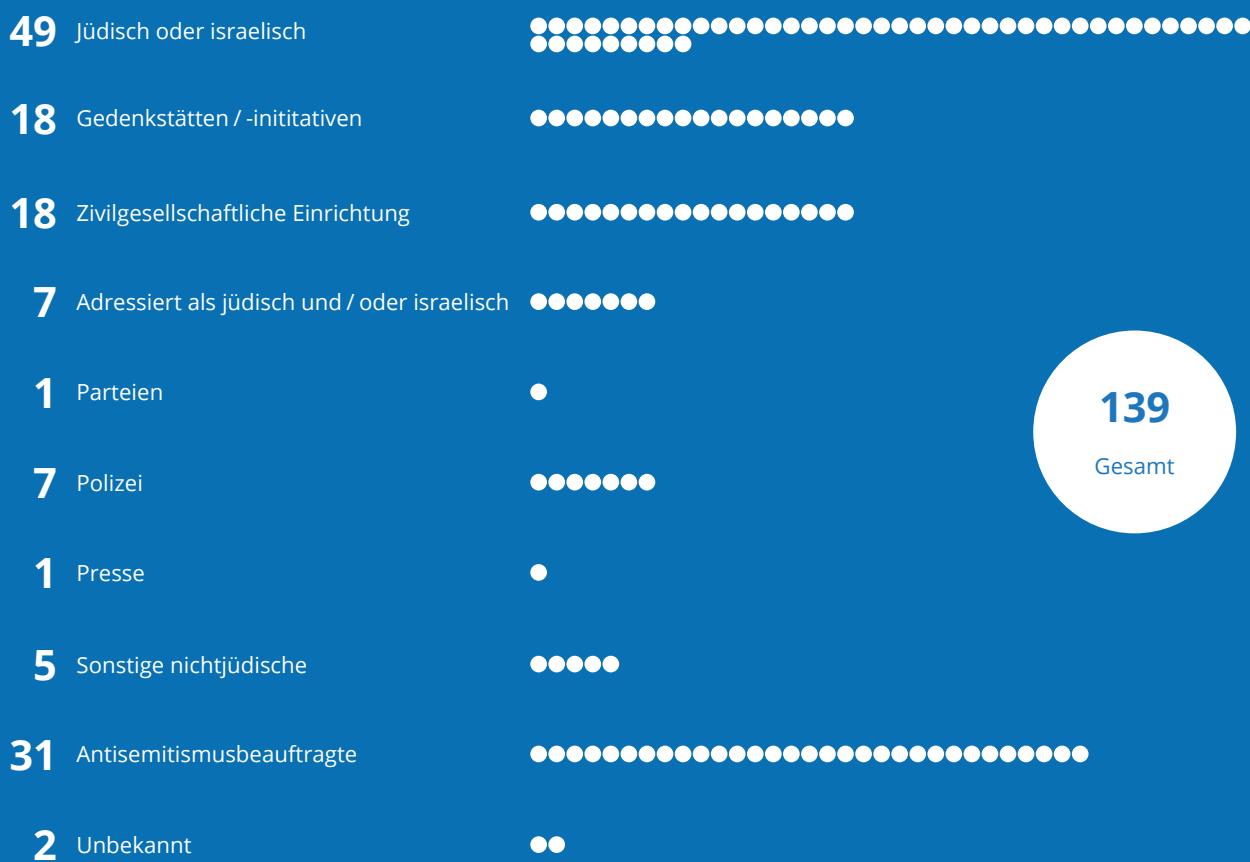
Grafik 4: Von RIAS Hessen dokumentierte antisemitische Vorfälle nach Tatorten in 2024. Die Kategorie Kultureinrichtungen wird seit 2024 gesondert aufgeführt und war 2023 noch als Teil der Bildungseinrichtungen angegeben.



Grafik 5: 2024 von antisemitischen Vorfällen direkt betroffene Individuen und Institutionen (in absoluten Zahlen).



Grafik 6: 2024 von RIAS Hessen dokumentierte Vorfälle, die Einzelpersonen betrafen.



Grafik 7: 2024 von RIAS Hessen dokumentierte Vorfälle, die Institutionen betrafen.

37 dokumentierten Ereignissen immer noch auf einem hohen Stand ist – 2022 wurden 16 antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld dokumentiert. Dazu gehörte ein Vorfall, bei dem ein Bewohner sich vor dem Wohnhaus befand und dabei einen Nachbarn "Tod allen Juden" brüllen hörte. Etwas über die Hälfte der Vorfälle im direkten Wohnumfeld von Betroffenen ereigneten sich zudem von Angesicht zu Angesicht.

Auch Vorfälle am eigenen Arbeitsplatz können für Betroffene vergleichbar einschneidend wirken wie Vorfälle im direkten Wohnumfeld. In vielen Fällen gingen die antisemitischen Vorfälle von Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen aus und damit von Personen, mit denen Betroffene regelmäßig interagieren oder zusammenarbeiten müssen. Ein Vorfall ereignete sich zwischen Arbeitskolleginnen, wobei ein banales Gespräch zu der ironischen Frage führte, ob die Betroffene es nicht komisch finden würde, dass so viele Juden reich sind und in der Aussage mündete, dass „die Juden“ Santa Claus erfunden hätten, um noch reicher zu werden.

Die Anzahl der dokumentierten antisemitischen Vorfälle, die sich im Internet ereigneten, hat sich im Jahr 2024 mit 174 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr mit 76 Vorfällen mehr als verdoppelt. Antisemitische Aussagen, die sich Online ereignen, werden von RIAS Hessen nur dann als Vorfall aufgenommen, wenn sie sich direkt an Personen oder Institutionen in Hessen richten. Dazu zählen neben E-Mails und Direktnachrichten über Messenger-Dienste auch Postings und Kommentare in Sozialen Medien, insofern dabei Personen markiert oder getagt werden. Gewaltverherrlichende antisemitische Postings, die Personen ohne eine Verlinkung in ihrem Account teilen, werden von RIAS nicht als Vorfälle aufgenommen. Viele der von RIAS Hessen dokumentierten antisemitischen Kommentare sind äußerst vulgär, beleidigend und richten sich insbesondere gegen Personen, die sich online als erkennbar jüdisch zeigen bzw. gegen Personen, die Solidarität mit Israel und der jüdischen Community ausdrückten.

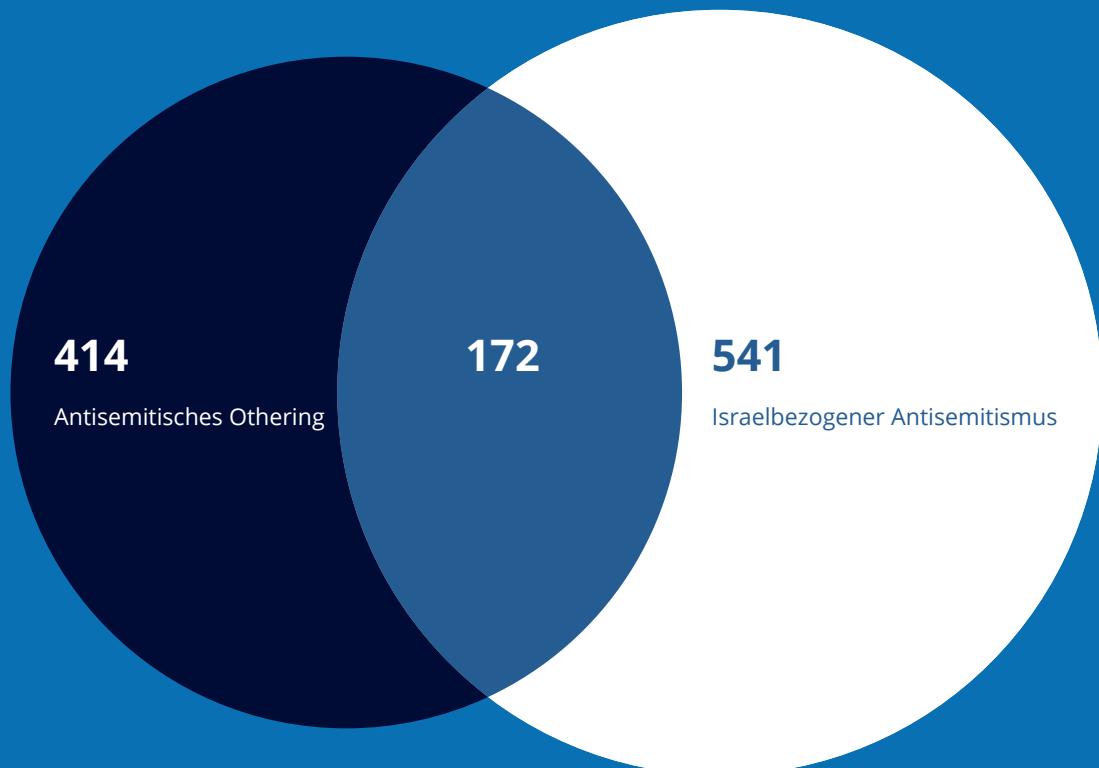
Die Auflistung der von RIAS Hessen dokumentierten Orte, an denen sich die bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle ereignet haben, zeigt, dass sich Antisemitismus nicht auf bestimmte Orte eingrenzen lässt.

Erscheinungsformen des Antisemitismus in Hessen 2024

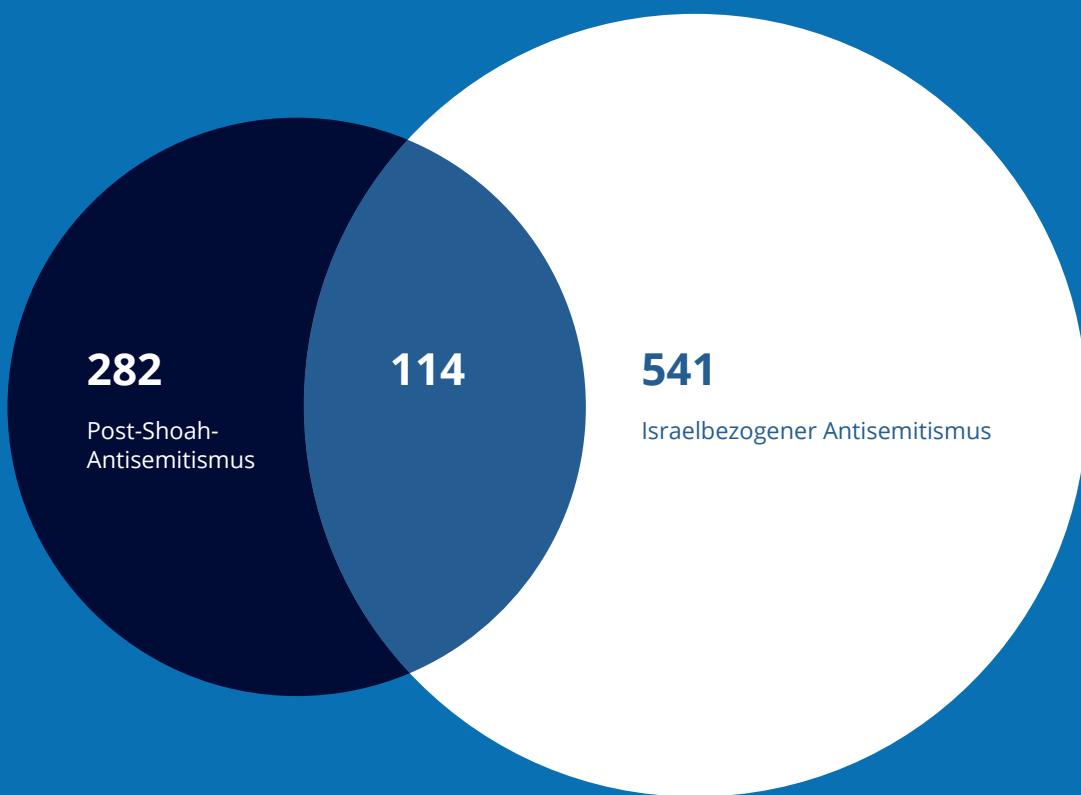
Antisemitische Vorfälle können verschiedene antisemitische Stereotype beinhalten. RIAS Hessen unterscheidet dabei fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus, die Stereotype bündeln und zusammenfassen. Ein Vorfall kann dabei auch Stereotype von mehr als einer Erscheinungsform beinhalten. Beispielsweise, wenn die Politik Israels mit der des Nationalsozialismus gleichgesetzt wird. Damit wird einerseits Israel dämonisiert, was der Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus zugerechnet wird und zugleich findet eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und der Shoah statt, was unter der Erscheinungsform Post-Shoah-Antisemitismus gefasst wird. 2024 gab es bei 926 dokumentierten antisemitischen Vorfälle insgesamt 1.466 Zuordnungen zu einer solchen Erscheinungsform, womit ein Vorfall durchschnittlich rund 1,6 Erscheinungsformen zugeordnet wurde. Insbesondere bei Versammlungen, auf denen verschiedene antisematische Parolen skandiert, Reden gehalten und Plakate gezeigt wurden, trafen nicht selten drei oder vier Erscheinungsformen auf eine Versammlung, d.h. einen Vorfall, zu.

Die 2024 am häufigsten verzeichnete Erscheinungsform war, wie bereits 2023, der israelbezogene Antisemitismus. In 58 Prozent aller Vorfälle wurden antisemitische Stereotype geäußert, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden. Am zweit- und dritthäufigsten wurden die Erscheinungsformen antisemitisches Othering (45 Prozent aller Vorfälle) und Post-Shoah-Antisemitismus (30 Prozent aller dokumentierten Vorfälle) festgestellt.

Vorfälle mit der Erscheinungsform israelbezogener Antisemitismus finden sich in allen von RIAS Hessen unterschiedenen Vorfallstypen, von verletzendem Verhalten über Vorfälle mit gezielter Sachbeschädigung, Bedrohung, Angriffe bis hin zur extremen Gewalt. Zugleich konnten Vorfälle, in denen zumindest auch israelbezogener Antisemitismus geäußert wird, allen von RIAS unterschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren zugeordnet werden. Die Funktion der Brückenideologie, bei der Antisemitismus unterschiedlichste politische Spektren zusammenführen kann, tritt bei israelbezogenem Antisemitismus besonders stark in Erscheinung. Ein Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus, der einem rechtsextremen politischen Hintergrund zugeordnet werden konnte, sind Aufkleber an und um einen Jugendclub. Die Aufkleber sind von der rechtsextremen Kleinpartei „Dritter Weg“. Auf dem Aufkleber ist im Hintergrund eine Israelflagge abgebildet. Zen-



Grafik 8: Überschneidung von israelbezogenem Antisemitismus und antisemitischem Othering.



Grafik 9: Überschneidung von israelbezogenem Antisemitismus und Post-Shoah-Antisemitismus.

	2023		2024	
Antisemitisches Othering	184	34,8 %	414	44,7 %
Antijudaistischer Antisemitismus	18	3,4 %	135	14,6 %
Moderner Antisemitismus	77	14,6 %	94	10,2 %
Israelbezogener Antisemitismus	299	56,6 %	541	58,4 %
Post-Shoah-Antisemitismus	159	30,1 %	282	30,5 %

Grafik 10: Erscheinungsformen von Antisemitismus 2023 bis 2024.

tral in der Mitte ist ein mit Blutflecken beschmierter Davidstern zu sehen. Überschrieben ist der Aufkleber mit „Keine Solidarität mit Israel“.

Viele Vorfälle von israelbezogenen Antisemitismus treten zusammen mit anderen Erscheinungsformen auf. Für 2024 wurden RIAS Hessen 162 Vorfälle gemeldet, die zugleich auch dem antisemitischen Othering zugeordnet werden konnten. Ein solcher Fall ereignete sich in einem voll besetzten öffentlichen Verkehrsmittel, als ein Fahrgast anfing antisemitische Aussagen zu brüllen. Darunter: „Die sch* Juden sollten alle dorthin zurückgehen, wo sie hergekommen sind“, „Die sch* Juden sind immer schuld, sie müssen alle umgebracht werden“. Die Person nahm Bezug auf den Krieg in Gaza und wünschte „allen Juden“ den Tod. Die ausgrenzende Beleidigung und dass die jüdische Community in Deutschland für die Politik in Israel in Haftung genommen werden, sind Ausdruck des antisemitischen Otherings. Zugleich bezog sich die Person auf den Krieg nach dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und setzte die Aussagen in diesen Kontext.

Ein Drittel der 2024 in Hessen dokumentierten Vorfälle sind der Erscheinungsform des Post-Shoah-Antisemitismus zuzuordnen. Diese Erscheinungsform beinhaltet auch die Abwehr der Erinnerung an die Shoah. Dies geschieht neben verbalen Äußerungen immer wieder durch die gezielte Sachbeschädi-

gung von Erinnerungsorten. So wurde im Oktober 2024 eine Inschrift zur Erinnerung an die Opfer der Shoah großflächig mit einem Werkzeug aus einer Mauer herausgebrochen. Es handelte sich um eine Hauswand gegenüber des Synagogenplatzes in der Judengasse in Friedberg. Die vor einigen Jahren gestaltete Gedenkwand ist auch Ort des jährlichen Gedenkens an die Novemberpogrome. Die Inschrift „Nichts und Niemand ist vergessen“ wurde mitsamt dem Verputz abgeschlagen.

Post-Shoah-Antisemitismus trat in 114 Fällen zusammen mit israelbezogenem Antisemitismus auf. Beispielsweise auf einer Kundgebung in Frankfurt am Main am 27. April 2024. Während der Versammlung wurden der Staat Israel und seine Bewohnerinnen und Bewohner dämonisiert und delegitimiert. „[...] Zionismus ist die größte Bedrohung für den Weltfrieden. Zionismus ist eine faschistische, rassistische Ideologie [...] Zionismus, egal in welcher Erscheinungsform, hat keinerlei Legitimität zu existieren. [...] Israel ist weder eine Demokratie noch ein Rechtsstaat noch moralisch. Israel ist ein faschistisches, terroristisches Gebilde [...] Wir werden sie besiegen! [...] Ich möchte die Zionisten noch einmal daran erinnern: Wir sind die Einheimischen, ihr seid die Siedlerkolonialisten, wir werden bleiben, ihr haut jetzt schon ab. [...] Eure Herzen sind verdammt in Hass und Groll und Dunkelheit, wir stehen für Frieden, wir stehen auf der richtigen Seite. Wir sind die Vielen, wir sind für den Sieg bestimmt, und ihr habt bereits verloren.“ Zu-

2024	Antisemitisches Othering	Antijudaistischer Antisemitismus	Moderner Antisemitismus	Israelbezogener Antisemitismus	Post-Shoah-Antisemitismus
Antisemitisches Othering	172	35	29	162	105
Antijudaistischer Antisemitismus	35	12	23	101	38
Moderner Antisemitismus	29	23	14	46	44
Israelbezogener Antisemitismus	162	101	46	237	114
Post-Shoah-Antisemitismus	105	38	44	114	79

Grafik 11: Absolute Zahlen der jeweils zu den Erscheinungsformen zugeordneten Vorfälle.

Die farblich unterlegten Zahlen zeigen jeweils die Zahl der Vorfälle, die nur einer Erscheinungsform zugeordnet wurden.

dem kam es zu Verschränkungen von israelbezogenem und Post-Shoah-Antisemitismus über Plakate: „Dear Germany, stop making Palestinians pay for your past crimes not in our name! Free Palestine“, sowie das mittlerweile immer wieder verwendete: „Free Palestine from German Guilt“.

Das gemeinsame Auftreten von Erscheinungsformen zeigt, wie fließend die Übergänge zwischen den antisemitischen Stereotypen sind, und wie anpassungsfähig Antisemitismus als Projektion in unterschiedliche Diskurse eingewoben werden kann. Die Erinnerungsabwehr, die Marginalisierung der Shoah oder auch die Täter-Opfer-Umkehr im Post-Shoah-Antisemitismus haben insbesondere in Deutschland eine entlastende Funktion. Auch bei antisemitischen Gleichsetzungen von Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland ist die Entlastungsfunktion zentral. Die absolute Gewalt und der absolute Vernichtungswillen des Nationalsozialismus und die Täterschaft von Deutschen wird auf Israel projiziert. Damit werden der Staat Israel und die jüdische Selbstbestimmung mit der Täterschaft des Nationalsozialismus verglichen.

Die Bezeichnung Israels als „Kindermörder“ oder auch als „Baby-Mörder“ bezieht sich direkt auf die antijudaistische und antisematische Ritualmord-Legende, der zufolge Juden (christliche) Kinder angeblich umbrächten und ihr Blut in Mazzot für Pessach verarbeiteten. „Kindermörder Israel“ ist ein Beispiel für die Übertragung tradierter antisemitischer Topoi auf den Staat Israel. Es zeigt sich auch, dass zunächst der Staat Israel adressiert wird, aber letztlich das jüdische Kollektiv gemeint ist. Aufgrund der so offenkundigen Verbindung zu antijudaistischen Denkmustern hat sich der Bundesverband RIAS e.V. unter Beteiligung aller RIAS-Stellen entschieden, ab 2024 die Parole „Kindermörder Israel“ nicht nur als israelbezogenen Antisemitismus, sondern zugleich als antijudaistischen Antisemitismus zu codieren.

Politisch-weltanschaulicher Hintergrund

Der Großteil der von RIAS Hessen erfassten Vorfälle konnte keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden. Dies liegt insbesondere daran, dass die RIAS-Stellen den politischen Hintergrund nur dann erfassen, wenn sich dieser eindeutig aus dem Vorfall ergibt. Beispielsweise, wenn sich die sich antisemitisch äußernde Person sich selbst einem entsprechenden Milieu zuordnet oder eindeutige Symboliken erkennbar waren. Die zurückhaltende Zuordnung des politisch-weltanschaulichen Hintergrunds begründet sich darin, dass viele der an RIAS Hessen gemeldeten antisemitischen Vorfälle zwar mitunter in einem politisch-weltanschaulichen Milieu besonders prominent sind, aber auch in anderen Milieus anzutreffen sind. Wie bereits die Auswertung der dokumentierten Tatorte nahelegt, zeigt sich Antisemitismus in Hessen als alltagsprägendes Phänomen insoweit, dass Antisemitismus nicht durch das Vermeiden von bestimmten Orten oder dem Fernhalten von spezifischen Personengruppen entgangen werden kann. Antisemitismus ist ein Grundrauschen des Alltags. Dies kann sowohl negative Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl potenziell Betroffener haben, als auch im offenen Umgang mit der eigenen jüdischen Identität einschränken.

Von den antisemitischen Vorfällen, die eindeutig einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden konnten, war der antiisraelische Aktivismus mit Abstand die häufigste zugewiesene Kategorie. Für den antiisraelischen Aktivismus gilt, dass bei diesen Akteurinnen und Akteuren die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen im Vordergrund steht, während die politische Positionierung im linken, rechten oder islamistischen Milieu nachrangig ist. Insgesamt ordnete RIAS Hessen 2024 192 Vorfälle dem antiisraelischen Aktivismus zu. Drei (3) der Vorfälle, die so eindeutig zugeordnet werden konnten, waren Angriffe. Zwei (2) Vorfälle waren Bedrohungen und ebenfalls zwei (2) gezielte Sachbeschädigungen. Nahezu 70 Prozent der Vorfälle, die dem politischen Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden, waren Versammlungen. Versammlungen können als politische Aktionen von sich häufig auch anderweitig äußernden Akteuren meist leichter einem politisch-weltanschaulichen Hintergrund zugeordnet werden. Beispiele dafür ist eine Demonstration am 1. April 2024 in Frankfurt am Main. Auf der Oster-Demonstration wurde ein Flugblatt verteilt, das Jüdinnen und Juden vorwarf, den Rassismus, den sie erlebt hätten, nun selbst gegen andere zu richten. An einem Stand lag unter anderem die Broschüre „Siedlerkolonialismus und Apartheid“ aus, in deren Klappentext „Zionisten als neue Ge-

stapo, neue Wehrmacht, neue SA und SS“ bezeichnet wurden. Ein anderes Plakat zeigte am oberen und unteren Rand gemalte Blutstropfen und dazwischen den Schriftzug „Netanjahu = Menschenschlächter“. Ein Flugblatt verschränkte israelbezogene Antisemitismus mit verschwörungs-ideologischen Narrativen: die „Palästinasolidarität“ werde von „Technokraten des Great Reset“ als „rechte Ideologie“ diskreditiert.

Dem linken oder antiimperialistischen Hintergrund ordnete RIAS Hessen für 2024 insgesamt 56 Vorfälle zu. Ganz ähnlich zum Hintergrund des antiisraelischen Aktivismus stellen auch bei den dem linken oder antiimperialistischen Hintergrund zugeordneten Vorfällen den Großteil Versammlungen mit 31 Vorfällen dar. So auch am 1. September 2024, während einer Versammlung anlässlich des „Antikriegstages“ in Marburg. Aufgerufen hatten verschiedene Bündnisse und linke Gruppierungen in Kooperation mit einer evangelischen Kirchengemeinde unter Beteiligung des Oberbürgermeisters der Stadt. Dort kam es zu verschiedenen Ansprachen, die die Situation in Gaza immer wieder mit dem Zweiten Weltkrieg verglichen oder als noch schlimmer darstellten, jedoch ohne die Shoah konkret zu benennen. Eine im Rahmen dieses Tages gezeigte Ausstellung hieß „Kunst aus Gaza“. Ein Bild zeigte eine Karte Palästinas auf dem Gebiet des heutigen Israels und der palästinensischen Gebiete, geflutet von Kindern mit geschlossenen Augen und blutenden Einschusslöchern im Kopf sowie der Schrift „100 kids murdered a day“. Der „Kindermörder“-Topos zusammen mit der Dämonisierung drückte sich in diesem Bild klar aus.

Ein rechtsextremer politischer Hintergrund wurde 2024 in insgesamt 55 Vorfällen von RIAS Hessen dokumentiert. Auffallend ist, dass es sich bei den so zugeordneten Vorfällen um vier (4) direkte Bedrohungen handelt. Bei weiteren elf (11) Vorfällen handelte es sich um Schmierereien, wobei vier (4) Vorfälle gezielte Sachbeschädigungen darstellten – also die Beschädigungen von jüdischem oder israelischem Eigentum oder Gedenkorten. So wurden am 23. Juni 2024 in Frankfurt am Main zwei Stolpersteine für ein jüdisches Ehepaar mit Hakenkreuzen beschmiert.

RIAS Hessen erfasst einen islamischen oder islamistischen Hintergrund, wenn sich Personen positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken beziehen und kein anderer politischer Hintergrund dominiert. Auch bei Vorfällen, die eindeutig einem islamischen oder islamistischen Hintergrund zugeordnet werden konnten, fällt die verhältnismäßig hohe Anzahl von Bedrohungen auf. Insgesamt wurden 43 Vorfälle diesem



Frankfurt am Main © RIAS Hessen / Privat

Hintergrund zugeordnet und davon stellen vier (4) Bedrohungen dar. Ein derartiger Vorfall ereignete sich in einem öffentlichen Verkehrsmittel, in dem zwei über die Kippa erkennbare jüdische Personen von zwei anderen Personen bedroht wurden. Anfangs wiederholten diese immer wieder „Falestin, Free Falestin“ in Richtung der Betroffenen. Als diese das Verkehrsmittel verlassen wollten, zeigten die Täter den Mittelfinger, imitierten mit Gesten sexuelle Übergriffe und äußerten, dass Allah sie „töten“ werde.

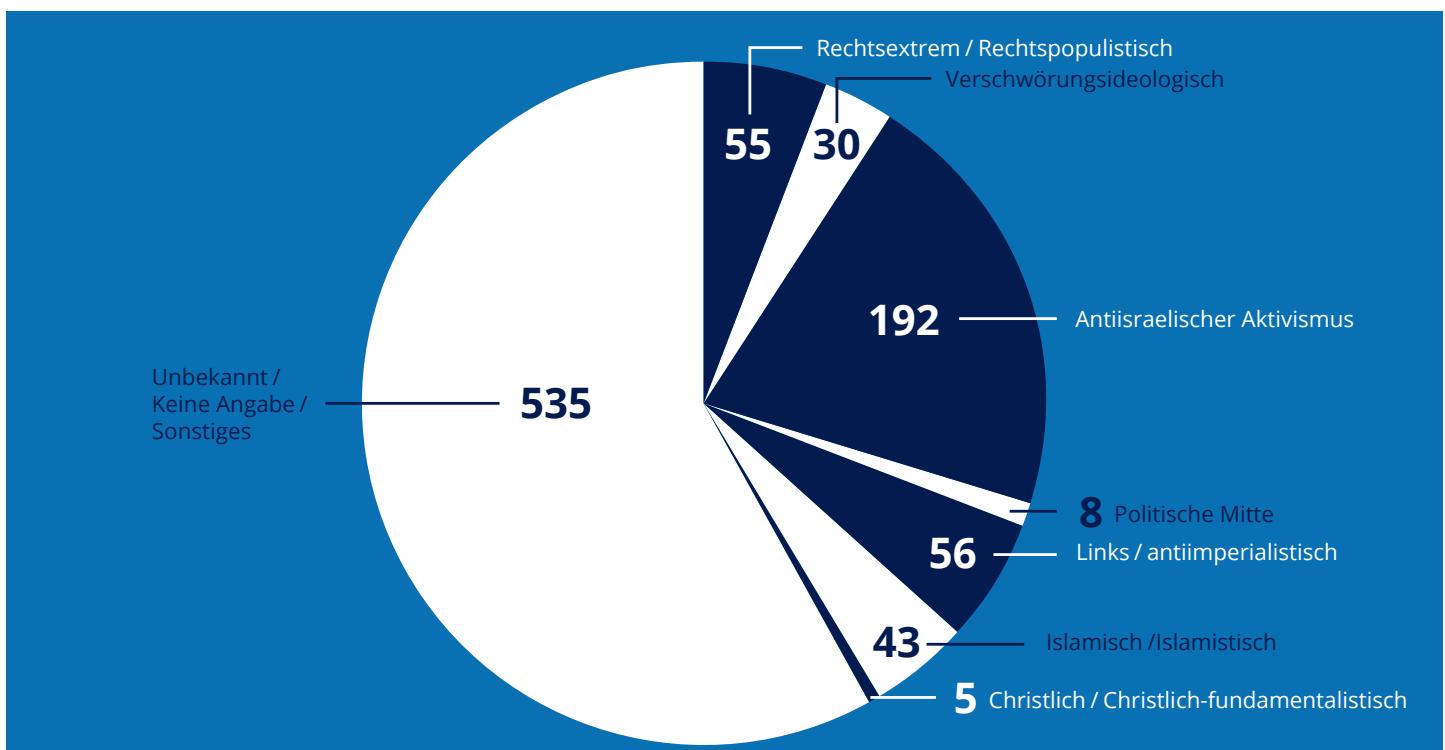
Einem verschwörungsideologischen Hintergrund ordnete RIAS Hessen 2024 insgesamt 30 Vorfälle zu. Bei elf (11) dieser Vorfälle handelt es sich um Massenzuschriften. Einen verschwörungsideologischen Hintergrund erfasst RIAS Hessen bei Vorfällen von Gruppen und Personen, bei denen eine Verbreitung

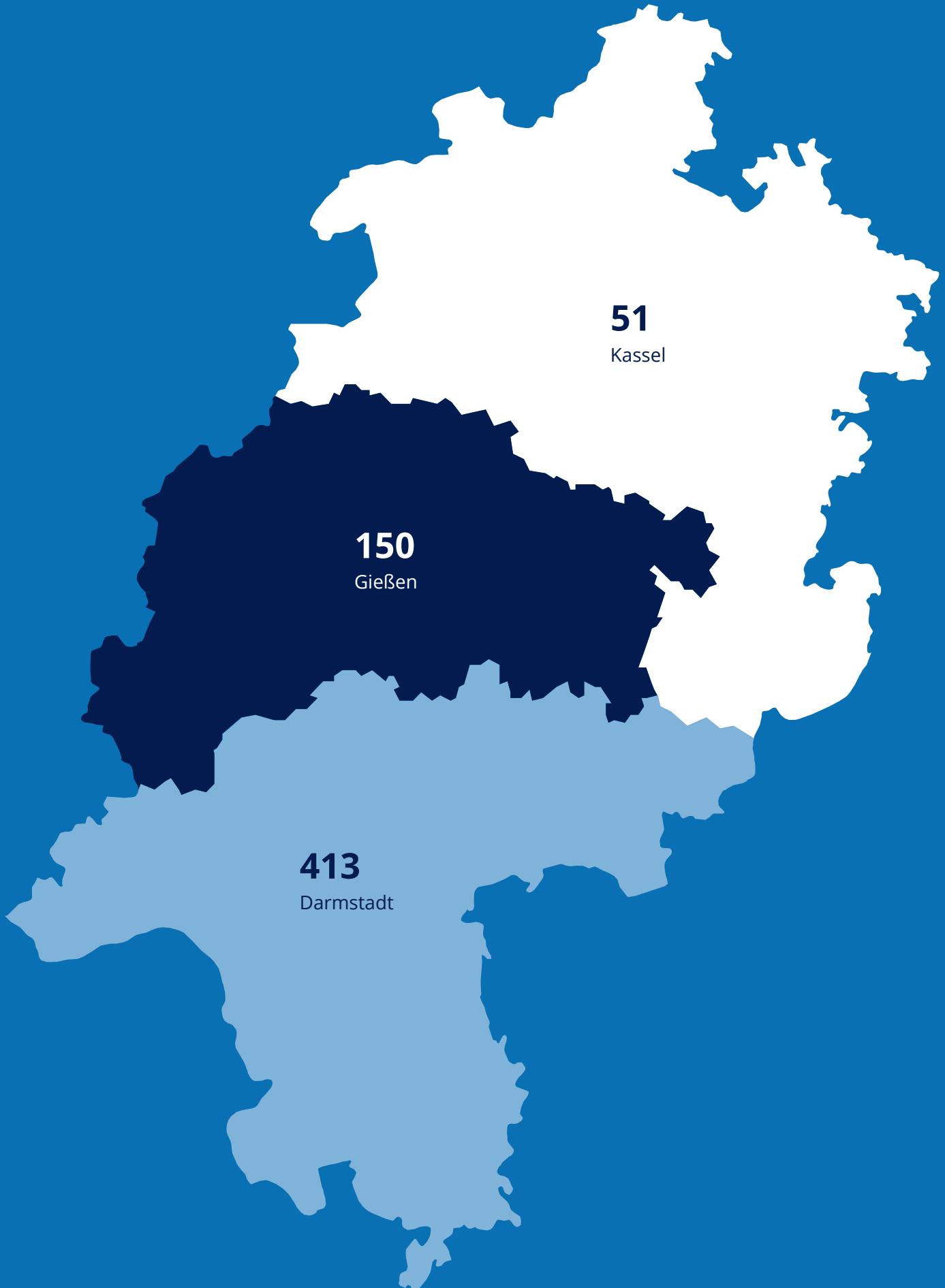
von antisemitischen Verschwörungsideologien im Vordergrund steht. Nach wie vor finden in Hessen regelmäßig Versammlungen statt, die diesem Hintergrund zugeordnet werden können. Antisemitische Vorfälle auf solchen Veranstaltungen wurden RIAS Hessen bei sechs (6) Versammlungen bekannt. Ein solcher Vorfall stellte eine Versammlung am 25. Mai 2024 in Frankfurt am Main dar. Eine Person sagte: „Die AfD ist ja im Grunde vom Mossad gelenkt. Wer die ganze Welt regiert, wissen wir im Grunde auch. Ich habe Nationalsozialistenfreunde, die endlich erwacht sind. Was hier im BRD-Gulag passiert, ist alles falsch. Wir werden alle verarscht, versklavt und genozidiert durch die Juden [Impfbewegung am Arm].“ Eine andere Person äußerte: „Es gab nie Nazis und Nationalsozialismus, das wurde absichtlich von den Juden gegründet. Es sind eigentlich Nazis. Also Nationalzionisten.“

RIAS Hessen ordnete für 2024 acht (8) Vorfälle der politischen Mitte und fünf (5) Vorfälle dem christlichen oder christlich-fundamentalistischen Hintergrund zu.

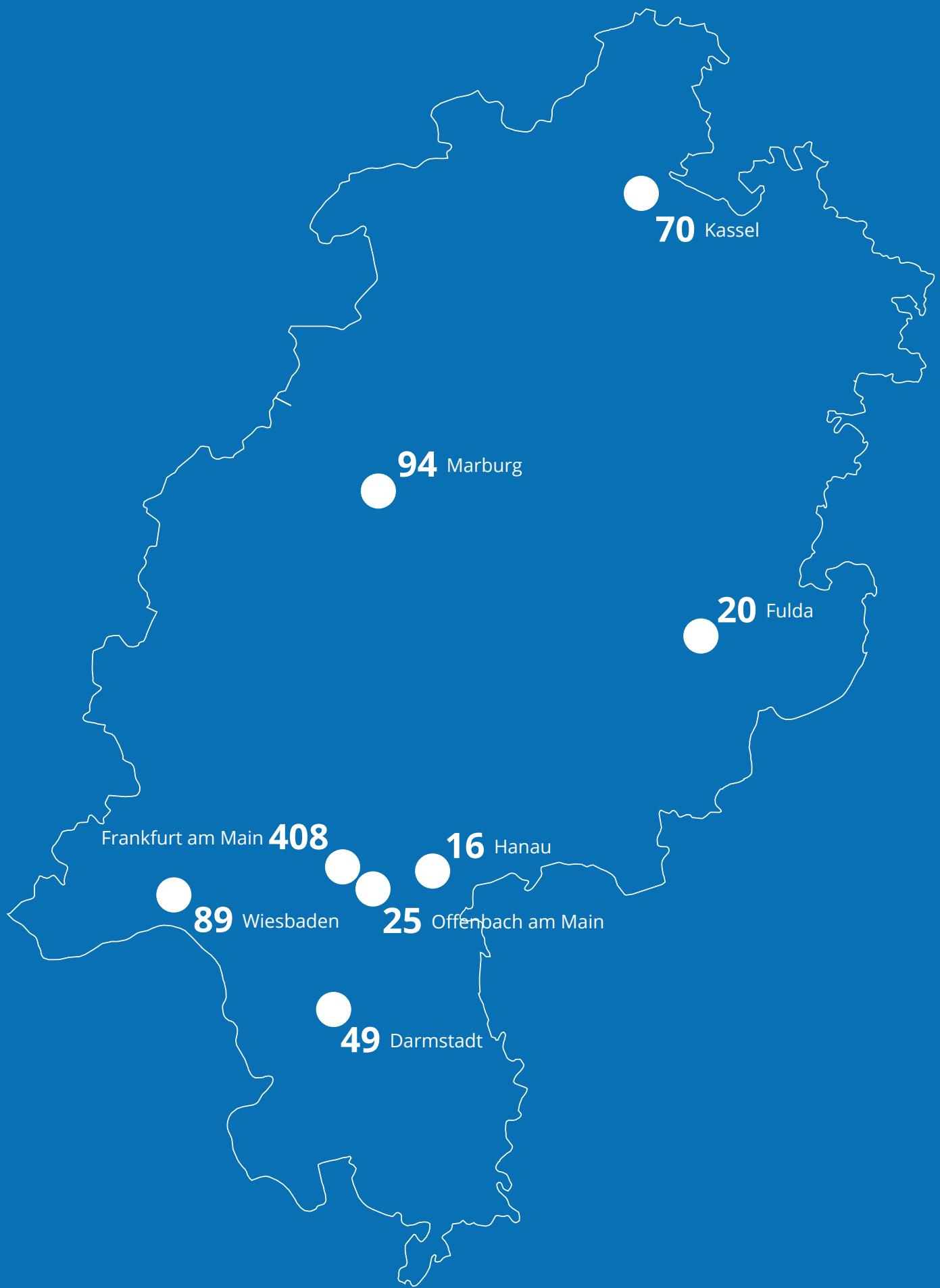
Es kann weiterhin von einer höheren Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle ausgegangen werden. Diese Vorfälle können nur dokumentiert werden, wenn sie an RIAS Hessen gemeldet werden, wofür unter anderem die Bekanntheit von RIAS Hessen entscheidend ist. Die weitere Etablierung von RIAS Hessen wird künftig hoffentlich zu einer weiteren Erhellung dieses Feldes beitragen.

Grafik 12: Politisch-weltanschaulicher Hintergrund antisemitischer Vorfälle in Hessen 2024.





Grafik 13: Vorfälle 2024 nach Regierungsbezirken in Hessen.



Grafik 14: Vorfälle 2024 nach Städten in Hessen.

Fokuskapitel I

Antisemitismus im Alltag

Viele antisemitische Vorfälle, die Betroffenen im Alltag begegnen, sind Vorfälle, die von RIAS Hessen unter der Kategorie verletzendes Verhalten verzeichnet werden. Für das Jahr 2024 wurden 759 Vorfälle des verletzenden Verhaltens dokumentiert. Es handelt sich dabei um antisemitische Vorfälle, die nicht gewalttätig waren, während derer keine Erinnerungsorte oder jüdisches Eigentum beschädigt wurden und die keine direkten Bedrohungen oder Massenzuschriften waren. Die Bandbreite der Vorfälle des verletzenden Verhaltens ist damit extrem breit gefächert und reicht von antisemitischem Aufkleber über antisemitische Beleidigungen bis hin zu Versammlungen, während derer Antisemitismus geäußert wurde.

170 Vorfälle verletzenden Verhaltens fanden von Angesicht zu Angesicht statt. Lediglich 1,6 Prozent dieser dokumentierten Vorfälle wurden von den Betroffenen für eine Veröffentlichung freigegeben. Dieser geringe Anteil resultiert auch daraus, dass sich viele der Vorfälle im direkten Umfeld von Betroffenen ereigneten bzw. die Personen, die sich antisemistisch äußerten, waren den Betroffenen bekannt. Andere Vorfälle ereigneten sich unvermittelt, an Orten des Alltags wie der Straße, Parks oder einem Café – wie in dem folgenden Vorfall. Eine Person mit Kippa besuchte mit einer Gruppe von Freunden ein Café in Frankfurt am Main. Kurz nach dem Eintreten folgte ein älterer Mann der meldenden Person und nahm sein Handy von der Ladestelle, etwa zwei Meter neben der meldenden Person. Der ältere Mann sagte dabei für die meldende Person gut hörbar: „Not good“. Auf die Nachfrage, was „not good“ sei, antwortete die Person: „Talmud no good, I know it all. It's the Devil“. Darauf entfernte er sich. Betroffene wurden auch 2024 unvorbereitet und unerwartet mit antisemitischen Aussagen oder auch Beleidigungen konfrontiert. Umstehende, die diese antisemitischen Aussagen mitbekamen, reagierten oftmals nicht, sodass sich Betroffene allein der Situation ausgesetzt fühlen.

Mit 163 Vorfällen machten antisemitische Schmierereien ebenfalls einen großen Anteil an den Vorfällen verletzenden Verhaltens aus. Bei Schmierereien war über den Verlauf des Jahres 2024 eine sprachliche Radikalisierung festzustellen. Antisemitische Graffiti zu Israel und Zionismus nahmen im Lauf des Jahres ab; dafür nahmen Schmierereien mit Gewaltaufrufen gegen Jüdinnen und Juden signifikant zu. Zu Beginn des

Jahres 2024 traten – wie bereits Ende 2023 – immer wieder Schmierereien auf, die den Staat Israel dämonisierten. Anfang Januar 2024 fanden sich an mehreren Haltestellen (oberirdisch und in U-Bahn-Stationen) in Frankfurt am Main Schmierereien wie „Israel = Terror + Apartheid Staat“ bzw. „Israel = Terrorstaat“ sowie „Israel = Apartheidstaat“. Vergleichbare Schriftzüge fanden sich im gesamten Stadtgebiet über das Jahr verteilt, auch in Einfahrten oder auf Litfaßsäulen.

Die Verneinung Israels Existenzrecht wurde 2024 in Hessen gleichfalls über Schmierereien verbreitet. Diese antisemitischen Schmierereien wurden verstärkt in der Mitte des Jahres 2024 an RIAS Hessen gemeldet. Es handelte sich dabei um Schmierereien wie beispielsweise ein geschmiertes „F*ck Nazionisten“ an einer öffentlich zugänglichen Tür, an der sich ein Hinweis auf Lebensgefahr durch Strom befand.

Die gemeldeten Vorfälle reichten bis zu offenen Aufrufen zur Gewalt, wie die an einer Hauswand angebrachte Schmiererei „Kill Zionists“ im März 2024. Über das Jahr 2024 verteilt, aber auch hier insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte traten Auf-

Frankfurt am Main © RIAS Hessen / Privat



rufe zur Gewalt oder Todeswünsche gegen Jüdinnen und Juden gehäuft auf. Insgesamt wurden von RIAS Hessen 25 Vorfälle, in denen dazu aufgerufen wurde, jüdische Personen zu töten, dokumentiert. Teilweise handelt es sich dabei um Vorfälle, bei denen gleich mehrere Schmierereien mit dem gleichen Inhalt in relativer Nähe zueinander entdeckt wurden und deshalb nur als ein Vorfall aufgenommen wurden. Diese Graffitis

wurden der Kategorie verletzenden Verhalten zugeordnet, weil diese nicht eine konkrete Person bedrohten. Eine derartige Schmiererei wurde am 29. September 2024 entdeckt und an RIAS Hessen gemeldet. Auf den asphaltierten Weg eines Parks im Nordend in Frankfurt am Main wurde etwa 2,5 x 1 Meter groß der Schriftzug „Jude verr*cke“ geschmiert. Dieser Schriftzug wurde insgesamt zwölfmal an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeitpunkten dokumentiert. So auch am 2. November 2024 an der Rückwand einer Bushaltestelle in Frankfurt-Hausen. Dort wurden zwei Schriftzüge mit dem Aufruf, Juden zu töten, geschmiert. Für Meldende bedeutete dies, dass sie beispielsweise während eines Spaziergangs oder auf dem

© RIAS Hessen / Privat



Wiesbaden © RIAS Hessen / Privat

Weg in die Arbeit auf derartige Graffiti stießen und mit dem gewaltvollen Inhalt konfrontiert wurden.

Als besonders einschneidend wurden von vielen Meldenden auch geschmierte rote Dreiecke wahrgenommen. Die Terrororganisation Hamas markiert in Propagandamaterial mit derartigen Dreiecken Personen als „Feinde“, die eliminiert werden sollen. In Wiesbaden wurde ein „Hamas-Dreieck“ über einen „Believe Israeli Women“ Sticker geschmiert. In einige der roten Dreiecke wurden Davidsterne geritzt. Eines war mit dem Spruch „From Zionism“ versehen, also ein Verweis auf den Wunsch, Israel möge besiegt werden und die jüdische Selbstbestimmung enden. Diese Schmierereien wurden von RIAS Hessen dokumentiert. Insgesamt wurden in Wiesbaden am 5. und 10. Juni und am 16. Juli 2024 rund 30 rote „Hamas-Dreiecke“ an verschiedenste Oberflächen geschmiert vorgefunden. Obgleich es kaum einen Bezug zu Personen oder Einrichtungen gab, fühlten sich Menschen dadurch bedroht.

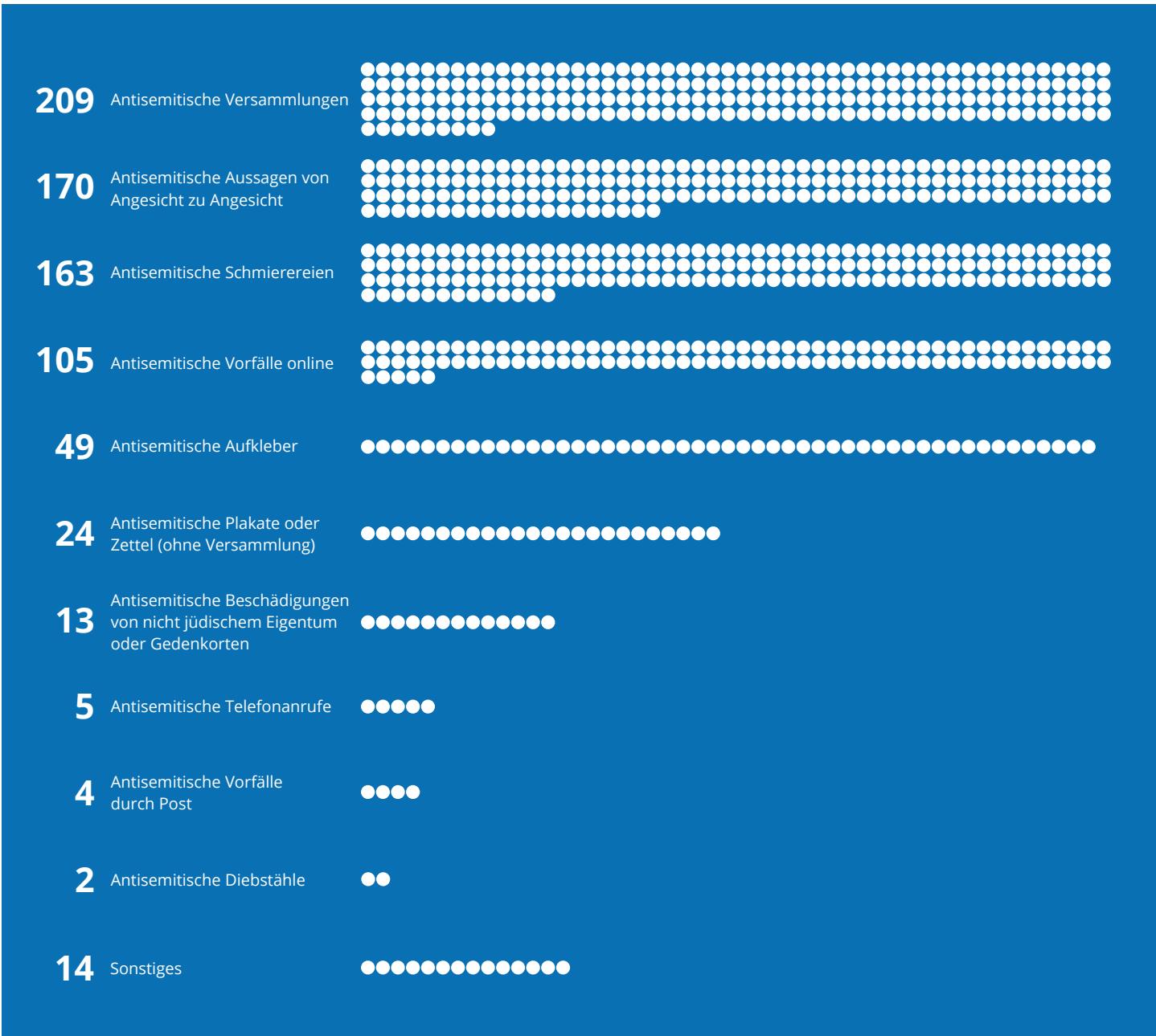
Das rote Dreieck der Hamas wird von RIAS-Stellen ausschließlich dann als antisemitischer Vorfall dokumentiert, wenn es in Verbindung mit anderen Symbolen oder direkten Bezügen zu jüdischen und israelischen bzw. solidarischen Personen oder Einrichtungen verwendet wird. Dann stellt es eine antisematische Feindmarkierung dar. Dasselbe gilt auch für das Hakenkreuz und andere NS-Symbole. Diese müssen über das Symbol hinaus auf Jüdisches, die Shoah etc. verweisen oder sich gezielt auf eine Person oder Einrichtung beziehen.

Ausgenommen der Vorfälle auf Versammlungen wurden in der Kategorie verletzendes Verhalten 86 Vorfälle dokumentiert, bei denen eine Abwertung – wie beispielsweise „Dreck“ oder „Sau“ – mit „Jude“ zusammengebracht wurde. Ein solcher Vorfall ereignete sich am 31. Januar 2024 während einer online-Veranstaltung im Rahmen einer Studienveranstaltung, die durch das Rufen von „Sch*-Jud*“ sowie NS- und Shoah-verherrlichen Parolen gestört wurde. Bei weiteren 18 Vorfällen kam es zu der Befürwortung der Shoah und bei 48 Vorfällen wurden jüdische Einrichtungen oder Jüdinnen und Juden in Hessen für die Politik Israel in Verantwortung gezogen.

Antisemitische Versammlungen

Versammlungen werden meistens angemeldet und Personen können versuchen, Versammlungen, die antisemitische Gelegenheitsstrukturen bieten, zu entgehen. Das Ausweichen von Betroffenen unterstreicht die öffentliche Raumnahme, die





Grafik 1: Medium der Vorfälle des verletzenden Verhaltens 2024 in Hessen.

durch Versammlungen stattfindet. Versammlungen bringen Personen aus verschiedenen politischen Milieus zusammen und antisemitische Inhalte, die auf diesen Versammlungen geäußert werden, erfahren größere Aufmerksamkeit. Eine ständige Wiederholung antisemitischer Aussagen führt zu deren Normalisierung und lässt die Aussagen als legitime Meinungsäußerung und nicht als das Verbreiten antisemitischer Stereotype erscheinen.

2024 wurden 209 Versammlungen dokumentiert, bei denen es zu antisemitischen Vorfällen kam. Nahezu alle Veranstaltungen nahmen Bezug auf Israel und es wurde bei 202 Versammlungen israelbezogener Antisemitismus verbreitet. Die verbreiteten antisemitischen Narrative der Versammlungen, wie bei-

spielsweise der „Kindermord“-Vorwurf, der auf die antisemitische Ritualmordlegende zurückgeht, oder die Dämonisierung Israels und eine Relativierung der Shoah durch NS-Vergleiche wiederholten sich auf vielen Veranstaltungen. Zugleich zeigte sich ein Normalisierungseffekt, denn die anfangs strikten Auflagen für die Versammlungen wurden über die Monate gelockert und auch auf den Versammlungen radikalisierten sich die Vorfälle, unter anderem durch die Verherrlichung antisemitischer Gewalt oder die offene Leugnung der Gewalt des 7. Oktobers 2023.

Während einer antiisraelischen Kundgebung in Darmstadt am 2. November 2024 wurde von einem Redner Folgendes gesagt: „Zionismus, du hast kein Recht zu existieren, ... hast kein Recht

zu kolonisieren, ... hast die Pflicht, die Waffen zu strecken, hast die Pflicht, endlich zu verrecken.“ Die sexualisierte Gewalt der Hamas am 7. Oktober 2023 wurde geleugnet und die terroristische Gewalt als Freiheitskampf glorifiziert: „Annalena [die damalige Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland, A. Baerbock], kein Video hast du gesehen, auf dem sich Freiheitskämpfer an Frauen vergehen.“ In einer Rede wurde über die angeblich illegitime Aneignung von Kultur, Essen und Musik durch Israel behauptet: „... Zionisten versuchen sich als orientalisch in der Region festzusetzen, obwohl wir alle wissen, wo sie herkommen. Die meisten kommen aus Osteuropa! Aus Russland. Aus Frankreich. Aus Deutschland. Sie sind aus der ganzen Welt hergekommen, um das Land zu besetzen, nicht, um als gleiche Menschen zu kommen. Die Zionisten kennen das nicht. Die sind Kolonialisten und das dürfen wir nie vergessen. ... sie sind nicht Teil der orientalischen nahöstlichen Kultur! ... Lasst euch nicht verarschen von ... Politikern in Deutschland, die sagen wollen, dass dieses zionistische Gebilde immer einen Platz hatte auf der ganzen Welt im Nahen Osten. Das stimmt nicht.“ Damit wurde sowohl die Herkunft von Jüdinnen und Juden aus dem heutigen Israel und der weiteren Umgebung negiert als auch das Leben in der Diaspora, und damit auch in arabischen Mehrheitsgesellschaften. Sefarden und das mizrachische Judentum wurden somit ebenfalls komplett ausgeblendet. Dass sich Kulturen gegenseitig beeinflussen, wurde in dieser ethnozentristischen Rede nicht berücksichtigt.

Auch Gedenktage wie der 9. November 2024 wurden zur Verbreitung von antisemitischen Narrativen benutzt. Die Stadt Fulda verbot eine angemeldete Kundgebung wegen des Datums und dem Bezug zu den Novemberpogromen 1938. In Darmstadt, wo stattdessen der sogenannte Schweigemarsch stattfand, scheiterte der vorab eingereichte Verbotsantrag. Auf der Versammlung waren ca. 200 Personen anwesend. In einer Ansprache wurde gesagt: „Unser Motto für den 9. November lautet daher: ,Vergangene Völkermorde nicht vergessen! - Aktuelle Völkermorde nicht ignorieren!“ In diesem Sinne gedenken wir heute und hier sowohl der Opfer des Völkermords vor 86 Jahren in Deutschland und Europa und als auch der Opfer des Völkermords in Gegenwart in Gaza. ... In diesem Moment, während wir hier stehen und uns an die Gräueltaten des Holocaust erinnern, werden von Israel unschuldige und wehrlose Babys, Kinder, Frauen und Zivilisten in Gaza, Palästina und Libanon brutal getötet, Minute für Minute. ... Die Lehre, die sich aus unserer deutschen Verantwortung und Schuld aufgrund des Holocausts ergibt, kann nicht darin bestehen, die israelische Politik stets und unter allen Umständen zu un-

terstützen. ... Die Lehre aus dem Holocaust darf nicht sein, dass jegliche Kritik am Staat Israel tabuisiert wird oder dass dieser Staat als unantastbar gilt. Auf keinen Fall stehen wir an der Seite des Kindermörders und des Völkermörders! ... Die Wahrheit ist: Diese humanitäre Katastrophe begann nicht am 7. Oktober. Israel ist nicht das Opfer, sondern der Täter! ... In Deutschland ist die Uhr am 7. Oktober stehengeblieben. Das offizielle Deutschland hat durch die Lobbyisten Israels eine Vollnarkose bekommen und wurde in den Tiefschlaf sediert. ... Kommt raus aus der Gefangenschaft von zionistischen Israel – Lobbyisten! ... Zum Schluss will ich hier ausdrücklich unser wichtigstes Ziel ankündigen: Gemeinsam mit euch und Friedensaktivisten Hessen und Deutschland weit werden wir unser gemeinsames Land Deutschland aus der Gefangenschaft der zionistischen Israel-Lobbyisten befreien!“ Die Veranstalter hinter dieser Kundgebung mobilisierten während des gesamten Jahres 2024 hindurch hessenweit für Versammlungen, und die Ansprachen variierten nur gering. Die Redner bezogen sich oft auf die Shoah, delegitimierten den Staat Israel und den Zionismus und sprachen von finsterer Einflussnahme, sodass sich verschiedene antisemitische Erscheinungsformen verschränkten.

Ein besonders einschneidendes Beispiel für die schlechende Normalisierung antisemitischer Narrative und Veranstaltungen stellte die gemeinsame Veranstaltung einer antiisraelischen Gruppierung und einer evangelischen Gemeinde in Darmstadt dar. Die zivilgesellschaftliche Solidarität mit der jüdischen Community war seit dem 7. Oktober 2023 und dem seitdem sprunghaften Anstieg von antisemitischen Vorfällen in ganz Hessen gering. Ein hörbarer zivilgesellschaftlicher Aufschrei gegen den Anstieg des Antisemitismus und eine breite Solidarisierung mit Jüdinnen und Juden blieb aus. Mit der Veranstaltung der evangelischen Gemeinde wurde anti-semitischen Narrativen ein Raum und die Legitimation der Gemeinde gegeben. Die evangelische Kirche Hessen-Nassau hat im Nachgang der Veranstaltung jedoch konsequent reagiert und sich nicht nur von den gezeigten Inhalten distanziert, sondern auch Konsequenzen aus dem Vorfall gezogen.

Was war geschehen? In der evangelischen Michaelsgemeinde Darmstadt wurde über das Wochenende des 14. und 15. Dezember 2024 ein „Antikolonialer Weihnachtsmarkt“ veranstaltet. Im Gemeindehaus wurden u.a. Lebkuchenherzen und Schlüsselanhänger mit Slogans und dem roten „Hamas-Dreieck“ angeboten. Anhänger an Lederbändern und Stofftaschen und Aufkleber zeigten Palästina ohne Israel. Auch gab es einen Aufkleber „Resistance“; mitzunehmen waren zudem kalli-

grafische Plakate mit dem Aufruf „Intifada“. Auf ausgelegten Flyern war „Truth prevails: From the River to the Sea, Palestine will be free“ zu lesen; Broschüren und Plakate waren bedruckt mit: „Es begann nicht am 7. Oktober - 76 Jahre Genozid in Palästina ... Der 7. Oktober 2023 kann nicht außerhalb des Kontextes der Jahrzehntelangen Gewalt gegen Palästina und insbesondere Gaza - dem größten Freiluftgefängnis der Welt - betrachtet werden ...“ Auf einem anderen Plakat stand: „Wir lehnen es ab, die Gewalt der Besatzer mit dem gewaltsamen Widerstand der Besetzten gleichzustellen und zu enthistorisieren. Wir lehnen die Kriminalisierung jeglichen Widerstandes ab ...“. Die jüdische Community war entsetzt. Es seien „sämtliche Register gezogen worden, um Israel zu dämonisieren und zu delegitimieren“, schlussfolgerte der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann, laut epd. Im März 2025 schrieb Neumann, nachdem die Landeskirche entschieden durchgegriffen hatte: „... diesmal

erschöpfte sich das Bekenntnis zum Kampf gegen Antisemitismus nicht in wolkigen Formulierungen und wohlklingenden Worten. Ganz im Gegenteil. Diesmal ließ die Kirche Taten folgen. Beherzt, entschlossen und konsequent. Und demonstrierte damit, wie man Antisemitismus und Israelhass glaubwürdig und konsequent bekämpft. So soll es sein. Mehr davon!“

Doch insgesamt war das Jahr 2024 war mit Blick auf die Kategorie verletzendes Verhalten ein Jahr der Radikalisierung und Normalisierung und damit ein Jahr der Ernüchterung für die jüdischen Gemeinden und Gemeinschaften.

Jüdischer Alltag und jüdisches Leben

Wie verletzendes Verhalten zum Schatten wird

Ein Kommentar von Oliver Dainow

„Vor wem müssen Sie da geschützt werden? Wer bedroht sie?“ Es ist dieser Moment am 12. Februar 2025 als die 92-jährige Eva Szepesi sichtlich irritiert nach Worten ringt und dennoch sehr geistesgegenwärtig das Gespräch auf die Relevanz von Begegnungen und Zeitzeugengesprächen lenkt. Die Shoah-Überlebende, die spätestens seit dem 31.Januar 2024 deutschlandweit durch ihre eindrückliche Ansprache im Deutschen Bundestag bekannt wurde, versucht noch einmal nachdrücklich die positiven Aspekte ihrer Begegnungen mit jungen Menschen hervorzuheben. Moderator Markus Lanz scheint in dieser Antwort jedoch keinen Gefallen gefunden zu haben und so richtet er die Frage an seinen zweiten Guest an diesem Abend: Marcel Reif.

Nun lässt sich über Fußball, Taktiken, Trainer und auch Kommentatoren mit Herzblut streiten. Unstrittig ist aber: wortkarg und auf den Mund gefallen ist Marcel Reif nicht. Doch selbst einem Profi wie Reif gelingt es nicht sofort auf diese Frage zu antworten. Lanz garniert seine Frage anschließend noch mit dem Zusatz „er finde, man sollte heute versuchen ein ehrliches Gespräch zu führen“. Und obwohl man unterstellen könnte, Markus Lanz kenne die Antwort bereits, so lautet die ehrliche Antwort auf die Frage: "Vor wem jüdisches Leben in 2025 geschützt werden müsse" wohl: vor wem nicht?

Um dieses jüdische Leben in Deutschland im Jahre 2025 zumindest ansatzweise zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte notwendig. Dafür ist es nicht erforderlich, 1000 Jahre zurückzublicken, nicht einmal 200 Jahre muss in die Vergangenheit geschaut werden, eine Betrachtung der vergangenen 90 Jahre genügt. Dass wir heute das Privileg haben, überhaupt über ein florierendes jüdisches Leben zu sprechen, ist der Tatsache geschuldet, dass diese zwar kleine, aber dafür nicht minder resiliente Gemeinschaft mit ihren knapp 30.000 Mitgliedern bis Ende der 1980er Jahre an eine jüdische Zukunft in diesem Land geglaubt hat. Zu Recht, denn so war auch die Grundlage geschaffen für das, was jüdisches Leben

überhaupt wieder aufkeimen ließ: die Zuwanderung jüdischer sogenannter Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre.

Heute sind es immerhin 92.000 jüdische Gemeindemitglieder in Deutschland, also ganze 0,1 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Und obgleich diese Gemeinschaft in Zahlen so gering vertreten ist, so sind Juden doch in aller Munde. Ob als machtgierige Strippenzieher im Hinter- und Vordergrund, ob als reicher Lobbyist, der die eigenen Ziele vorantreibt oder insbesondere in den Monaten seit dem 7. Oktober 2023 als kolonialistischer Besatzer und Verursacher größten Menschheitsübels. Diese Zahlen spielen in der weiteren Betrachtung und dem Umgang mit judenfeindlichen Tatbeständen eine große Rolle.

Es sind zwei Ebenen, zwei Kreise, die heute die jüdische Gemeinschaft ausmachen. Der erste Kreis das ist der Schutzkreis. Der Kreis der Gemeinden, der jüdischen Institutionen, der Sportvereine, der Jugendzentren, der Veranstaltungen. Die großen Events, vom Gemeindetag über die Jewrovision bis zum Jugendkongress. Die Räume, in denen man sich frei bewegen kann, in denen man nicht darüber nachdenken muss, ob man seine eigene Identität, das, was die Menschen ausmacht, was sie bewegt, wer sie sind, verstecken muss. Die Räume, in denen sie Strategien und Maßnahmen erleben, die dabei helfen sollen, ein einigermaßen selbstbestimmendes und unabhängiges Leben zu führen.

Es ist gleichzeitig auch der Kreis, der seit 1945 noch nie so ausgebaut und ausgeprägt war wie heute. Angebote unterschiedlichster Natur für jede Zielgruppe, ob jung, ob alt, geschlechterübergreifend, religiös oder nicht religiös geprägt: Innerhalb der vergangenen 80 Jahre hat es noch nie so viele Angebote für jüdische Menschen gegeben wie heute. So weit, so gut!

Weitet man den Blick aber auch nur ein kleines bisschen,

zoomt man auch nur minimal aus diesem Bild heraus, so wird der zweite Kreis sichtbar. Der Kreis, die Ebene oder die Außenhaut, die den ersten Kreis umgibt. Dieser Kreis ist das Leben außerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Außerhalb der geschützten Räume. Und so hell das Licht im ersten Kreis auch leuchten mag, die Außenhaut wirft einen dunklen Schatten, der das Licht nur noch sehr vereinzelt zum Vorschein kommen lässt.

Nicht jeder Jude ist religiös. Nicht jeder Jude trägt eine Kippa und nicht jeder Jude, der keine Kippa trägt, tut das aus Angst oder Zurückhaltung. Die Realität in Deutschland ist schlichtweg: Ein Großteil der jüdischen Bevölkerung lebt ihr Judentum nach unterschiedlichen Prämissen aus, die nicht immer auf dem Kern der religiösen Orthodoxie fußen. Das müssen sie auch gar nicht. Es gibt nämlich viele Wege, wie man seine jüdischen Wurzeln, seine jüdische Identität, sein ganz persönliches Judentum für sich ausleben und verorten kann.

Gleichzeitig sticht oft ein Impuls aus der Mehrheitsgesellschaft heraus, der immer noch ein, im besten Fall traditionelles, im schlimmsten Fall vorurteilsbehaftetes Bild „des Juden“ vor Augen hat. Ein bestimmter Kleidungsstil, gepaart mit körperlichen Merkmalen und eine gewisse öffentliche Affinität zur Religion. Es ist ein Bild, das sich schwer aus den Köpfen lösen lässt, weil es an Berührungs punkten mangelt. Die Praxis erfahrung bei Begegnungsformaten, Tagen der offenen Tür oder Synagogenführungen untermauert das. Es mag keine Metaanalyse aus dem Peer-Review-Verfahren von qualitativ hochwertigen Studien sein, aber auch anekdotische Evidenz ist Evidenz, insbesondere dann, wenn sie sich gemeindeübergreifend immer wieder replizieren lässt.

Das große Mysterium – „der Jude“ –, von dem man eigentlich wenig weiß, weil er ja lieber unter sich bleibt. Das zeigen ja schließlich auch die hohen Mauern, die Kameras und schlussendlich auch die Polizeifahrzeuge, die den Schutz jüdischer Einrichtungen zusätzlich gewährleisten. Oder etwa doch nicht? Es sind die ersten nachdenklichen Gesichter, in die man blickt, wenn man deutlich macht, dass auch die Türen der meisten Jüdischen Gemeinden offenstehen. Es sind zwar Sicherheitstüren und Türen, die im Schleusenverfahren wie am Flughafen einzeln betätigt werden müssen, aber geöffnet sind sie deshalb natürlich trotzdem.

Es sind die Momente, in denen Menschen zum ersten Mal erleben, wie es sich anfühlt, einen religiösen Raum in Deutschland zu betreten, aus deren Fenstern man Polizeifahrzeuge

wahrnehmen muss. Und es sind diese Momente, in denen Menschen darüber nachdenken, wie man so etwas im Alltag eigentlich aushalten könnte. Es sind Momente, in denen Empathie entsteht. In der Empathie nicht erzwungen wird, nicht aufgerlegt wird, sondern genuin empfunden wird.

Es ist der erste Kreis, der helle, von Licht geprägte Kreis in dem sich die Menschen nun bewegen. In dem sie alles erfahren können, was sie schon immer wissen wollten. Und es ist nicht selten der Fall, dass die Frage aufkommt, wie man denn aber außerhalb dieser Räume mit der gesamten Situation umgehen könne. Eine einfache Antwort auf diese Frage kann es nicht geben. Es kann auch keine allgemeingültige Antwort auf diese Frage geben, denn Menschen sind unterschiedlich. Menschen haben subjektive Empfindungen. Menschen erleben anders, fühlen anders, reagieren anders. Es gibt keine homogene Masse unter Menschen, im Judentum erst recht nicht. Wie soll eine aus der Tradition heraus wissbegierige, die eigenen Autoritäten immer wieder hinterfragende Glaubensgemeinschaft auch mit einer einzigen Antwort aufwarten können? Es scheint unmöglich. Und doch scheint die jüdische Gemeinschaft in der aktuellen Situation, in den Wochen und Monaten seit dem 7. Oktober 2023 zum ersten Mal eine gemeinsame, auf Erfahrungen basierte Sprache gefunden zu haben.

Der Anstieg antisemitischer Straftaten sorgte schon in 2023 für Besorgnis und Unmut. Zumindest bei denjenigen, die nicht schon kurz nach der Veröffentlichung mit der Dekonstruktion dieser Zahlen beschäftigt waren, indem sie herausarbeiteten, was davon eigentlich gar nicht judenfeindlich gewesen wäre. Denn immerhin habe ja vieles davon auch mit Israel zu tun. Und da müsse man schon aufpassen, dass man nicht pauschal Kritik an Israel als judenfeindlich abstemple. So zumindest die Erklärungen einiger „Nahostexperten“, deren Stimme sich immer nur dann erhebt, wenn Israel in die Offensive gehen muss. Aber sei es drum.

Die offensichtliche Realität, dass Jüdinnen und Juden auf der Welt, in Europa, in Deutschland, in Hessen Judenfeindlichkeit erleben, sobald etwas in Israel passiert, scheint dabei im Wahn der eigenen Realitätsverschiebung gerne ausgebendet zu werden.

Mehr als 750 Vorfälle von verletzendem Verhalten wurden im Jahre 2024 in Hessen verzeichnet. Bei der Betrachtung der Zahlen zur jüdischen Bevölkerung kamen schon einmal Prozentzahlen zum Einsatz. 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Wenden wir auch in diesem Fall das Werkzeug der Prozentrechnung

an erreichen wir einen erschreckenden Wert einer 75-prozentigen Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. 75 Prozent!

Und das, obwohl schon im November 2023 Menschen in den sozialen Medien von „Nie Wieder“ sprachen. Obwohl schon im November 2023 ein Solidaritätsempfinden einsetzte, das zwar bei weitem nicht so groß war, wie es nötig gewesen wäre und man es gebraucht hätte, aber es war zumindest vorhanden. Zum Zurücktreiben des jüdenfeindlichen Dämons hat es jedoch nicht gereicht. Nicht einmal im Ansatz. Das Gegenteil war der Fall.

Die Jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist geprägt von einer Zuwanderungsgeschichte. Sie ist geprägt von Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, die aufgrund ihrer Religion, aufgrund ihres Namens verfolgt wurden. Sie ist aber eines ganz gewiss nicht: sie ist nicht geprägt von einer Opferrolle. Die jüdische Gemeinschaft zeichnet sich durch einen unbändigen Willen, dazugehören aus. Nicht nur ein Teil dieser Gesellschaft zu sein, sondern diese Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Prozesse anzutreiben, eine Stimme im Diskurs, in der Debatte und in Gestaltungsräumen zu sein. Aktiv daran beteiligt zu sein, die Narrative um jüdisches Leben innerhalb der Gemeinschaft und insbesondere in der Mehrheitsgesellschaft zu lenken und zu beeinflussen.

Das erfordert Mut, das erfordert Anstrengung und ist gerade mit Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre nötig, damit eine jüdische Stimme Gehör finden kann. Aber wo werden diese Stimmen überhaupt gehört? Werden sie beim täglichen Gang zur Kaffeemaschine im Büro oder in der Mittagspause in der Kantine gehört? Werden sie im Unterricht, auf dem Pausenhof, in der Nachmittagsbetreuung gehört, wenn, mal wieder, jüdenfeindliche Äußerungen gemacht werden?

Die Antwort ist so einfach, wie sie gleichzeitig auch traurige Realität ist. Man muss kein Mathematikgenie sein, um sich selbst ausrechnen zu können, mit wie vielen jüdischen Menschen man in Kontakt kommt. Wie viele von ihnen außerhalb ihrer Schutzräume überhaupt bereit sind, über ihre jüdische Identität zu berichten. Sich zu öffnen, teilhaben zu lassen, von sich zu erzählen, da immer eine Grundangst mitschwingt, wie das Gegenüber darauf reagieren könnte. Wie es sich anfühlt, täglich dem blanken Hass ins Auge sehen zu müssen.

Sich in öffentliche Verkehrsmittel zu begeben und die Aufkleber mit „Kill the jews“ zu entdecken. Durch die Stadt zu laufen und Hakenkreuze mit dem Aufruf „Juden raus“ zu begegnen.

Das macht etwas mit den Menschen. Es sind nicht nur mehr als 750 Fälle, die man als Zahlen ad acta legt. Es sind genauso viele Ereignisse, die die Menschen verändern. Die ihre Wahrnehmung verändern. Die ihr Sicherheitsgefühl verändern. Die ihre Lebensweise verändern. Es sind Ereignisse, die dafür sorgen, dass Menschen sich in Isolation begeben. In denen sie stellenweise in Isolation gezwungen werden, weil sich andere von ihnen abwenden. Denn während die gängigen und nicht minder schweren Fälle vom Wunsch toter oder deportierter Juden seit Jahren bekannt sind, so hat die Gleichsetzung „Jude=Israel=Besatzer=Mörder“ die Tore zum gesellschaftlich übergreifenden und akzeptierten Judenhass vollends aufgestoßen.

„Tötet Zionisten“, Zionism = Fascism“ oder die jahrtausendalte Geschichte der jüdischen Kindermörder: Es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Der Judenhass ist zwar anpassungsfähig, er ist resistent, er mutiert, aber eins ist er nicht: Er ist nicht besonders originell. Und obwohl man ihn eigentlich sofort, unvermittelt und klar erkennen kann, hat man es in den vergangenen Monaten seit dem 7. Oktober 2023 geschafft, ihn so salonzfähig zu machen, dass er stellenweise Unterstützung, mindestens aber Toleranz und Akzeptanz findet.

Der einfache, hohle und direkte Hass auf Juden, in der Regel begleitet vom Begriff „Jude“ selbst, war lange Zeit ein Tabu. Nicht mehr ganz so akzeptiert wie früher einmal. Er musste also zwangsläufig mutieren. Denn dass man ihn loswerden würde, also die Idee, dass man Antisemitismus aus der DNA der Bevölkerung verbannen könne, das war schon immer eine Utopie. Und da es heute nicht mehr politisch korrekt ist, die Juden selbst zu hassen, projiziert man diesen Hass eben auf die Zionisten, auf Israel, und alles, was dazugehört.

Es mag an dieser Stelle überflüssig erscheinen darauf hinzuweisen, dass Kritik an der israelischen Regierung selbstverständlich möglich ist. Das demonstrieren und beweisen tausende Israelis täglich seit Monaten und Jahren. Doch die Linien, an denen die Kritik in Judenfeindlichkeit überschwappt, sind verschwommen wie noch nie. Die Realität zeigt: Wenn ein Rabbiner niedergestochen wird, „wegen dem, was in Israel passiert“, wenn jüdische Studenten aus ihren Universitäten verbannt werden „wegen dem, was in Israel passiert“, wenn jüdische Einrichtungen Drohungen erhalten, „wegen dem, was in Israel passiert“, wenn jüdische Friedhöfe geschändet werden „wegen dem, was in Israel passiert“ dann hat es rein gar nichts mit Israel oder Zionismus, oder welches Substantiv man auch immer einsetzen will, zu tun, sondern es hat ausschließ-

lich mit Juden, dem Judentum und dem Hass auf Juden zu tun. Dem Hass, der sich mancherorts in Worten widerspiegelt, durch Aufkleber, Hetzerei oder Onlinepöbelei, an anderen Stellen durch Tätilichkeiten und Übergriffe. Die Linien verschwimmen auch hier sehr schnell, und das eine führt häufig recht schnell zum anderen.

Solange der Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen immer wieder neue Deckung in der Gesellschaft findet, weil er in einem leichten Mantel von antiisraelischen Narrativen bekleidet daherkommt, so lange wird der Judenhass auch weiterhin sozial akzeptiert sein. Manifestiert hat er sich überall. Ob links, ob rechtsextrem oder -populistisch, in der Mitte der Gesellschaft, religiös geprägt oder ideologisch gefärbt. Wenngleich große Zweifel bestehen, dass Markus Lanz eine so lange und detaillierte Schilderung der Wahrnehmung ohne Unterbrechung zugelassen hätte: Vor alldem muss jüdisches Leben geschützt werden.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind immens. Nicht erst durch die beiden Kreise, die sich um die jüdische Gemeinschaft geschlossen haben, sondern auch wegen der individuellen Auswirkungen auf die Menschen selbst. War man sich in der Vergangenheit schon unsicher, im äußeren Kreis zu seiner jüdischen Identität zu stehen, so werden die vergangenen Monate nicht dazu beigetragen haben, ein besseres Sicherheitsgefühl zu entwickeln. Andere, die bisher aktiv waren, ziehen sich an manchen Stellen zurück, weil die Last kaum zu ertragen ist. Die Nächsten wiederum werden noch aktiver, noch lauter, aber der Zoll, der ihnen dabei abverlangt wird, ist kaum zu bemessen. Subsumiert führen diese Entwicklungen nicht zu einer größeren Sichtbarkeit jüdischen Lebens. Etwas, was händeringend notwendig wäre. Auch und insbesondere außerhalb des sicheren ersten Kreises. In alltäglichen Lebenslagen und Begegnungen.

Der verstorbene britische Rabbiner Jonathan Sacks hat einmal in einem Essay geschrieben: „Juden wurden gehasst, weil sie reich waren und weil sie arm waren, sie wurden gehasst, weil sie Kapitalisten und Kommunisten waren, weil sie einen festen Glauben an die Traditionen und weil sie losgelöste Weltenbürger waren, weil sie unter sich blieben und weil sie überall sein wollten.“ Sie wurden also immer gehasst. Und wollten sich dennoch nie als Opfer sehen.

Wie lassen sich die Sorgen der Besorgten also verstehen und nachvollziehen? Wenn selbst differenzierte Berichte, Meinungsartikel oder Social Media-Formate nicht oder nur be-

dingt greifen, weil man sich immer wieder im eigenen „ja aber...“ wiederfindet? Es gibt ein gutes, ziemlich einfaches und doch oft so schwer umsetzbares Mittel: die Hand ausstrecken. Kontakt suchen. Mit den Menschen direkt sprechen. Kontakt zu einer jüdischen Gemeinde aufnehmen, Veranstaltungen besuchen, Fragen stellen.

Denn klar muss sein: es sind keine Sorgen, die nur eine Gruppe von Menschen betrifft. Antisemitismus ist ein Übel, dessen Wurzel nicht nur den Ast vergiftet, der die Zweige des Judentums trägt. Er vergiftet alle Zweige, alle Äste und den Stamm, der unser Miteinander und unsere Gesellschaft ausmacht. Wir alle sind der Baum. Wer für Menschenrechte eintritt und Israel das Existenzrecht abspricht, trägt zur Vergiftung eines Zweiges bei. Wer sich gegen Rassismus einsetzt und bei Antisemitismus schweigt, sorgt dafür, dass ein Zweig abstirbt. Aber dieses Gift, diese Krankheit endet nicht bei diesem Zweig. Es endet nicht bei diesem einen Ast. Es vergiftet den ganzen Baum.

Dieser Baum sind wir alle! Es sind unsere Werte, unser Zusammenleben und unsere Gemeinschaft, die auf dem Spiel stehen. Erst wenn wir Antisemitismus als Gefahr ernst nehmen, wenn wir ihn nicht als Bagateldelikt oder Rechtfertigung für andere Ideologien heranziehen und ihn als gemeinsames Übel erkennen, erst dann besteht überhaupt eine Chance, ihn zurückzudrängen.

Oliver Dainow

Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde Hanau



© Michael Pasternack

Fokuskapitel II

Antisemitismuserfahrungen in Bildungseinrichtungen¹

Kunst- und Kultureinrichtungen und -orte wie Museen, Theater oder auch die Buchmesse in Frankfurt am Main wurden in den Vorjahren unter der Kategorie Bildungseinrichtungen erfasst. 2023 gab es elf (11) Vorfälle aus Museen in Hessen, vor allem mit Bezug zum Jüdischen Museum Frankfurt. 2024 wurden RIAS Hessen 37 Vorfälle aus Kunst- und Kultureenrichtungen bekannt. Hierbei entfielen 16 auf das Jüdische Museum Frankfurt und sechs (6) auf weitere Ausstellungseinrichtungen, weitere sechs (6) auf die Buchmesse Frankfurt im Oktober 2024, der Rest auf Festivals oder andere Events.

In der zeitlichen Verteilung der Vorfälle an Bildungseinrichtungen sind Ferienzeiten beziehungsweise vorlesungsfreie Zeiten zu berücksichtigen.

Die Peaks im Mai und Juni 2024 insbesondere an Hochschulen spiegeln die Kriegssituation in Gaza wider, als es zur Intensivierung des Vorgehens der israelischen Armee oder, im Juni, zur Befreiung von vier israelischen Geiseln in Gaza kam.

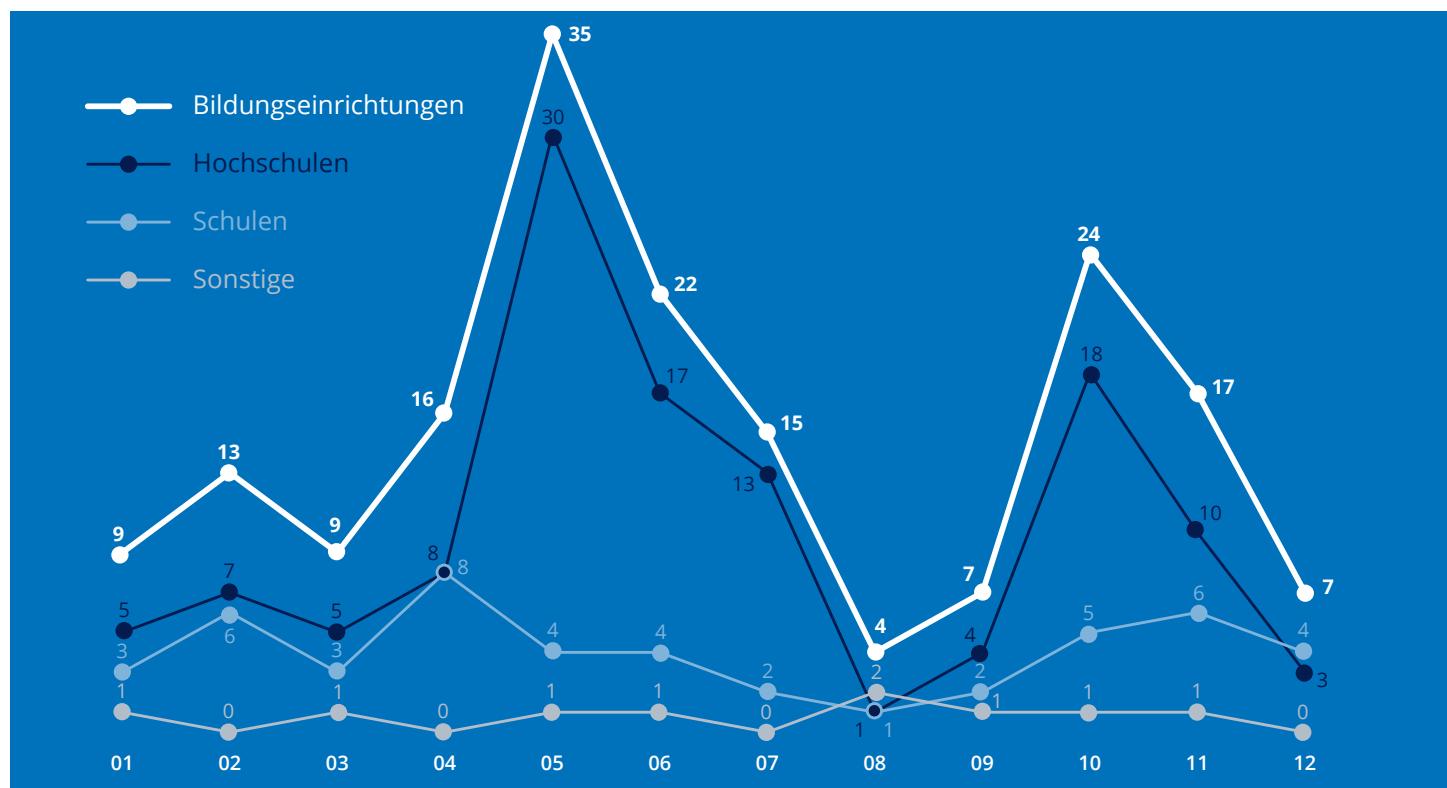
Bildungseinrichtungen

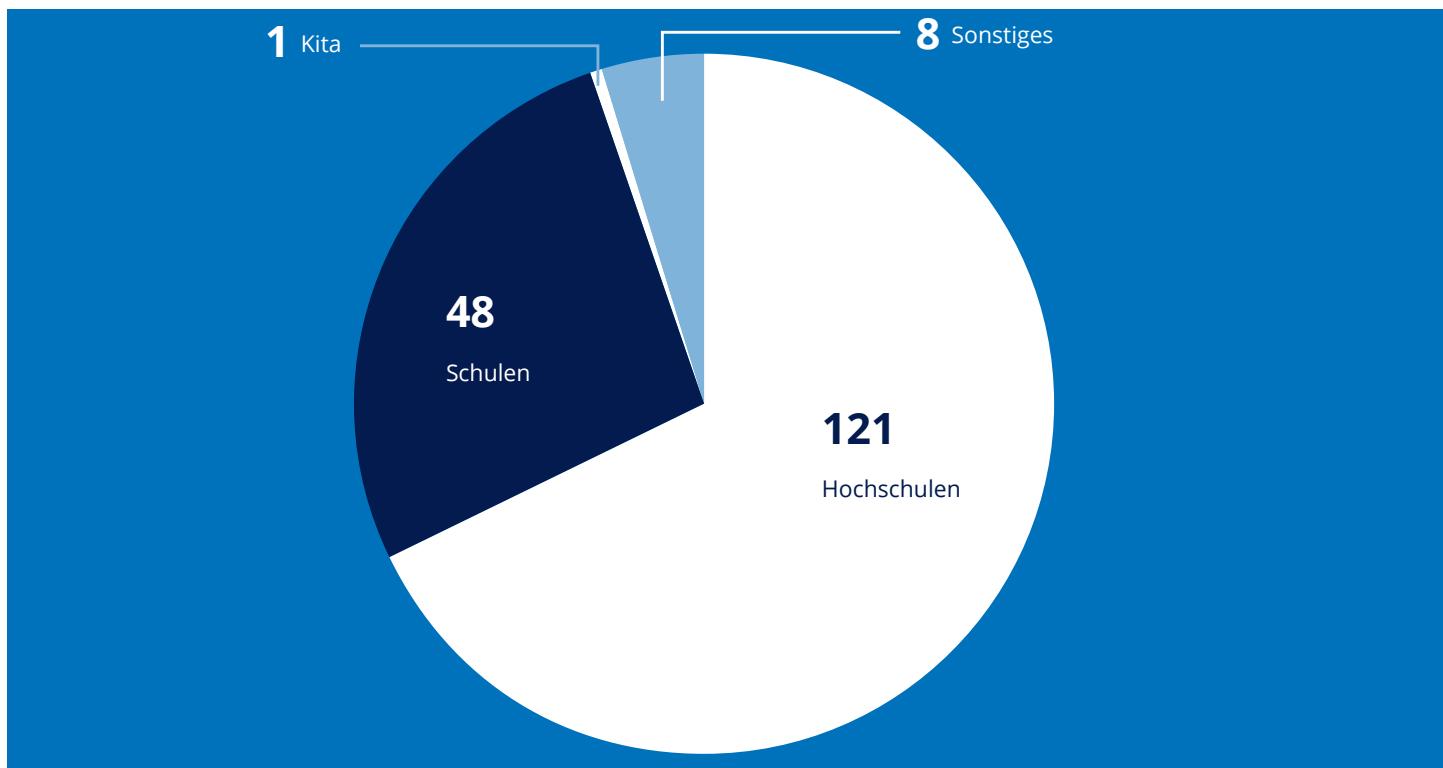
Anstieg um 53 Prozent im Vergleich zu 2023

Die Zahl der antisemitischen Vorfälle in Bildungseinrichtungen stieg 2024 im Vergleich zu 2023 um rund 53 Prozent. In Zahlen: von 116 auf insgesamt 178 Vorfälle

1 Um die Betroffenen zu schützen, werden zu Vorfällen aus Schulen in den meisten Fällen keine Details veröffentlicht, die eine Reidentifizierung ermöglichen. Dies gilt nicht für Vorfälle, die medial begleitet wurden. Vergleichbare Kriterien gelten für Vorfälle an Hochschulen.

Grafik 1: Antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen 2024 im monatlichen Verlauf.





Grafik 2: 2024: Die Verteilung der Vorfälle auf verschiedene Bildungseinrichtungen.

Im Mai liegt zudem der Jahrestag der Staatsgründung Israels 1948; hinzu kommt der ebenfalls im Mai begangene „Nakba-Tag“, der an die „Flucht und Vertreibung“ der arabischen Bevölkerung aus dem vormaligen Mandatsgebiet Palästina erinnern soll und seit vielen Jahren genutzt wird, um zum „Widerstand“ gegen den Staat Israel aufzurufen und diesem das Existenzrecht abzusprechen.

Zu Semesterbeginn im Frühjahr 2024 begann die Mobilisierungsphase der einschlägigen Gruppen an den Hochschulen. Die Encampments („Protestcamps“) verzeichneten aufgrund dieser Umstände im Mai und Juni 2024 bundes – und hessenweit einen ersten Höchststand.

Im Oktober 2024 war es der erste Jahrestag des Überfalls der Terroristen auf Israel, der sowohl in Hessen als auch bundesweit eine Gelegenheitsstruktur für antisemitische Versammlungen und andere Vorfälle bildete.

Aus Schulen wurden 48 Vorfälle bekannt (2023: 56 Vorfälle), aus Hochschulen 121 Vorfälle (2023: 51 Vorfälle), aus sonstigen Einrichtungen, bspw. Jugendeinrichtungen acht (8) Vorfälle und ein (1) Vorfall aus einer Kita.

Vorfälle an Schulen

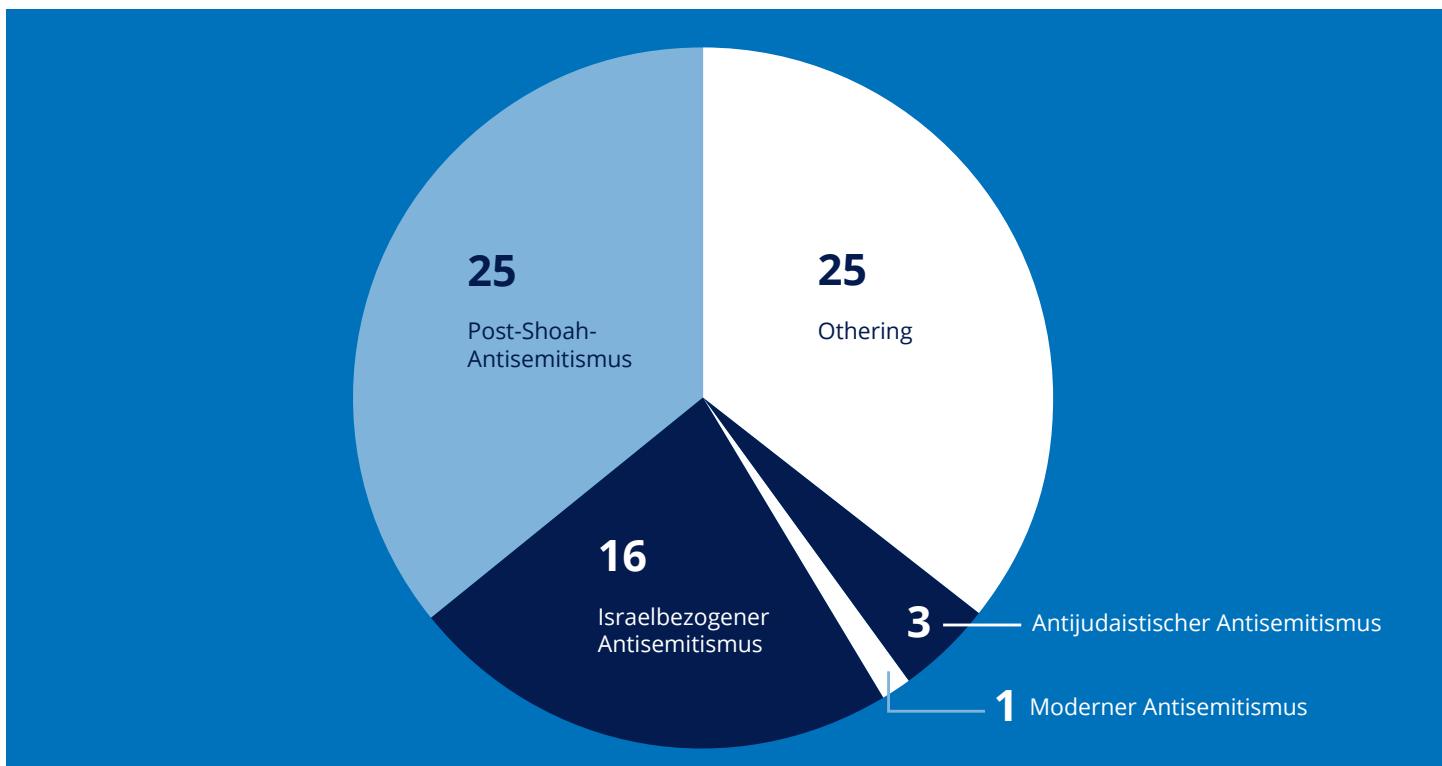
Die Schulen in Hessen wiesen zwar acht (8) Vorfälle weniger als 2023 auf, doch im Austausch mit Vertreterinnen und Ver-

tretern von Einrichtungen und Bildungsträgern wie der pädagogischen Abteilung des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt, Spiegelbild – Politische Bildung aus Wiesbaden, der Bildungsstätte Anne Frank oder Jüdischen Gemeinden, die Schulklassen empfangen, wird deutlich, dass RIAS Hessen bei weitem nicht alle Vorfälle in schulischen Kontexten abbildet. Vieles wird nicht gemeldet. Antisemitismus in Klassenräumen wurde 2024 immer wieder bagatellisiert oder dethematisiert. Es gab zwei (2) Bedrohungen, die RIAS Hessen an Schulen bekannt wurden, außerdem 46 Fälle verletzenden Verhaltens. 25 Vorfälle wurden dem antisemitischen Othering zugeordnet, 25 dem Post-Shoah-Antisemitismus, also bspw. der Leugnung oder Bagatellisierung des Holocaust bzw. das Verwenden von NS-Symbolen in Verbindung mit abwertenden Äußerungen über Jüdinnen und Juden.

Israelbezogener Antisemitismus wurde 16-mal dokumentiert. In acht (8) Fällen gab es direkte Bezüge zum 7. Oktober 2023. Dabei wurde sieben (7) Mal Israel delegitimiert und ein (1) Mal als „Terrorstaat“ bezeichnet. Sechs (6) Mal wurden Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel gleichgesetzt und in die Verantwortung für dessen staatliches Handeln genommen.

In neun (9) Vorfällen wurde in den antisemitischen Vorfällen auf die Ermordung von Jüdinnen und Juden in der Shoah positiv Bezug genommen. Antijudaistischer Antisemitismus wurde in drei (3) Fällen dokumentiert.

Abwertende Bezeichnungen (antisemitisches Othering) zu und über jüdische Personen oder Beschimpfungen in Zusammen-



Grafik 3: Antisemitische Erscheinungsformen an Schulen im Jahr 2024.

hang mit Begriffen wie „Schwein“ oder Vergleichbarem gab es an Schulen in Hessen 13-mal.

Zwölf (12) Vorfälle waren Schmierereien, in 29 Vorfällen wurde Antisemitismus Face-to-Face geäußert, was Betroffene besonders erschüttert hinterlässt und zu verschiedenen Reaktionen führen kann – vom Verbergen oder der Ablehnung der eigenen jüdischen Identität bis hin zum Schulwechsel oder dem Vertrauensverlust in die Institution und den Lernort Schule.

Vorfälle an Hochschulen²

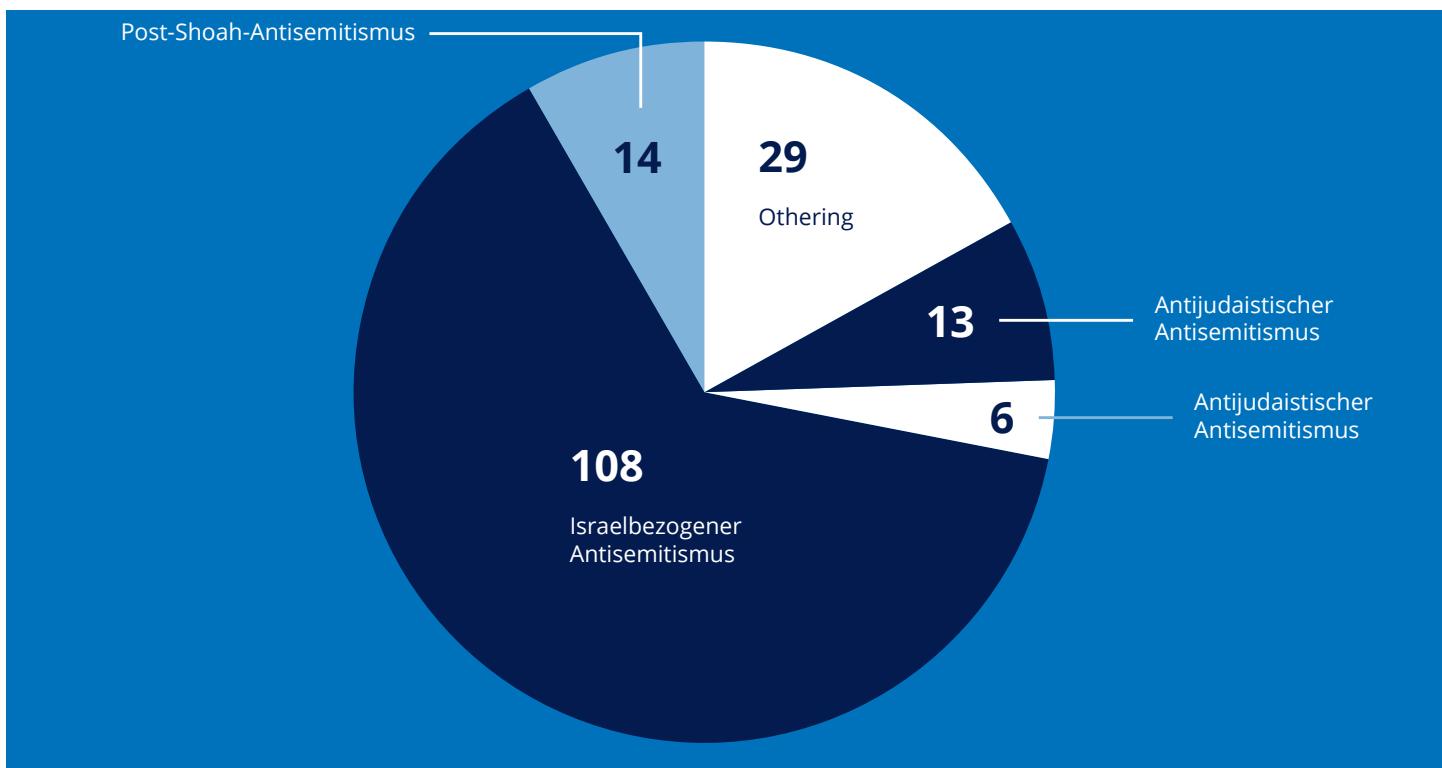
An den Hochschulen in Hessen gab es drei (3) Angriffe auf Personen, zwei (2) Bedrohungen und 115 Fälle verletzenden Verhaltens, worunter auch die meisten Versammlungen (53) auf den Campi der Hochschulen zählten; von diesen 53 Versammlungen waren 12 Encampments, also als „Protestcamps“ anmeldete Veranstaltungen.

Hinzu kamen 25 Vorfälle, die Face-to-Face stattfanden: Jüdinnen und Juden, jüdisch gelesene oder solidarische Personen wurden beispielsweise beschimpft oder es wurde öffentlich in antisemitischer Weise abwertend über jüdische Personen gesprochen. Plakate und Flyer wurden zehn (10) Mal gemeldet; es gab 14 Vorfälle mit antisemitischen Aufklebern und zudem wurden 15 Schmierereien gemeldet.

Wurden an einem Tag ganze Fachbereiche oder ein Campus mit ein und demselben Aufkleber vollgestickt, so galt dies als ein Vorfall, auch wenn diese Sticker dutzendfach verklebt wurden.

Die antisemitischen Erscheinungsformen auf den Campi und in den Hochschulen verteilten sich wie folgt: Israelbezogener Antisemitismus konnte in 108 Vorfällen festgestellt werden, antisemitisches Othering war es bei 29 Vorfällen, Post-Shoah-Antisemitismus war mit 14 Vorfällen und antijudaistischer Antisemitismus mit 13 Vorfällen vertreten. Moderner Antisemitismus war in sechs (6) Fällen feststellbar. Verschränkungen entstanden vor allem zwischen israelbezogenem und Post-Shoah-Antisemitismus über Vergleiche der Situation in Gaza und der Shoah (Shoah-Relativierung) sowie die Erinnerung an die Shoah zurückweisende Aussagen wie „Free Palestine from German Guilt“. Der signifikante Anstieg des antijudaistischen Antisemitismus in Hochschulen bedingt sich vor allem durch die Parole „Kindermörder Israel“, die über diese als auch die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert wird.

² Gemeint sind alle Hochschulformen, also Universitäten, Universities of Applied Sciences, Kunsthochschulen etc.



Grafik 4: Antisemitische Erscheinungsformen an Hochschulen im Jahr 2024.

Politische Hintergründe

Die politische Zuordnung antisemitischer Vorfälle an Schulen und Hochschulen ist nicht immer so eindeutig gewesen wie es auf den ersten Blick schien. Hakenkreuze und andere nationalsozialistischen Symbole, die in Verbindung mit Davidsternen geschmiert werden, können auf eine rechtsradikale oder rechtspopulistische Ablehnung von jüdischen Personen hinweisen, aber auch eine Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus bedeuten.

Gesicherte Zuordnungen entstehen vor allem durch Logos, veranstaltende Gruppen mit Blick auf Versammlungen und Encampments oder auch einen eindeutigen Bezug auf die Shoah im Sinne einer Shoah-Befürwortung oder Verherrlichung.

An Hochschulen wurde drei (3) Mal die explizite Verwendung des roten „Hamas-Dreiecks“ in Kombination mit anderen, antisemitischen Symboliken und Parolen, beobachtet.

In Schulen sind die Vorfälle mit rechtsextremem Bezug mit sieben (7) Vorfällen höher als jene in den Hochschulen, die 2024 nur einen (1) Fall aufwiesen.

Antiisraelischer Aktivismus bildete bei 69 Vorfällen den Hintergrund an Hochschulen, in Schulen konnte dies nur einmal (1) klar benannt werden.

Linke Ideologien bestimmten an Hochschulen bei elf (11) Vorfällen den Hintergrund. Insgesamt 30 Prozent der Vorfälle an

Bildungseinrichtungen ließen sich keiner eindeutigen politischen Richtung zuordnen.

Antiisraelischer Aktivismus ist (nicht nur) an Hochschulen ein Bindeglied verschiedener Gruppen und bildet damit die Brückenfunktion im Sinne einer politischen Anschlussfähigkeit von Antisemitismus für alle Milieus.

Triggerwarnung

Wir haben uns bei der Darstellung exemplarischer Vorfälle dazu entschieden, manche Aussagen auszuschreiben, andere wieder haben wir umschrieben und manche mit einem Sternchen „entschärft“.

Vorfälle aus Schulen

Im Jahr 2024 wurden mehrere Fälle bekannt, in denen Schmierereien wie „Sch* Juden“ in Verbindung mit Davidsternen, Hakenkreuzen und anderen NS-Bezügen entdeckt wurden. Hinzu kamen antiisraelische Parolen und gegen die jüdische Community gerichtete Vernichtungswünsche.

In Klassenräumen wurden von Mitgliedern der Klassenverbünde Hass und Ablehnung gegenüber Juden und dem Staat Israel geäußert.

Zudem wurden jüdische Personen in Schulen mit antisemitischem Aussagen und Todesfantasien mit Bezug zu „Zionisten“

und dem Wunsch, Israel möge verschwinden, konfrontiert. Ein Schulkind wurde direkt mit dem Spruch „Zionisten gehören vergast“ konfrontiert.

Vorfälle gab es in allen Schulformen, auch an Grundschulen.

30. Januar 2024

Während einer Filmvorführung des Films „Die Wannseekonferenz“ in Wiesbaden applaudierten und johlten einige der anwesenden rund 60 Schüler, als der Satz „Sechs Millionen Juden wurden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet“ über die Leinwand lief. Die Staatsanwaltschaft stellte im September 2024 das Verfahren ein. Für die Jüdische Gemeinde in Wiesbaden blieb der Vorfall trotzdem eine Erschütterung, denn wie junge Menschen über die Shoah lernen, sei wesentlich. Bildungseinrichtungen aus Hessen begleiteten die Aufarbeitung des Vorfalls.

12. Februar 2024

Ein Plakat wurde mit einem Hakenkreuz und dem Schriftzug „F*ck alle Juden“ beschmiert. Das beschmierte Werbeplakat war unmittelbar vor der jüdischen Schule in Frankfurt am Main angebracht. Mit solchen Schmierereien werden Räume unmittelbar vor jüdischen Einrichtungen absichtlich unsicher gemacht.

„Vor dem Hintergrund der Antisemitismuserfahrungen, der Stigmatisierung jüdischer Identität wie sie im Schimpfwortgebrauch von ‚Du Jude‘ zum Ausdruck kommt und drohender Angriffe verheimlichen viele Schüler/-innen ihre jüdische Identität. Andere sehen sich nach Angriffen in der Position, ihre Schule verlassen zu müssen, da sie keine angemessene Unterstützung von Mitschüler/-innen, Lehrkräften oder Schuloffiziellen erfahren haben, während die Angreifer/-innen ohne disziplinarische Konsequenzen an der Schule verbleiben konnten. Die Betroffenen empfinden es angesichts der Bagatellisierung des Antisemitismus und der Untätigkeit ihrer Mitschüler/-innen und Lehrer/-innen so, dass sie allein dastehen, also angegriffen werden, ihnen weder mit Verständnis noch mit Empathie begegnet wird, sie keine Unterstützung erfahren und sie dazu häufig noch selbst für die Situation verantwortlich gemacht werden.“³

Hochschulen

An Hochschulen – Universitäten, Fachhochschulen, Kunsthochschulen – kam es 2024 zu zahlreichen Encampments, Kundgebungen und Infoständen, die unter anderem Post-Shoah-Antisemitismus und israelbezogenem Antisemitismus Raum boten. Postkoloniale Ideologien und Erinnerungsabwehr verschränkten sich ebenfalls.⁴ Parolen wie das komplett ausgesprochene bzw. ausgeschriebene „From the River to the Sea ...“, aber auch die in vielen Fällen vorhandene bildliche Delegitimierung Israel mithilfe einer Landkarte Palästinas ohne Israel waren Alltag. Auch Parolen wie „Freiheit, Freiheit, Palästina ist arabisch“ oder „Alle gegen Zionisten, Mörder, Siedler und Faschisten“, womit der Staat Israel eine Delegitimierung und Dämonisierung erfuhr, wurden über Campi gerufen.

Auf dem Gelände von und in Hochschulen selbst waren in Redebbeiträgen, Transparenten und Stickern Schlagworte wie „Kolonialismus“ und „Apartheid“ präsent. Dies gilt auch für den Aufruf zum Boykott Israels bzw. israelischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler; die Kooperation mit Universitäten in Israel wurde oft pauschal abgelehnt.

Hochschulen wurden zu (noch) unsichereren Orten für jüdische Menschen und solidarische Personen, ob in der Mensa, auf dem Campus oder in den Seminarräumen und Hörsälen. Selbst auf den Toiletten war Antisemitismus durch Schmierereien und Sticker präsent. Judenhass war auf dem Campus kaum zu entkommen.

3 Julia Bernstein und Florian Diddens: „Man muss da schon ganz schön auf Durchzug schalten, um nichts mitzubekommen“. In: Julia Bernstein, Marc Grimm, Stefan Müller (Hg.): Schule als Spiegel der Gesellschaft. Antisemitismen erkennen und handeln Antisemitismus und Bildung, Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2022, S. 85.

4 Weitere Info zur Einordnung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/09/israelbezogener-antisemitismus-faltblatt.pdf>; https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/11/Post_Shoh_Antisemitismus_Flyer.pdf

Es geht nicht nur um verbale und physische Angriffe, sondern auch darum, dass sich in Hochschulen Dozentinnen und Dozenten antisemitisch äußerten oder über Quellen und eine einseitige Textauswahl israelfeindliche und den Terror des 7. Oktober 2023 relativierende Aussagen verbreiteten.

Die offene Äußerung u.a. israelbezogenen Antisemitismus und antisemitischen Otherings geschah auch während einer Vortragsreihe zu Israel und Nahost an einer hessischen Hochschule. Nach dem Vortrag einer Wissenschaftlerin wurde ihre wissenschaftliche Seriosität angezweifelt; sie spreche „nur als Betroffene“. Sie wurde zudem von der Moderation in der Einschätzung der Parole „From the River to the Sea ...“ „korrigiert“. Abmoderiert wurde mit den Worten, nächstes Mal gehe es „wieder mehr um Israel und Palästina“. Diese Strategie des Aberkennens der Wissenschaftlichkeit und damit der Diskreditierung jüdischer Forschender wurde bereits von Martin Broszat und anderen deutschen Historikern gegenüber Wissenschaftlern wie Saul Friedländer oder Joseph Wulf verwendet.⁵

Während eines anderen Vortrags wurden weder vom Referenten noch von der Moderation der 7. Oktober 2023 erwähnt,

Frankfurt, Campus Westend © RIAS Hessen



aber es wurde vom „Widerstand gegen die Besatzer“ gesprochen. Über das nationalsozialistische Deutschland hieß es: „Deutschland war Täter und Opfer zugleich. Täter vor dem Nürnberger Gericht und Opfer der alliierten Strafjustiz.“ Es fiel auch folgender Satz der Gleichsetzung israelischer Soldaten mit der Wehrmacht: „Israelische Soldaten, die lachend und singend in den zerstörten Häusern stehen ... die Masse der Mörder auch bei den Nazis, also die ganzen Fußsoldaten, die kommen alle nicht vor Gericht.“

In einer weiteren Vorlesung wurden Schlagworte aneinander gereiht, ohne Kontext: „Kolonialismus: Israel als Siedlerkolonialismus, Israel als Apartheid, ethnische Säuberung, Rassismus - das habe ich jetzt nur referiert. Einordnen werde ich das nicht, weil dann müsste ich auf jeden Punkt genau eingehen.“ Die Referentin sprach davon, dass sie zwar an eine deutsche Schuld glaube, aber die Schuld bestehe auch darin, dass „wir die Juden verfolgt haben und den Arabern gesagt haben, macht Platz für sie. ... Wir müssen zur Kenntnis nehmen, was das bedeutet: die Erwartung, dass die Palästinenser die deutsche Last tragen.“

Widerspruch aus dem Publikum gegen diesen Post-Shoah-Antisemitismus gepaart mit einer Delegitimierung Israels erfolgte manches Mal gar nicht oder es waren nur vereinzelte Stimmen. So entstanden weitere verunsichernde Räume.

Auf den an Hochschulen in Hessen organisierten Encampments („Protestcamps“) kam es zu verbaler Aggression und physischen Angriffen. RIAS Hessen dokumentierte folgenden Vorfall, der einem ähnelt, wie er im Hauptkapitel „Das Jahr in Zahlen“ beschrieben ist. Eine Person nahm an einer Solidaritätskundgebung für die nach Gaza verschleppten Geiseln teil und trug ein Plakat bei sich mit der Aufschrift „Vergewaltigung ist kein Widerstand“. Die Person wurde von Personen aus dem Encampment bedrängt. Man wollte ihr das Plakat wegnehmen. Als eine weitere Person einschritt, um zu helfen und versuchte, die Angreifer von der bedrängten Person wegzuschieben, kam die Polizei hinzu. Sie nahm die Personalien dieses zum Schutz der angegriffenen Person eingreifenden Individuums auf, nicht aber die der Angreifer.

⁵ Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen: Wallstein, 1. und 2. Aufl. 2003; 3. durchgesehene und mit einem Register versehene Aufl. 2004.

11. Januar 2024

Auf dem Campus der Goethe-Universität in Frankfurt am Main wurde die Hauswand eines antisemitismuskritischen und israelsolidarischen Treffpunkts mit „Yallah Intifada“ und „Free Palestine from German Guilt“ beschmiert.

17. Januar 2024

Die Plakate für eine Veranstaltung mit einem jüdischen Aktivisten wurden am Campus der University of Applied Sciences in Frankfurt am Main und in den Gebäuden der Universität abgerissen. Einladungen konnten nur online und über geschützte Chats erfolgen. Nicht nur an diesem Tag zeigte sich, dass an Hochschulen die Räume für israelsolidarische, antisemitismuskritische und jüdische Stimmen verengt wurden, forciert auch durch solche Aktionen.



8. Mai 2024

In der Marburger Mensa der Universität wurden alle Flyer einer israelsolidarischen Hochschulgruppe mit „ziofaschisten!!!“ beschmiert. Die Gleichsetzung der jüdischen Nationalbewegung, dem Zionismus, mit dem Nationalsozialismus oder, wie hier, mit dem eher in linken

Gruppen verwendeten Begriff des Faschismus, soll den Zionismus als jüdisches Recht auf Selbstbestimmung delegitimieren.

15. Mai 2024

Vor der Mensa der Universität Kassel fand eine Versammlung statt. Verteilt wurden Flyer, die den angeblichen Landraub des Staates Israel mit einer Karte illustrierten, die in historisch falscher Weise die Entwicklungen der jeweiligen Staatsgebiete darstellen. Auch wurde der Boykott aller israelischen Universitäten gefordert – und damit ein Ende aller wissenschaftlichen und forschenden Kooperation. Es wurde „From the River to the Sea ...“ skandiert. In einer Rede hieß es, „das, was Israel in Gaza tut, ist ein Rachefeldzug, der historisch seinesgleichen sucht“. Zudem hieß es, Jüdinnen und Juden „tun das, was ihre Vorfahren im Holocaust erlebt haben, nun den Palästinenserinnen und Palästinensern an. ... Sie instrumentalisieren die Shoah, um Kritik an Israel zu verhindern.“ Vorwürfe, die jüdische Community instrumentalisiere die Shoah, kam lange Zeit

vor allem aus rechtsextremen Kreisen. Diese die Verantwortung für und die Erinnerung an die Shoah zurückweisende Argumentation findet sich jedoch seit einigen Jahren auch verstärkt in vermeintlich progressiven Kreisen, um israelbezogenen Antisemitismus von sich zu weisen.

20. bis 25. Mai 2024

Während eines über mehrere Tage sich hinziehenden israel-

Frankfurt, Campus Westend © RIAS Hessen / Privat



feindlichen Encampments an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main kam es anlässlich der Gegenproteste zu folgender Ansage: „Es haben sich hier ein paar lächerliche Zionisten zu einer Gegendemo versammelt, während wir hier den Campus besetzen! Die bringen die gleiche prozionistische genozidale Propaganda wie vor Jahrzehnten. ... Der Gegenprotest und der ganze Scheiß reihen sich ein in die ganze deutsche Staatsagenda und -räson. Es geht hier um unsere, die antizionistische Bewegung. Wir aber sind laut! Wir stehen an der Seite des palästinensischen Befreiungskampfes!“ Die kleine Gruppe israelsolidarischer und jüdische Perspektiven einfordernde Versammlung, die rund 50 Meter entfernt zusammengekommen war, wurde als „Zionistenpack“ bezeichnet. Unter den skandierten Parolen des Encampments war: „Zionisten raus! Zionisten raus aus Palästina!“. In einer Ansprache hieß es: „Wir brauchen eine richtige, eine finale Lösung, dann ist es unser Palästina.“

Eines von mehreren Plakaten, die israelbezogenen Antisemitismus verbreiteten, trug die Aufschrift: „It all started on October 7 1948.“ Es gab einen Siebdruck-Workshop, bei denen T-Shirts bedruckt wurden mit Palästina ohne Israel, darunter: „From the River to the Sea“, „Palästina ist arabisch“ oder mit dem Umriss Palästinas ohne Israel, in den Umrissen des Landes befand sich jedoch eine verummigte, Waffe tragende, Person. Das Büro des Präsidenten der Universität wurde auf einem Instagram-Post mit einem roten „Hamas-Dreieck“ markiert. Hier kamen also verschiedene antisemitische Erscheinungsformen zusammen; ebenso wurden verschiedene Eskalationsstufen deutlich; von Plakaten und Parolen über Markierungen und Beschimpfungen bis hin zur Anspielung auf die „Endlösung“ durch den Ausspruch der „finalen Lösung“ für Israel. Das von studentischen wie externen Personen und Gruppen getragene Encampment wurde von jüdischen und solidarischen Personen und Gruppen als bedrohlich empfunden.

13. Juni 2024

An der Universität Gießen fand eine antiisraelische Kundge-

Gießen © RIAS Hessen / Privat



bung statt. In Ansprachen wurde gesagt: „Israel ist ein barbarischer Kindermörder, der keine ethischen und moralischen Werte hat.“ Redner sprachen wiederholt vom Kindermord und sagten, die Medien betrieben eine „Vollnarkose“, gespeist aus „zionistischer Propaganda“. Auf einem Plakat hieß es: „Netanjahu Kindermörder“, geschrieben mit absichtlich verschmierter roter Farbe, auf dem Plakat war ein blutverschmierter Babystrampler montiert. Diese plakative Art, Israel, israelische Repräsentanten und letztlich das jüdische Kollektiv als „Kindermörder“ zu verunglimpfen, ist leider weit verbreitet.

13. und 17. Juni 2024

In einem Gebäude der Universität Marburg wurden Aufkleber „Gegen jeden Antisemitismus“ des regionalen Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit Hakenkreuzen beschmiert. In dieser Weise werden Institutionen oder Personen, die sich solidarisch mit Israel zeigen, in die Nähe von Rechtsextremen gerückt bzw. Israel als Nazis dämonisiert – oder es kann ein rechtsextremer Angriff auf eine solche Gruppierung gewesen sein. Die politische Täterschaft ist nicht immer klar festzustellen.

17. Juli 2024 und 23. September 2024

Im Rahmen einer Kundgebung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main versammelten sich rund 50 Personen; in Sprechchören wurde Israel u.a. delegitimiert. Eine jüdische Person fuhr mit dem Fahrrad zufällig in Schrittgeschwindigkeit an der Versammlung vorbei, um zu einem Gebäude zu gelangen. Der Betroffene wurde von einer teilnehmenden Person aufgrund seines aus der Jacke ragenden, unter der Kleidung hervorblitzenden, Tallit mit den Zizit (Gebetsfäden) als jüdisch erkannt. Aus der Versammlung heraus wurde er angeschrien: „Du hast gerade ein Kind getötet, Zionist!“

Im September, als eine bereits seit Wochen von antiisraelischem Aktivismus und Antisemitismus aggressiv antisemitisch angegangene Wissenschaftlerin einen Vortrag halten wollte, wurde an einem vor dem Gebäude gegen den Vortrag aufgebauten Proteststand über Megafon „Juden töten Kinder“ gerufen. Die Wissenschaftlerin ist jüdisch.

Diese Gleichsetzung einer jüdischen Person mit Israel und die Beschimpfung als „Kindermörder“ zeigt, wie sich Judenhass konsequent von jedweder Realität abdockt und dass es ausschließlich um Projektionen geht.

25. Juli und 4. August 2024

Die Ausstellung von RIAS Hessen mit in Bildgeschichten umge-



Ausstellung von RIAS Hessen, Universität Gießen © RIAS Hessen / Privat

setzten antisemitische Vorfälle aus Hessen wurde ab dem 25. Juni 2024 in der Unibibliothek Gießen gezeigt. Bereits während der Eröffnung kam es zu Störungen. Während der Laufzeit der Ausstellung wurden zunächst im Juli auf die Glasscheiben des Ausstellungsraumes Sticker geklebt: „Boycott Israeli Apartheid!“ Weitere dieser Aufkleber wurden im August angebracht: auf die Banner mit Vorfällen mit Bezug zum 7. Oktober 2023 sowie neben einem Vorfall aus der Covid-Pandemie ohne jeglichen Israel-Bezug.

5. September 2024

Plakate der israelischen Geiseln in der Nähe der Mensa in Marburg wurden abgerissen bzw. die Gesichter und Namen schwarz beschmiert. Dieses aggressive Auslöschen der Erinnerung an die Geiseln in Gaza ist seit Oktober 2023 zu beobachtet gewesen, weltweit.

16. und 17. Oktober 2024

An der Goethe-Universität Frankfurt am Main wurden großflächig Aufkleber geklebt: „Es begann nicht am 7. Oktober - 76 Jahre Genozid. Raus auf die Straßen!“ und, einen Tag später, „Gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und die israelische Apartheid.“ Der Versuch mancher israelfeindlicher und antisemitischer Gruppierungen, sich als Verbündete gegen Rassismus und Antisemitismus darzustellen, wurde 2024 intensiviert. Antisemitismus wird in diesen Gruppen dem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zugeordnet; außerdem werden israelbezogener und linker Antisemitismus negiert.

„Die Konsequenz für viele Betroffene ist vor allem soziale Isolation. Universitäre Räume werden so weit wie möglich gemieden. Dabei ist das der soziale Raum, der im Laufe des Studiums für die meisten am wichtigsten ist. Hochschulgruppen, Uni-Partys und neue Bekanntschaften – all das ist in der Regel kein safe space mehr für jüdische Studierende. Was jedoch am meisten schmerzt, ist der Verlust von Verbündeten und Freundschaften.“⁶

⁶ Hanna Veiler, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands, in: American Jewish Committee Berlin/Ramer Institute for German Jewish Relations (AJC Berlin), Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD): Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen, Berlin 2025, S. 12.

Andere Bildungseinrichtungen

In einem Briefkasten einer Jugendeinrichtung fanden sich an einem Tag im Jahr 2024 Flyer. Die obere Hälfte zeigte die Flagge Israels, die untere dieselbe Flagge, anstelle des Davidsterns ist ein Hakenkreuz zu sehen. Über der ersten Hälfte steht: „Wem gehört das Land ...“ zwischen den beiden Flaggen „Bauplan des Bösen“ und ganz unten „und die Welt schaut zu“. Hier zeigen sich Täter-Opfer-Umkehr zur Shoah ebenso wie verschwörungsideologische Versatzstücke und israelbezogener Antisemitismus.

24. Januar 2024

Eine konfessionelle Akademie lud zu einer Veranstaltung mit dem Anspruch ein, anlässlich des 7. Oktobers 2023 und dem Krieg in Gaza einen Dialog zweier Positionen und biografischer Erfahrungen durchzuführen. Der angeblich dialogische Charakter des Gesprächs war nicht vorhanden, im Gegenteil. Beide englischsprechenden Protagonisten beklagten die vermeintliche „koloniale Apartheidspolitik“ des jüdischen Staates. Auch wurde die Auflösung des Staates Israel über „From the River to the Sea ...“ gefordert und die „Nakba“ mit der Shoah gleichgesetzt. Die Moderation intervenierte an keiner Stelle. Dass der Überfall der Hamas den Krieg auslöste, kam nicht einmal zur Sprache. Israel wurde als Aggressor dargestellt, der 7. Oktober als legitimer Widerstand konnotiert. Ein Besucher meldete sich, ordnete den 7. Oktober anders ein, widersprach der Beschreibung des israelischen Staates als kolonial und als Apartheid. Der Moderator übersetzte die Meldung nicht ins Englische, sondern sagte, unter Zuhilfenahme des antisemitischen Otherings, zu den Podiumsteilnehmern gewandt: „He's a Jew from here. He criticized a little bit the terminology of Apartheid and so“. Das Video wurde von der Website der Veranstalter gelöscht.

„Der Begriff der Antisemitismuskritik ergibt sich aus dem Grundgedanken der Kritischen Theorie und erkennt die Notwendigkeit selbstkritischer Reflexivität im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit an. Zentral ist die Erkenntnis, dass Antisemitismus als Macht- und Strukturverhältnis das Denken und Handeln der gesamten Gesellschaft durchdringt und das Individuum antisemitisches Wissen als Teil seiner Sozialisierung erlernt. Die Bezeichnung ‚antisemitismuskritische Bildung‘ umfasst eine Vielzahl von Bildungsansätzen, die auf einer gemeinsamen Basis beruhen. Der Kritikbegriff problematisiert die Konstanz, aber auch die Abwehr des Antisemitismus, problematisiert seine Externalisierung und geht explizit auf die Bagatellisierung jüdischer Perspektiven ein. Antisemitismuskritische Bildung richtet sich zudem nicht ausschließlich an Jugendliche, sondern auch an Erwachsene, die in ihren professionellen Rollen angesprochen und in Fort- und Weiterbildungen sensibilisiert und geschult werden sollen.“⁷

Wo hat unsere Bildungslandschaft versagt?

Ein Kommentar von Sabena Donath

Antisemitismus an unseren Schulen und Universitäten ist kein Randphänomen, sondern spätestens seit dem „Schwarzen Schabbat“ eine alarmierende Realität. Die Massaker der islamistischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel und die darauffolgenden Reaktionen in Deutschland sollten das jedem klargemacht haben. Der Jahresbericht 2024 von RIAS Hessen belegt das auf schockierende Art und Weise: Bildungseinrichtungen, die eigentlich Orte der Aufklärung sein sollten, sind immer häufiger Schauplätze antisemitischer Anfeindungen. Die Vorfälle nehmen zu, die Hemmschwellen sinken – und die Frage drängt sich auf: Wo hat unsere Bildungslandschaft versagt? Hatte nicht schon der Philosoph Theodor W. Adorno als allerste Forderung an Erziehung gestellt, „dass Auschwitz nicht noch einmal sei“?

Es ist eine Illusion zu glauben, dass der Antisemitismus ein Relikt der Vergangenheit wäre. Und doch verortet der Schulunterricht ihn primär nur dort. Vielmehr zeigt sich, dass dort, wo Bildungslücken klaffen, Verschwörungserzählungen und antisemitische Ressentiments sich ungehindert ausbreiten können. Der Geschichtsunterricht behandelt die Schoah meist mehr oder weniger gründlich, aber die Auseinandersetzung mit den modernen Ausprägungen des Antisemitismus, der sich in Hass auf den Staat Israel, Verschwörungsnarrativen oder offenen Anfeindungen gegen jüdische Schüler*innen äußert, bleibt zu oft aus. Genauso fehlt es an einem offenen und aktuellen Diskurs, und antisemitische Vorfälle im Klassenzimmer werden von nicht-jüdischen Lehrkräften entweder nicht erkannt oder aus Unsicherheit bagatellisiert. Wenn jüdische Schüler*innen sich in ihrer eigenen Schule nicht mehr sicher fühlen, dann hat nicht nur unsere Gesellschaft versagt.

Versagt hat auch die unzureichende Vorbereitung von Lehrkräften auf dieses Problem. Während angehende Lehrer*innen umfassend in Didaktik, Methoden und pädagogischen Konzepten ausgebildet werden, bleibt die Vermittlung von Wissen über Antisemitismus und dem Umgang mit ihm oft außen vor. Wer von Lehrkräften erwartet, dass sie souveräner auf Antisemitismus reagieren, muss sie auch entsprechend ausbilden. Hier braucht es verbindliche Module zur Prävention und Intervention bereits während des Studiums. Denn nur wer Antisemitismus erkennt, kann ihn auch wirksam bekämpfen.

Realität ist: Antisemitismus grassiert in Hessen, wie auch im Rest der Bundesrepublik. So viel steht fest. Die Anzahl dokumentierter Vorfälle von RIAS schießt in die Höhe und hilft uns nur ansatzweise dabei, das Ausmaß zu begreifen. Denn hinter jeder Zahl steht eine Geschichte und die kann RIAS gar nicht vollständig abbilden. Insgesamt 926 Geschichten stehen für das Jahr 2024. Wie kann das im Grundgesetz verbrieft Recht auf Bildung trotz der 169 antisemitischen Vorfälle an hessischen Hochschulen und Schulen für jüdische Kinder und Studierende gewährleistet werden?

Auch an Universitäten und Hochschulen ist die Situation besorgniserregend. Nach US-amerikanischem Vorbild wurden Universitätsgebäude besetzt oder sogenannte „Protestcamps“ errichtet. Jüdische Studierende berichten von Terrorverherrlichung wie dem roten „Hamas-Dreieck“, antisemitischen Schmierereien, Israel-Boykottaufen und Anfeindungen in Seminaren. Dozierende bleiben oft passiv, aus Angst, in die politische Schusslinie zu geraten oder heizen diese aggressive Stimmung selbst an. Manche universitären Veranstaltungen bieten gar ein Forum für antisemitische Narrative – sei es durch einseitige Diskurse zum israelisch-palästinensischen Konflikt oder dadurch, dass das Existenzrechts des jüdischen Staates infrage gestellt wird. Die akademische Freiheit darf nicht als Feigenblatt für antisemitische Hetze missbraucht werden. Auch hier gilt: antisemitismuskritische und diskriminierungssensible Lehre muss Grundbedingung an Hochschulen sein – die zahlreichen Vorfälle offenbaren, wie viel Nachholbedarf auch die Akademia noch hat.

Die Fraktionen der SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Deutschen Bundestag haben am 29. Januar 2025 mit dem interfraktionellen Antrag „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegentreten sowie den freien Diskursraum sichern“ eine Richtung zur Bekämpfung von Antisemitismus im Bildungssektor vorgegeben.

Doch Papier ist geduldig. Mit einer solchen Resolution werden noch keine physischen oder verbalen Angriffe auf dem Schulhof oder in der Mensa verhindert. Es braucht eine entschiedenere Umsetzung auf allen Ebenen. Die Verantwortung liegt eben nicht nur bei der (Bundes-)Politik, sondern auch bei den Bildungseinrichtungen selbst. Schulleitungen, Hochschulverwaltungen und Lehrkräfte müssen für sich selbst erkennen, dass Antisemitismus kein Randthema ist, sondern in erster Linie eine Bedrohung für jüdische Schüler*innen und Studierende sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Es reicht nicht aus, das Schild „Schule gegen Rassismus“ wie eine Monstranz vor sich herzutragen oder universelle Werte wie Toleranz und Vielfalt für sich zu proklamieren – es braucht klare Handlungsstrategien und ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus.

Dazu gehört auch, dass Schulen und Universitäten nicht nur reagieren, sondern in der Wissensvermittlung präventiv gegen Antisemitismus arbeiten. Das bedeutet, dass die hiesigen Wissenslücken zu gegenwartsbezogenen Ausprägungen des Antisemitismus sowie die Darstellungen aktueller jüdischer Lebensrealitäten durch die Forschung und Beschäftigung mit ihnen geschlossen werden müssen. Bildungsinstitutionen müssen hierbei mit (externen) Expert*innen zusammenarbeiten, um Lehrmaterialien weiter zu entwickeln, die Antisemitismus in all seinen Facetten beleuchten – von historischen Wurzeln bis zu aktuellen Erscheinungsformen. Hierbei steht die Jüdische Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland als verlässlicher Partner zur Seite.



© Denkfabrik Diversität

Sabena Donath ist Direktorin der Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie wurde in Kapstadt geboren, studierte Erziehungswissenschaften, Psychologie und Soziologie in Frankfurt am Main. Seit 2012 leitet sie die Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, die sich zur Aufgabe gemacht hat, ein jüdisches Bildungsprogramm in Deutschland zu etablieren. In diesem Rahmen forscht und lehrt sie maßgeblich zu Antisemitismus, transgenerativen Auswirkungen der Shoah und pluralen jüdischen Gegenwart in der postmigrantischen Gesellschaft. Sabena Donath versteht es als ihre Aufgabe diese Positionen wissenschaftlich einzurichten und ihnen Sichtbarkeit zu verleihen.

Impressum

Herausgeberin

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)

c/o Demokratiezentrums Hessen

Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg

info@rias-hessen.de
www.rias-hessen.de
https://www.instagram.com/rias_hessen/

V.i.S.d.P.

Dr. Susanne Urban (RIAS Hessen)

Konzept & Redaktion

RIAS Hessen (Susanne Urban / Leonie Nützl)
Beratung: Bundesverband RIAS e.V.

Texte

Team RIAS Hessen: Arbeitsweise, Kategorien, Datengrundlage.
Leonie Nützl: Das Jahr 2024 in Zahlen, Fokus Kapitel I (Verletzendes Verhalten).
Susanne Urban: Abstract, Einleitung, Fokus Kapitel II (Bildungseinrichtungen).
Alle weiteren Texte wie Vorworte oder Zitate sind namentlich gekennzeichnet.
Die im Text verwendeten Weblinks sind alle zuletzt am 13. März 2025 aufgerufen worden; für deren Erreichbarkeit übernimmt RIAS Hessen keine Haftung.

Gestaltung

studio ahoi, Hamburg

Hinweis: Die einzelnen Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 RIAS Hessen

RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

RIAS Hessen wird durch das im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS

Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen)

c/o Demokratiezentrum Hessen
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Str. 6
35032 Marburg